

Elke Rusteberg

Kindernothilfe 50 Jahre aktiv für Kinder und ihre Rechte



Der Beitrag von entwicklungspolitischer Bildung,
Lobbyarbeit und Kampagnen



Seite	Inhaltsverzeichnis
3	Vorwort
4	1 Fünfzig Jahre Kindernothilfe – ein Rückblick
6	2 Programmatische Entwicklung der Inlands- und Auslandsarbeit Institutionelle Hilfe: Bildung als Schlüssel für Entwicklung Programmatischer Aufbruch Gedeiht das Dorf, gedeiht das Kind – Gemeinwesenentwicklung Empowerment durch Selbsthilfegruppen Kinderrechte sind Menschenrechte – der Kinderrechtsansatz Differenzierung der Inlandsarbeit
13	3 Entwicklungspolitik seit den neunziger Jahren Global Governance Millenniums-Entwicklungsziele Bedeutungszuwachs der Nichtregierungsorganisationen Entwicklungspolitik als Bildungsaufgabe
16	4 Entwicklungspolitische Bildungsarbeit der Kindernothilfe Die Anfänge Wichtige Themen Methoden und Aktivitäten Schulische Bildungsarbeit Arbeit mit Ehrenamtlichen und Arbeitskreisen Arbeit mit Freiwilligen
24	5 Lobby- und Kampagnenarbeit - Einordnung von Advocacy Definition und Anspruch Internationale Zivilgesellschaft
25	6 Lobby- und Kampagnenarbeit der Kindernothilfe Ansätze Lobbythemen Zielgruppen und Aktionsformen Erfolgreiche Kampagnen Unterstützung der Lobbyarbeit von Partnern Vernetzung
38	7 Kritische Bilanz, Grenzen und Hemmnisse Bilanz Vernetzung - Chancen und Risiken Grenzen und Hemmnisse Messbarkeit/Evaluierung
43	8 Herausforderungen und Perspektiven
46	Anhang Abkürzungsverzeichnis Gesprächspartner im Rahmen dieser Studie Literaturliste

Vorwort

Wie schon vor zwanzig und vor zehn Jahren legt die Kindernothilfe auch nach einer weiteren Dekade zu ihrem 50-jährigen Bestehen Rechenschaft über ihre Arbeit ab. Vor zwanzig Jahren veröffentlichte sie eine „Erklärung zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Asien, Afrika, Lateinamerika“, vor zehn Jahren „Eine Fallstudie zur Entwicklungszusammenarbeit“, die die geschichtliche Entwicklung der Kindernothilfe auch im Verhältnis zu anderen christlichen Hilfswerken beleuchtete. Nun liegt nach fünfzig Jahren mit dieser Publikation ein Rückblick und eine aktuelle Bestandsaufnahme vor zu den Themenschwerpunkten Bildung, Lobby- und Kampagnen- bzw. Advocacy-Arbeit.

Mit der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1989 erweiterte auch die Kindernothilfe im Einsatz für die Kinderrechte ihr Aufgaben- und Kompetenzgebiet. Die Konvention verbindet in ihren Artikeln den Schutz, die Förderung und die Beteiligung von Kindern. Dies umzusetzen und zu einer wahrnehmbaren Veränderung im Leben der Kinder werden zu lassen, ist die Aufgabe der von Kindernothilfe geförderten Projekte und Programme in der Armutsbekämpfung.

Um die Projektziele zu erreichen, ist auch eine umfassende Bildungs- und Lobbyarbeit wie auch Beteiligung an Kampagnen notwendig. Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit ist erst dann möglich, wenn politische Aufklärung und Bildung in den Geberländern zu neuen Erkenntnissen und damit zu einem auch politischen Engagement für die Interessen der Armen führt. Diese Einsicht der frühen 70er Jahre ist in der Kindernothilfe verankert und in der Satzung als Auftrag festgelegt.

Die von Elke Rusteberg vorgelegte Studie geht der Frage nach, wie dieser Ansatz Eingang in die Arbeit der Kindernothilfe sowohl im Inland als auch im Ausland gefunden hat. Kritische Reflexionen im Blick auf die Vergangenheit gehören ebenso dazu wie die Vergewisserung, dass Kindernothilfe sich seit Jahren schon als Kinderrechtsorganisation versteht und in der Öffentlichkeit, vor allem auch in der Lobbyarbeit, für die Kinderrechte eingebracht hat.

Dabei ist es der Kindernothilfe von Anfang an wichtig gewesen, die nötige Fachkompetenz aufzubauen und diese in die konkrete Alltagsarbeit einfließen zu lassen. Das zeigt sich besonders in der Arbeit mit Schulen, Gruppen und Ehrenamtlichen sowie in der Mitarbeit in Bündnissen und Kampagnen.

Genau so wichtig ist es auch, die Ziele zu überprüfen, ob und wie die Kinderrechte beachtet werden und wie sie das Leben der Kinder zum Besseren verändert haben. Darauf machen die Projektbeispiele aus der Advocacy-Arbeit der Partnerländer aufmerksam.

So ist diese Studie eine Bestandsaufnahme einer kontinuierlichen Entwicklung und Aufbauarbeit in der Kindernothilfe. Sie ist damit ein Meilenstein im Verständnis einer umfassenden und integrativen Entwicklungszusammenarbeit und macht deutlich, dass die Kindernothilfe eine lernende Organisation ist. Dies soll auch für die Zukunft gelten. Die von der Autorin gegebenen Empfehlungen zeigen einen Weg auf, sich den neuen Herausforderungen zu stellen.

Mit einem herzlichen Dank an Elke Rusteberg und allen, die durch Gespräche und Kommentare am Entstehen dieser Arbeit beteiligt waren, wünsche ich der Studie viele interessierte Leserinnen und Leser.



*Jhr
für Jürgen Thiesbonenkamp*

Dr. Jürgen Thiesbonenkamp
Vorsitzender des Vorstands

1 Fünfzig Jahre Kindernothilfe – ein Rückblick

Kindernothilfe – das war im Jahr 1959 wörtlich gemeint und umriss das ganze Programm des neuen Werkes: Kindern in Not zu helfen. Die Medien hatten die Öffentlichkeit durch ihre Berichterstattung über die Krisenherde der damaligen Zeit und die Hungerkatastrophen in Indien und Afrika, unter denen besonders die Kinder zu leiden hatten, aufgerüttelt. Kinder vor dem Hungertod zu retten, ihnen durch Ernährung, medizinische Hilfe und Bildung den Weg ins Leben zu ebneten, war das Gebot der Stunde. Die Motive zur Gründung der Kindernothilfe waren also einfach und klar: „Wir wollten helfen, konkret und persönlich, von Mensch zu Mensch, um Jesu Christi willen.“¹ Dieser Auftrag, das Überleben und die Entwicklung von Kindern zu sichern, gilt unverändert, der Weg zur bestmöglichen Förderung von Kindern ist dagegen seit Bestehen der Kindernothilfe immer vielschichtiger geworden.

Nach zwanzig Jahren hatte die Kindernothilfe mehr als 100.000 regelmäßige Spender und unterstützte über 80.000 Kinder in mehr als 35 Ländern in „geeigneten Einrichtungen oder in Familien – möglichst bis zum Abschluss der Berufsausbildung, ohne Unterschied von Geschlecht, Rasse und Religion.“² In den späten 1980er Jahren sah sich die Kindernothilfe jedoch herausgefordert, programmatische Korrekturen vorzunehmen und es begann ein manchmal schmerzhafter Lernprozess der Überprüfung der bisherigen Ansätze. Die Förderung von Kindern in Einrichtungen war der Notsituation von Kindern nicht mehr angemessen, die unter neuen und besonderen Risiken lebten: Straßenkinder, Kinder in der Prostitution sowie die extrem gestiegene Zahl von Aids-Waisen stehen hierfür paradigmatisch. Zum 40-jährigen Jubiläum der Kindernothilfe brachte der damalige Vorstandsvorsitzende Dr. von Hoerschelmann die Herausforderung auf den Punkt:

„Stillstand darf es nicht geben. Wir müssen es in Zukunft noch besser schaffen, die Hilfe für das einzelne Kind so zu gestalten, dass damit auch das soziale Umfeld erfasst wird. [...] Die Kinder und Jugendlichen müssen reflektieren, wer sie sind, was in ihrem Land vor sich geht, was sie als Stützen der Gesellschaft besser machen können. Ihnen wird am besten unter Einbeziehung ihres gesellschaftlichen Kontextes geholfen. Das ist ein ständiger Prozess. Es bedeutet nicht, dass man von heute auf morgen die bewährten Muster der Arbeit abschafft.“

Zum Ende der 90er Jahre fand eine entscheidende Programm-erweiterung statt. Besonders deutlich wurde dies an der Förderung der Kinder durch Schülerwohnheime. Diese gehören zum indischen Schulwesen. Die Kirchen in Indien sehen daher ihre diakonisch-gesellschaftliche Aufgabe darin, eine möglichst große Zahl von Heimen zu unterhalten. Durch das immer stärkere Anwachsen der Bevölkerung reichte es nicht mehr aus, dieses Angebot einfach nur quantitativ zu vermehren. Bildung,

die nachhaltig zur Überwindung von Armut beitragen soll, muss die Kinder in den Dörfern erreichen und in den Familien beginnen.

Daher war es wichtig, die Heime auch für erweiterte Programme der Familien- und Sozialarbeit zu öffnen wie auch mit dieser Breitenwirksamkeit neue Konzepte der Gemeinwesen-entwicklung in den Dörfern einzuführen.

Die Armutsbekämpfung rückte ins Zentrum der Arbeit. In Projekten der Gemeinwesenentwicklung ergänzen sich Hilfen für Kinder in Not und langfristige Verbesserungen der Lebensbedingungen ihrer Gemeinschaften. Der Gemeinwesen-entwicklung liegt die Annahme zugrunde, dass die Überwindung von Armut ohne die Eigeninitiative und das Empowerment, den Zuwachs an Kompetenzen und Verhandlungsmacht der Armen, nicht gelingen kann. Daher ist die Partizipation der Zielgruppen in allen Phasen der Projektdurchführung ein elementarer Bestandteil von Gemeinwesenprojekten.

Der programmatische Aufbruch in Richtung einer Hilfe, die nachhaltig auch die Situation der Familien verändert, ist nicht zu trennen von der Erkenntnis, dass die Kindernothilfe sich auch den Fragen der entwicklungspolitischen Rahmenbedingungen zuwenden musste.

Mit dem Erscheinen der ersten Länderinformation Philippinen im Jahr 1988 hatte die Kindernothilfe in der Inlandsarbeit mit der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit begonnen. Die Bildungsarbeit orientierte ihre Aktivitäten zunehmend an den internationalen Menschenrechtsübereinkommen und insbesondere an der von den Vereinten Nationen verabschiedeten Kinderrechtskonvention. Mit dem sich daraus ergebenden Einstieg in die professionelle Lobbyarbeit trat das Engagement der Kindernothilfe in eine neue Phase, in der sie sich über die politische Dimension ihrer Arbeit bewusst wurde. Heute versteht sich die Kindernothilfe als Anwältin für Kinder. Deshalb beobachtet sie die Bundesregierung, Institutionen und internationale Organisationen und wirkt darauf ein, dass kinderrechtliche Standards entwickelt und eingehalten werden. Sie macht öffentlich darauf aufmerksam, dass es ein Wechselverhältnis zwischen Armut und der Verletzung von Menschenrechten gibt, und dass die Rechte von Kindern in besonderer Weise bedroht sind.

Dieses Doppelmandat leitet sich aus den beiden gleichrangigen Satzungsaufträgen der Kindernothilfe ab. In der Satzung heißt es:

„1. In Erfüllung des diakonisch-missionarischen Auftrages der Gemeinde Jesu Christi hat der Verein [Kindernothilfe] die Aufgabe, Nächstenliebe und Verantwortung für notleidende

¹ Luers, Lüder: 20 Jahre Kindernothilfe, Duisburg 1981, 8.

² Ebd., 2.

³ Hoerschelmann, Werner: Zum 40. Jubiläum, Zeitschrift der Kindernothilfe, 3/1999, 9/10.

Kinder und Jugendliche in der einen Welt, insbesondere in Asien, Afrika und Lateinamerika, zu wecken sowie zur Überwindung der Not beizutragen.

2. In Deutschland und Europa geschieht dies vor allem durch Informations- und Bildungsarbeit, Spendenwerbung, Anbahnung und Pflege von Partnerschaften sowie durch die Mitwirkung des Vereins in Netzwerken der Entwicklungszusammenarbeit. [...] In den Entwicklungsländern erfüllt die Kindernothilfe ihren Satzungsauftrag, indem sie Projekte und Programme vorrangig von lokalen Kirchen und christlichen Organisationen unterstützt.“⁴

Für die Kindernothilfe ist das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention – KRK) von 1989 der Rahmen für einen ganzheitlichen Entwicklungsansatz. Die KRK zeichnet eine Vision für eine kindergerechte Welt, und die definierten Kinderrechte sind der weltweit anerkannte Maßstab für die Verwirklichung dieser Vision. Die Kindernothilfe versteht sich heute als „eine Organisation der Entwicklungszusammenarbeit, die sich insbesondere für Kinder und deren Rechte einsetzt. Als Fürsprecherin und Partnerin der notleidenden und benachteiligten Kinder dieser Welt begleitet die Kindernothilfe über ihre Partnerorganisationen junge Menschen auf ihrem Weg in die Mündigkeit. Deshalb geht die Kindernothilfe bei ihrem Verständnis von Entwicklung immer von den Bedürfnissen und Rechten der Kinder aus.“⁵

Damit die Regierungen die Armutsbekämpfung als nationale und internationale Verpflichtung anerkennen und die Entwicklungszusammenarbeit an den Rechten der Kinder ausrichten, fordert die Kindernothilfe eine Umorientierung der Politik. Hier erweitert sich die Perspektive der Kindernothilfe erneut. Die Pflicht der Staaten zur Verwirklichung der Menschenrechte wird betont und zugleich der Rechtsanspruch der Kinder postuliert. Heute steht die Kindernothilfe für das Prinzip des Rechtsanspruchs der Kinder auf Schutz und Förderung und auf Teilhabe an einem menschenwürdigen Leben ein. Im Strategischen Rahmen der Kindernothilfe heißt es dazu:

„In ihrer Informations- und Bildungsarbeit fördert Kindernothilfe durch eigene Beiträge, Publikationen und Aktionen die entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung. Durch die Beteiligung an Kampagnen und durch Advocacy-Arbeit fordert die Kindernothilfe auf nationaler und internationaler Ebene die Einhaltung der Kinderrechte.“⁶

Der Kinderrechtsansatz ist ein auf die spezielle Zielgruppe der Kinder ausgerichteter Menschenrechtsansatz. Der Menschenrechtsansatz bedeutet, Armutssituationen nicht allein aus der Perspektive von menschlichen Bedürfnissen und Entwicklungsdefiziten zu begreifen, sondern als Vorenthaltung von Rechten. Im

Kinderrechtsansatz werden Kinder daher nicht nur als Bedürftige, sondern als Träger von Rechten wahrgenommen. Damit änderte sich der Blick auf die Kinder und Jugendlichen, die zu den eigentlichen Trägern und Mitgestaltern der Entwicklung werden. Dass das Motto des 50-jährigen Jubiläums der Kindernothilfe mit seiner Botschaft „Ich verändere die Welt“ keine Theorie ist, zeigen die Jugendlichen von den Philippinen und aus Peru, die in dieser Studie zu Wort kommen.

Bei aller Veränderung gibt es in der 50-jährigen Geschichte der Kindernothilfe auch eine große Kontinuität. Das Grundanliegen der Kindernothilfe bleibt, hat es auch neue Gestalt angenommen. Drei Konstanten ziehen sich durch die Zeit: vor allem das christliche Engagement, gemäß dem Gebot der Nächstenliebe. Weiterhin die Partnerschaft, die auch nach 50 Jahren die wichtigste Hilfsform der Kindernothilfe bleibt. Schließlich das Konzept der Entwicklung durch Investition in Menschen und der Glaube an die Bedeutung der direkten menschlichen Beziehungen zwischen Nord und Süd.

Ich verändere die Welt

Hawi will ihre Tochter vor Ausbeutung schützen. Helfen Sie ihr.

Werden Sie Projektpate!
Mit 50 Cent am Tag die Welt verändern.



50 Jahre



Mit freundlicher Unterstützung des Plakatstellenanbieters

www.kindernothilfe.de

Gestaltung: Ralf Krämer, Foto: Frank Peterschröder

⁴ Kindernothilfe: Satzung des Vereins, 2.

⁵ Strategischer Rahmen der Kindernothilfe, 2005.

⁶ Strategischer Rahmen der Kindernothilfe, 2005.

2 Programmatische Entwicklung der Inlands- und Auslandsarbeit

Leitgedanke der Kindernothilfe für die Förderung von Kindern war von Anfang an der biblische Begriff der Gerechtigkeit. Die Kindernothilfe sah sich als Teil einer Bewegung, die sich mit den Benachteiligten in der Dritten Welt solidarisierte und entsprechend handelte. Für dieses Handeln gab es viele Ansatzpunkte – beim einzelnen Menschen, bei sozialen Gruppen, bei gesellschaftspolitischen Strukturen. Die Kindernothilfe setzte zunächst bei einzelnen Menschen in Not an, denn die Entwicklung von Menschen wurde als Schlüssel für die Entwicklung eines Landes angesehen. Durch Gottes verändernde Liebe werde nicht nur das einzelne Kind verändert, sondern durch die einzelnen Menschen auch Strukturen und Verhältnisse des Gemeinwesens.⁷

Die Vision der Gründergeneration war von dem Bekenntnis zu dem christlichen Gebot der Nächstenliebe und einer klaren Überzeugung geprägt: Menschen engagieren sich längerfristig, wenn die Entwicklungshilfe ein menschliches Antlitz hat und die Spenden nicht im großen Topflanden. Auf diesem Grundmotiv beruht das Selbstverständnis der Kindernothilfe als Hilfswerk. Durch die Form der persönlichen Patenschaft und die Hilfe für einzelne Kinder setzten die Gründer der Kindernothilfe einen besonderen Akzent, der sich auf die christliche Taufverantwortung bezog und bis heute die verpflichtende Bereitschaft meint, ein Kind in seinem ganzheitlichen Wachstum zu fördern.⁸

Institutionelle Hilfe: Bildung als Schlüssel für Entwicklung

Die Förderung von Kindern und die Verantwortung der Paten für ihre Patenkinder bildeten die Kernelemente für den Auftrag der Kindernothilfe im Ausland. Die ersten Einrichtungen, in denen Patenkinder unterstützt wurden, waren Schülerwohnheime, Kindertagesstätten oder später Berufsbildungsstätten. Damit sollte das zentrale Anliegen der Kindernothilfe verwirklicht werden, Kindern und Jugendlichen Bildungschancen zu eröffnen, die sie vor allem in ländlichen Gebieten sonst nicht hätten wahrnehmen können. Die Einrichtungen wurden als besonders geeignet angesehen, für die Versorgung der Kinder möglichst bis zum Abschluss der Berufsausbildung zu sorgen und boten darüber hinaus auch Kindern mit Behinderungen und Kindern, die Opfer von Gewalt und Missbrauch wurden, Schutz und Förderung. Schul- und Berufsausbildung sollten den Einstieg ins Erwerbsleben und ein Auskommen gewährleisten sowie zur Integration in die Gesellschaft beitragen.

Programmatisch sah die Kindernothilfe die Stärkung des menschlichen Potentials als Beitrag zur Entwicklung und die Einzelfallhilfe als geeignetes Instrument dafür an. Mit dieser Position geriet die Kindernothilfe in den 1970er und 1980er Jahren ins Kreuzfeuer der Kritik. Etwa ab Mitte der 1970er Jahre hatte in Deutschland und international in Sachen Entwicklungshilfe ein Paradigmenwechsel begonnen, mit dem eine grundsätzliche Infragestellung der Formen und Instrumente der Entwicklungshilfe einherging. Vor allem die 1980er Jahre waren geprägt von Ernüchterung über die unzureichenden Erfolge der ersten Entwicklungsdekaden. In der ökumenischen Bewegung und in den internationalen Organisationen im Umfeld der Vereinten Nationen folgten Grundsatzdebatten über die richtigen Entwicklungsstrategien. Der Zeitgeist war radikal, und gegenüber der Entwicklungshilfe wurde pauschal der Vorwurf erhoben, sie



Gestaltung: Uwe Ernst, Foto: Christoph Engel

sei von den Interessen der Industrieländer geleitet und schaffe eher mehr als weniger Abhängigkeit. Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung kamen aus Nord und Süd.

Charakteristisch für diese Umbruchphase in Deutschland der 1980er war die massive Kritik an karitativen Ansätzen und insbesondere an solchen Hilfswerken, die Kinderpatenschaften vermittelten. Damit wurde Paternalismus, Abhängigkeit und Entfremdung der Kinder aus ihrer natürlichen Umwelt assoziiert.

⁷ Vgl. Kölle, Veronika: Kindernothilfe. Entfaltung einer Idee, 79.

⁸ Vgl. Kindernothilfe: Partnerschaft, Gemeinwesenentwicklung, Bildung und berufliche Bildung, Patenschaft, Breitenwirksamkeit, Duisburg 2002.

Im Zentrum der Kritik an der Kindernothilfe stand die Heimerziehung. Die Fronten waren verhärtet zwischen denen, die auf Einzelfallhilfe setzten und denen, die Hilfe für das Gemeinwesen für wirkungsvoller hielten und darüber hinaus mehr Aufklärung über die Ursachen von Armut und Unterentwicklung anmahnten.

Die Kindernothilfe erkannte sehr wohl die Beschränktheit des eigenen Ansatzes.

„Sowohl die Einzelfallhilfe als auch die Gemeinwesenhilfe sind legitime Formen diakonischen Handelns. Beide Formen der Hilfe sind und bleiben ergänzungsbedürftig: Wer um Unterstützung von Gemeinwesenprogrammen bittet, sollte auch Partnerschaftsprogramme anbieten, um persönliches Anteilnehmen zu ermöglichen. Wer um Einzelfallhilfe bittet, sollte auch entwicklungsbezogene Bildung betreiben, um Verständnis für die übergreifenden Zusammenhänge der Entwicklungsfrage zu wecken.“⁹

In der praktischen Arbeit wurden Entwicklungsfragen jedoch an andere Hilfsorganisationen delegiert. Die Kindernothilfe schloss ein eigenes Engagement für alle Aktivitäten aus, die in die Nähe einer politischen Positionierung gerückt werden konnten. Die Auslandsarbeit blieb programmatisch dominiert von einem Konzept der jahrelangen formalen Bildung, das auf Schulausbildung teilweise bis zum Universitätsabschluss oder Berufsbildung für den formalen Sektor fokussierte. Während sich die Kindernothilfe mit dieser Position nach außen abschottete, blieb die Grundsatzkritik jedoch nicht wirkungslos. Allmählich begann ein Reflexions- und Klärungsprozess über die Grundlagen der Arbeit sowie eine Überprüfung der Programmatik. Daraus wurden Konsequenzen für die praktische Arbeit im Ausland einerseits und der Inlands- und Bildungsarbeit andererseits gezogen.

Programmatischer Aufbruch

In den 1990er Jahren entstand in der Kindernothilfe ein Diskussionsprozess zugunsten neuer Arbeitsfelder, der durch die Krise bei der Finanzierung von langfristiger institutioneller Förderung von Kindern beschleunigt wurde. Die steigenden Kosten konnten nicht mehr durch höhere Einnahmen und Partnerschaften aufgefangen werden.

Zeitgleich stellte sich als Folge von vielen kritischen Evaluierungsergebnissen auch die Frage nach den Wirkungen und der Relevanz der Arbeit. Während die Armut in den Partnerländern immer mehr zunahm und neue Risikogruppen auftauchten – children at risk –, wie Straßenkinder, sexuell missbrauchte Kinder, Kinder in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen sowie Kinderhaushalte von Aids-Waisen, erreichte die institutionelle Förderung nur einen Bruchteil der bedürftigen Kinder zu sehr hohen Kosten. Weil die Kinder isoliert von ihren Familien gefördert wurden, änderte sich nichts an der Armut der Familien,

die ja ursächlich für die fehlenden Bildungs- und Entwicklungschancen ist. Über das einzelne Kind hinaus waren die Programme der Kindernothilfe also nicht breitenwirksam. Die Programme waren auch nicht nachhaltig, weil der Wohlfahrtsansatz nicht die Selbsthilfekräfte der Familien gestärkt, sondern oftmals Abhängigkeit geschaffen hatte. Ein dritter Aspekt war die mangelnde Partizipation der Kinder und Jugendlichen an der Bedarfserhebung und Gestaltung der Programme.

Die Kindernothilfe hatte in den Kontroversen über die Kinderpatenschaften immer unterstrichen, dass auch die Familien und Gemeinschaften von der Hilfe profitieren würden. Es war schwer, sich einzugestehen, dass dieses Ziel nicht optimal erreicht worden war. Selbstkritisch stellte die Kindernothilfe fest, dass man dieses Ziel auch nie systematisch verfolgt hatte. In den Evaluierungen wurde gefordert, dass die wirtschaftliche und soziale Situation der Familien und Gemeinschaften gestärkt werden muss, damit die Hilfe nachhaltig wirken kann. Wichtige Impulse für eine Programmerweiterung kamen auch aus der Projektarbeit im Ausland. Zum Beispiel hatte der Kindernothilfe-Partner aus Nordindien Mitte der 1990er Jahre bereits gemeinwesenorientierte Arbeit mit guten Erfahrungen gemacht. Am Ende eines langen Reflexionsprozesses stand die Erkenntnis der Kindernothilfe, dass „der Entwicklungsauftrag dann verfehlt [ist], wenn die Förderung einzelner Kinder dazu führt, dass sie mit ihrer guten Ausbildung in der Oberschicht ihres Landes verschwinden, ihre Familien, ihr Dorf aber im Elend bleiben.“¹⁰

In der strategischen Planung für den Zeitraum von 1999 bis 2004 beschloss die Kindernothilfe, die Arbeit schrittweise auf mehr Breitenwirksamkeit auszurichten. Die Hälfte des Gesamtvolumens für die Projektunterstützung sollte bis 2004 in breitenwirksamere Projekte fließen. Breitenwirksamkeit sollte vor allem, aber nicht ausschließlich, über eine stärkere Gemeinwesenorientierung erreicht werden.



Arbeitende Kinder auf der Müllhalde in Payatas/Philippinen.

⁹ Wilkens, Klaus: Thesen zum Referat „Über das Verhältnis der Hilfe für Einzelne zu der auf gesellschaftliche Veränderung abzielenden Entwicklungshilfe“, Kindernothilfe-Mitgliederversammlung, 1980.

¹⁰ Kindernothilfe: Partnerschaft, Gemeinwesenentwicklung, Bildung und berufliche Bildung, Patenschaft, Breitenwirksamkeit, Duisburg 2002, 16.

Gedeiht das Dorf, gedeiht das Kind – Gemeinwesenentwicklung

Gemeinwesenentwicklung stellte für die Kindernothilfe einen neuen Projekttypus dar, der sich kaum aus den konventionellen institutionellen Projekten heraus entwickeln ließ, da diese auf entgegengesetzten Grundannahmen und Konzepten beruhen. Die Definition und Ziele von Gemeinwesenentwicklung wurden in der Folge des Beschlusses in der Kindernothilfe breit diskutiert, denn sie sollten dem Profil der Kindernothilfe entsprechen und die Kinder in den Mittelpunkt stellen, aber keinesfalls einen Sonderweg innerhalb der entwicklungspolitischen Diskussion über Breitenwirksamkeit und Nachhaltigkeit darstellen. Ergebnis der Diskussion ist ein Verständnis von Gemeinwesenentwicklung, die den Bedürfnissen der Kinder gerecht wird. Danach ist Gemeinwesenentwicklung ein integrierter Ansatz, mit dem flexibel auf unterschiedliche Problemlagen und Bedürfnisse von Kindern reagiert werden kann. Direkte Hilfen für Kinder in Not und die langfristige Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Gemeinschaften werden nicht als Entweder-oder betrachtet, sondern müssen sich je nach Bedarfslage der Kinder und der Dorfgemeinschaft ergänzen.

Die Gemeinwesenarbeit setzt z. B. bei den Potentialen der Dorfgemeinschaft an. Unter der Beteiligung der Erwachsenen und Kinder werden sie analysiert und auf ihre Stärken und Schwächen hin untersucht. Das Ziel ist, die Menschen zu befähigen, ihre Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen. Je mehr sie Verantwortung für sich und die Entwicklung z. B. ihrer Dorfgemeinschaft übernehmen können, desto geringer wird die Abhängigkeit von externer Hilfe. Die Familien und die Dorfgemeinschaft sollen langfristig in der Lage sein, für sich und für ihre Kinder selbst zu sorgen. Diese Orientierung an der Hilfe zur Selbsthilfe verbindet sich gut mit dem Verständnis der Patenschaft. Patenschaft ist Starthilfe und Wegbegleitung in ein eigenes mündiges Leben. Die Förderung der Kinder durch Patenschaften in der Dorfgemeinschaft stärkt die Kinder in ihrem Selbstvertrauen. Sie wachsen dadurch in die Verantwortung hinein, die sie später für sich und andere übernehmen können und müssen. Die Förderung der Kinder verändert die ganze Dorfgemeinschaft. Sie bestimmt das Tempo, die Schritte und die Ziele ihrer Entwicklung. Die Verantwortung des Einzelnen und die Eigenverantwortung der Gemeinschaft (ownership) ergänzen sich.

Kinder im Mittelpunkt



„Für die Entwicklung eines Kindes braucht man ein ganzes Dorf“, so ein afrikanisches Sprichwort. Die von der Kindernothilfe geförderten Dorfentwicklungsprojekte in Südindien bestätigen das.



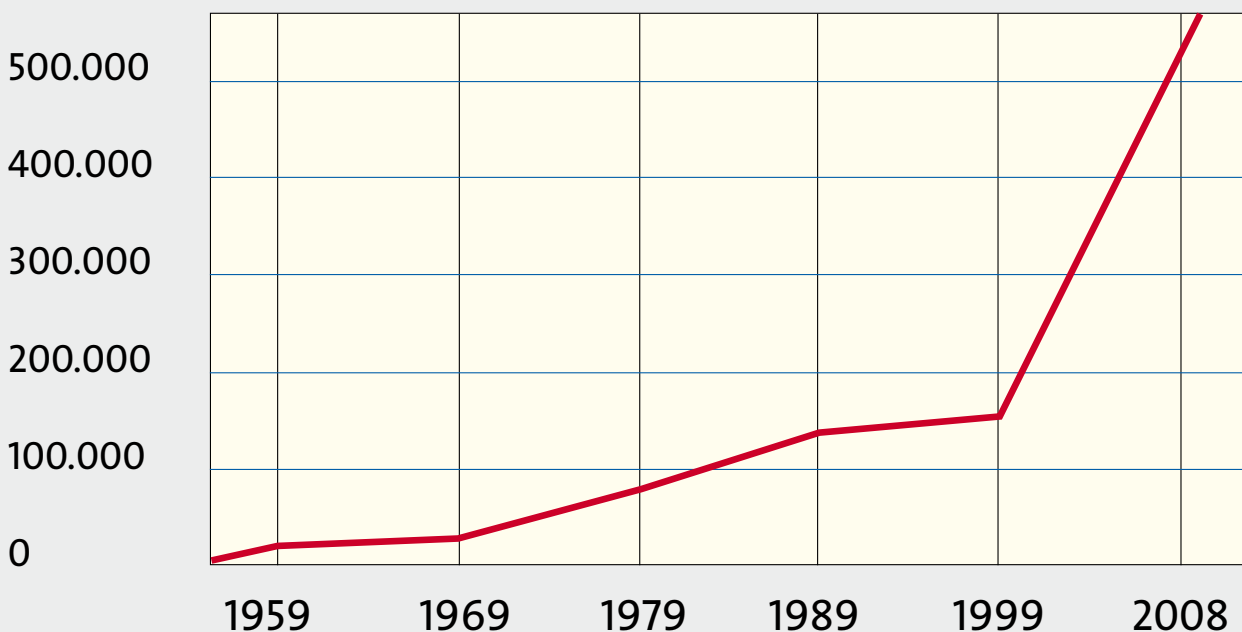
Im Kontext der Förderung von Gemeinwesen erlangte auch die Gleichstellung der Geschlechter Bedeutung, da die Bekämpfung der Frauenarmut als Schlüssel für das Wohlergehen ihrer Familien und der Kinder erkannt wurde. Dies bot die Chance, Ziele und Mechanismen zur angemessenen Partizipation von Frauen zu entwickeln, die eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung des weitergehenden Konzepts der Selbsthilfegruppen bildet. Die Vorgabe, auch Kinder an der Entwicklung und Durchführung der Projekte stärker zu beteiligen, wurde im Diskurs über Gemeinwesenentwicklung immer wieder hervorgehoben. Die Kindernothilfe-Partner wurden ermutigt, stärker in dieser Richtung zu arbeiten. „Die Förderung der sozialen, emotionalen und gesellschaftlichen Kompetenz der Kinder und Jugendlichen bildet die Grundlage für ein partizipatorisches Verhalten.“¹¹

Die Umsetzung dieser programmatischen Neuausrichtung war ein langfristiger und besonders zu Beginn mühseliger Prozess. Erst im Laufe der Umsetzung wurden schrittweise die Dimensionen der Veränderungen deutlich, die damit verbunden waren.

Die Programmerweiterung hatte praktische Konsequenzen in Bezug auf die Arbeitsmethoden und die Zusammenarbeit mit den Partnern der Kindernothilfe, denn die Orientierung an den Bedürfnissen und Potentialen der Menschen in den Gemeinschaften veränderte zwangsläufig die Rolle eben dieser Partner. Statt institutioneller Routinearbeit wurde jetzt

von ihnen erwartet, dass sie im Dialog mit den Betroffenen die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Kinder erhoben und kreative Vorschläge zur Lösung der Probleme machten. Dieser Wechsel von der Dienstleisterfunktion zur Rolle von Ermöglicern (facilitators), die einen von den Beteiligten selbst gesteuerten Entwicklungsprozess unterstützen, war für einige der traditionellen kirchlichen Partner nicht einfach umzusetzen. Einige hatten Akzeptanzprobleme gegenüber der Neuorientierung und große Befürchtungen vor einem Profilverlust der Kindernothilfe. Bei der Mehrzahl der Partner zeigte sich in der praktischen Umsetzung des Konzepts die Notwendigkeit, sich das erforderliche Wissen, insbesondere in Bezug auf partizipative Diagnose- und Projektplanungsmethoden, anzueignen. Es mussten also einerseits die Schwierigkeiten bei den traditionellen Partnern überwunden, andererseits innovative potentielle Partner gefunden werden, deren Zielvorstellungen mit den Kindernothilfe-Ansätzen übereinstimmten. In der Konsequenz fasste die Kindernothilfe den Entschluss, die Zusammenarbeit mit einer Reihe von Partnern zu beenden, die die Neuorientierung nicht mittragen wollten, um den Weg für die Kooperation mit neuen Projekten freizumachen. Überwiegend durch die Förderung von neuen Partnern, die mit Ansätzen der Gemeinwesenentwicklung arbeiteten, wurde das Partnerfeld auch in den traditionellen Schwerpunktländern der Kindernothilfe wie Indien oder Äthiopien vielfältiger. Ein ganz ähnlicher Umstrukturierungs- und Öffnungsprozess zeichnet sich auch in Lateinamerika ab.

Erreichte und geförderte Kinder



¹¹ Reuker, Beate: Erfahrungen mit Jugendlichen – Konsequenzen für die praktische Arbeit, in: Förderung von Jugendlichen als Zielgruppe der Entwicklungszusammenarbeit, Pilotprogramm der GTZ, Eschborn 1998, 22.



Eine Selbsthilfegruppe in Äthiopien: Kleinkredite werden zu günstigen Konditionen vergeben.

Empowerment durch Selbsthilfegruppen

Eine Weiterentwicklung im Rahmen des Gemeinwesenansatzes ist die Förderung von Selbsthilfegruppen (SHGs). Diesen Ansatz verwirklicht die Kindernothilfe seit 2002 in sieben afrikanischen und sieben asiatischen Ländern. Das Konzept der Selbsthilfegruppen beruht auf der zentralen Erfahrung der Entwicklungszusammenarbeit, dass die Überwindung von Armut ohne die Eigeninitiative und das Empowerment der Armen nicht gelingen kann: Armut hängt nicht nur mit dem Mangel an materiellen Ressourcen zusammen, sondern hat auch mit sozialer, politischer und persönlicher Ausgrenzung und Machtlosigkeit zu tun. Der Begriff Empowerment bedeutet in diesem Zusammenhang, Kontrolle über die materiellen Ressourcen zu erlangen, ein Selbstbewusstsein als Mensch und Mitglied der Gesellschaft zu entwickeln und Möglichkeiten zu schaffen, die eigenen Interessen in der Gesellschaft zu behaupten.

Der Begriff Selbsthilfegruppen ist bis zu einem gewissen Grad ungenau, da die Gruppen zumeist nicht spontan entstehen, sondern von außen initiiert und über längere Zeit von Mitarbeitern der Partner oder unabhängigen Beratern begleitet werden. Im Konzept der Kindernothilfe verläuft die Entwicklung der Selbsthilfegruppen in drei aufeinander aufbauenden Phasen, in denen es zunächst um das soziale, dann das wirtschaftliche und schließlich das politische Empowerment der Menschen geht.

Die Gruppen bestehen zum größten Teil aus Frauen, weil insbesondere Witwen oder weibliche Haushaltsvorstände zu den Ärmsten gehören. Als Mitglied einer SHG erfahren die Frauen das soziale Empowerment. Jede Gruppe entwickelt im Laufe der

Zeit ihre eigene Vision und Strategien zur Verbesserung ihrer Lebenssituation. Erfahrungsgemäß steht die Sorge um die Kinder im Mittelpunkt, und es kommt unmittelbar den Kindern zugute, wenn Frauen in den Gruppen über Ernährung, Gesundheitsvorsorge, Konfliktlösung, Wertschätzung von Schulbildung, Kinderrechte etc. aufgeklärt werden. Viele Gruppen entscheiden sich als erste Maßnahme für eine gemeinschaftliche Betreuung der Kinder, um den Rücken frei zu bekommen für wirtschaftliche Aktivitäten. Das wirtschaftliche Empowerment wird dann über ein Spar- und Darlehenssystem gefördert.

Wenn die Gruppen sich etabliert haben und die soziale und wirtschaftliche Stärkung erste Früchte trägt, beginnt die horizontale Vernetzung der SHGs in sogenannten Cluster Level Associations (CLAs). Diese Zusammenschlüsse zwischen verschiedenen Dörfern realisieren Projektvorhaben, die eine Gruppe allein nicht tragen kann, z. B. Infrastrukturmaßnahmen für mehrere Dörfer. Als übergeordnete Organisationen entwickeln sie sich allmählich zu Interessenvertretungen gegenüber lokalen Behörden und sollen im Laufe der Zeit zu eigenständigen Organisationen werden. Damit ist das politische Empowerment gemeint. Dazu soll eine Förderation aus mindestens zehn CLAs gebildet werden, die rund 100 SHGs repräsentiert. Hauptaufgabe der Förderation sind Advocacy-Arbeit und Lobbytätigkeiten zu Themen, die insbesondere die Verbesserung der Situation der Kinder betreffen, z. B. das Bildungsangebot oder die Wasserversorgung.

Selbsthilfegruppen sind nach der Erfahrung der Kindernothilfe ein erfolgreiches Instrument zur nachhaltigen Armutsbekämpfung und eine große Kraft zur Veränderung von Menschen zu Subjekten ihrer eigenen Entwicklung. In Ländern

wie Äthiopien werden die Selbsthilfegruppen und CLAs von der Regierung inzwischen als Partner der Entwicklung akzeptiert. Eine erste Evaluierung von Selbsthilfegruppen in vier afrikanischen Ländern aus dem Jahre 2005 zeigte, dass in allen Ländern Kinder im Mittelpunkt der erreichten Fortschritte stehen. Wenn das Familieneinkommen gesichert ist, profitieren die Kinder unmittelbar, z. B. durch verbesserte Ernährung, Zugang zu medizinischer Versorgung sowie dem Zugang zu Schulbildung. Ein weiterer positiver Aspekt ist die Reduzierung von Konflikten innerhalb der Familien.

Kinderrechte sind Menschenrechte – der Kinderrechtsansatz

Die Grundüberzeugung der Kindernothilfe, mit der Arbeit in den Partnerländern zur Verwirklichung der Menschenwürde und damit der Rechte von Kindern beizutragen, zieht sich durch die 50-jährige Geschichte, auch wenn der Bezug auf die Kinderrechte als Rechtsfigur in der Arbeit erst Anfang der 1990er Jahre auftaucht. Zu dieser Zeit spielte die Frage der Menschenrechte auch in einigen Partnerländern schon eine Rolle, z. B. in Brasilien und in Südafrika gegen Ende der Apartheid. Die starke Bewegung für Kinderrechte in Brasilien wurde von der damaligen Partnerorganisation der Kindernothilfe aufgenommen und mit unterstützt. Diese deutliche politische Artikulation mit Beteiligung an nationalen Netzwerken und Lobby- und Kampagnenarbeit hatte jedoch keine Rückwirkungen auf die Projektarbeit dieses Partners, die überwiegend von den traditionellen Hilfsformen, d. h. Kindertagesstätten, geprägt blieb und sich auch nicht in einer stärkeren Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in der konkreten Projektarbeit widerspiegelte.

Die Kinderrechtskonvention (KRK) als international anerkannter Rechtsrahmen wurde 1989 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und inzwischen von fast allen Staaten ratifiziert. In der KRK werden die Rechte eines jeden Kindes auf Schutz, Förderung und Beteiligung, aber auch auf Individualität definiert. Eine Besonderheit der KRK ist, dass Kinder nicht mehr als Objekte des Handelns und der Entscheidung von Erwachsenen angesehen werden, sondern als eigenständige Persönlichkeiten, die respektiert und als Subjekte ernst genommen werden sollen.

In der Bildungs- und Lobbyarbeit der Kindernothilfe trat die explizite Orientierung an der KRK in den 1990er Jahren nach außen in Erscheinung. Die Kindernothilfe war z. B. involviert in die Lobbyarbeit gegen ausbeuterische Kinderarbeit im Kontext des Global March against Child Labour, der 1998 stattfand. Heute stellt die KRK den Bezugsrahmen auch für die Projektarbeit dar und liefert Ansatzpunkte für die Umsetzung der Kinderrechte. In den wichtigsten Grundsatzpapieren wird die Verwirklichung der Kinderrechte als zentrale Zielvorstellung der Kindernothilfe festgeschrieben. Zunehmend wurden Partner unterstützt, die sich in ihrer Lobbyarbeit für die Umsetzung der in der KRK

aufgestellten Forderungen gegenüber ihren eigenen Regierungen engagieren. Eine wichtige Herausforderung besteht darin, den Kinderrechtsansatz in der Programmentwicklung im Ausland zu operationalisieren, denn in der Mehrzahl der Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika war die kinderrechtliche Perspektive explizit noch kein Thema, wenn auch die Projekte durch ihre tagtägliche Arbeit zur Verwirklichung von Kinderrechten beitragen.

Für die Kindernothilfe stellt insbesondere der veränderte Blick auf die Kinder eine bedeutende Neuorientierung dar, der die Projektarbeit nachhaltig verändern soll. In dem im Herbst 2008 fertig gestellten Grundsatzpapier zur Einführung des Kinderrechtsansatzes in die In- und Auslandsarbeit der Kindernothilfe ist die Subjektstellung des Kindes der zentrale Ausgangspunkt.¹²

„Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten und Träger von Menschenrechten. Die Verwirklichung ihrer in der KRK normierten Schutz-, Förder- und Beteiligungsrechte ist das Ziel der Arbeit der Kindernothilfe. Daher beteiligen sich die Kinder aktiv an Planung, Durchführung und Evaluation von Kind bezogenen Aktivitäten und Projekten, um ihre Rechte einzufordern.“¹³

Die Kinderrechte sind zugleich eine Zielvorgabe und ein Instrument für die Ausgestaltung von Projekten und damit ein Orientierungsrahmen in allen Phasen der Projektplanung und -durchführung. Mit der Bezugnahme auf die in der KRK festgeschriebenen Kinderrechte führt die Kindernothilfe die weitgehend umgesetzte Orientierung der Projekte auf Armutsbekämpfung konsequent weiter. Als neues Element kommt die Einforderung der den Kindern vorenthaltenen Rechte bei den politisch Verantwortlichen auf regionaler oder nationaler Ebene hinzu. Damit ist die Lobby- bzw. Advocacy-Arbeit für Kinderrechte auch auf der Projektebene angekommen.

Der Umsetzungsprozess des Kinderrechtsansatzes, der eine Querschnittsaufgabe ist, umfasst Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen. Er zielt auf die Information und Kompetenzentwicklung von Mitarbeitern und Partnern und beinhaltet die strukturelle Verankerung des Themas innerhalb der Organisation. Das Thema Kinderrechte wird in alle Arbeitsbereiche eingebaut, u. a. in Analyse und Planung aller Entwicklungsvorhaben von Partnerorganisationen, in die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, in die Presse- und Informationsarbeit. Wichtigste Instrumente der Kindernothilfe für diese Qualifizierung sind der ständige Partnerdialog, Fachseminare im eigenen Haus sowie Workshops und Trainings mit Partnerorganisationen.

Differenzierung der Inlandsarbeit

Die Inlandsarbeit der Kindernothilfe stand bis weit in die 1980er Jahre ganz im Zeichen der Gewinnung neuer Paten.

¹² Kindernothilfe: Die Einführung des Kinderrechtsansatzes in der In- und Auslandsarbeit der Kindernothilfe, Duisburg 2008.

¹³ Ebd., 5.

Daher wurde die Öffentlichkeitsarbeit im Wesentlichen als Spenderkommunikation verstanden, die den Zweck hatte, „in Erfüllung des diakonisch-missionarischen Auftrags der Gemeinde Jesu Christi Nächstenliebe und Verantwortung gegenüber Not leidenden und hilfsbedürftigen Kindern und Jugendlichen in Asien, Afrika und Lateinamerika zu wecken und zur Linderung der Not beizutragen.“¹⁴ Ein zweites Ziel der Inlandsarbeit bezog sich darauf, das Bild der Kindernothilfe in der Öffentlichkeit zu verbessern, das unter dem schlechten Image der Heimatpatenschaft zu leiden drohte. Ein drittes Ziel war die Information und Aufklärung der Paten und Freunde über die Hintergründe der Not der Kinder.

Dieses dritte Ziel wurde lange Zeit vernachlässigt, auch weil man glaubte, dass die Patenschaft die effizienteste Form der Aufklärungsarbeit sei. Man war in der Kindernothilfe davon überzeugt, dass durch den Bezug zwischen Personen eine Lerndimension zum Thema Entwicklung eröffnet werde, die den als theorielastig angesehenen Bildungsprogrammen anderer Werke fehlte. Dieser Ansatz klingt überzeugend, das Problem war nur, dass die Kindernothilfe den Anspruch in der praktischen Arbeit nur sehr unzureichend einlöste.

Wegen der einseitigen Ausrichtung der Werbematerialien auf die Spendenmotivation blieb die Inlandsarbeit der Kindernothilfe in den 1980er Jahren nicht von Kritik verschont. Die Kritik zeigte Wirkung, die selbst gewählte Abstinenz der Kindernothilfe zu Fragen der Entwicklungspolitik wurde nach und nach aufgegeben und die Prioritäten änderten sich:

„Wir werden begreifen, dass wir auch mitzuhelfen haben, Verhältnisse zu ändern, sie menschenwürdig und gerecht zu gestalten. Dann verliert der Begriff Entwicklungspolitik seinen garstigen politischen Touch, den er für manche wohl hat. Wir begreifen ihn als Signal, dem Übermaß von Elend und Leid zu Leibe zu rücken.“¹⁵

Anlässlich ihres 30-jährigen Bestehens 1989 nimmt die Kindernothilfe in ihrer „Erklärung der Kindernothilfe zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Asien, Afrika, Lateinamerika“ explizit auf die „Deklaration der Rechte des Kindes“ Bezug, die im Gründungsjahr der Kindernothilfe 1959 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Diese Erklärung appelliert erstmals an die politisch Verantwortlichen, sich für die Veränderung der globalen Rahmenbedingungen im Interesse der Entwicklungsländer einzusetzen.

Ab Anfang der 1990er Jahre wurde in der Kindernothilfe der Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit konsequent entwickelt. Die Kindernothilfe sollte so gegenüber entwicklungspolitischen Grundsätzen geöffnet werden, aktuelle Diskurse aufnehmen und sich stärker in die Landschaft der Nichtregierungsorganisationen (NROs) einbringen. Die Inlandsreferate waren die treibende Kraft beim Aufbau von Arbeitsbeziehungen und gemeinsamen Arbeitsvorhaben

mit den kirchlichen und anderen entwicklungspolitischen Hilfswerken. Die Mitarbeiter der Inlandsreferate nahmen mehr und mehr an den nationalen und internationalen Debatten über Menschenrechte/Kinderrechte und Entwicklung teil.

So entwickelte das Referat Inlandsarbeit allmählich ein eigenes Profil und wuchs aus der Rollenerwartung hinaus, dass Inlandsarbeit im Wesentlichen den Bedürfnissen der Auslandsarbeit zu folgen hat. Die Qualifizierung und Differenzierung der Inlandsarbeit spiegelt sich in verschiedenen internen Reorganisationen des Referats seit den frühen 1990er Jahren wider. Ein wichtiger Meilenstein war 1994 die organisatorische Trennung zwischen Spendenwerbung und Bildungsarbeit. Der 1994 eingerichtete Regionaldienst war ein Schritt zur systematischen Mobilisierung und Qualifizierung der Ehrenamtlichen. Erwachsenen- und schulische Bildungsarbeit gewann etwa zur gleichen Zeit an Bedeutung. Die weitere Ausdifferenzierung der Arbeit, insbesondere die Einbeziehung der Bereiche Menschenrechte, Lobbyarbeit einschließlich der Mitarbeit in regionalen und internationalen Netzwerken und Kampagnen führte im Jahr 2000 zur Einrichtung einer eigenen Arbeitsgruppe Advocacy. Als letzte organisatorische Differenzierung wurde im Jahr 2007 die Pressearbeit aus dem Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit abgetrennt, in eine eigene Pressestelle beim Vorstand umgewandelt und das frühere Referat in Referat Bildung und Öffentlichkeitsarbeit umbenannt.

Der Kinderrechtsansatz ist ein Meilenstein auf dem Weg der Kindernothilfe, die Ausrichtung an den Kinderrechten als Querschnittsaufgabe in die gesamte Programmatik einzuführen und damit auch die Kohärenz zwischen der Inlands- und Auslandsarbeit zu stärken. Wesentliche Impulse zur Entwicklung dieses Ansatzes kamen aus der Auslandsarbeit und aus den Erfahrungen mit neuen Partnerorganisationen im Bereich Lobbyarbeit für Kinderrechte. Daneben wurden die Diskussionen zur Entwicklung eines Menschenrechtsansatzes in der Entwicklungszusammenarbeit aufgenommen. Um den Kinderrechtsansatz auf einer breiten Basis zu entwickeln, wurden die konzeptionellen Grundlagen und Umsetzungsstrategien in enger Kooperation zwischen den Auslandsreferaten und dem Referat für Bildung und Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet. Unter Federführung einer referatsübergreifenden Arbeitsgruppe, die auch weiterhin den Umsetzungsprozess begleitet, wurde das Grundsatzpapier als Implementierungsleitfaden für den Kinderrechtsansatz erarbeitet, in dem neben den theoretischen Grundlagen aus der KKK auch Methoden und Instrumente für die Gestaltung der Programmarbeit dargestellt werden. Die Auslandsreferate arbeiten mit viel Energie an der Umsetzung des Kinderrechtsansatzes. Wichtige Schritte wurden unternommen, um den Dialog mit den Partnerorganisationen zu intensivieren und die Implementierung des Kinderrechtsansatzes in die Länderprogramme inhaltlich und methodisch zu konkretisieren und zu begleiten.

¹⁴ Windgassen, Karl-Friedrich: Zur Öffentlichkeitsarbeit der Kindernothilfe, vorgetragen auf der Mitgliederversammlung der Kindernothilfe am 1.5.1984.

¹⁵ Brandt, Gerhard: 30 Jahre Kindernothilfe Duisburg, in: Kindernothilfe 114/1989. Bericht an unsere Freunde, 9.

3 Entwicklungspolitik seit den neunziger Jahren

Die Ausgestaltung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit der Kindernothilfe findet vor dem Hintergrund der veränderten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die internationale Entwicklungspolitik seit dem Ende der bipolaren Weltordnung statt. Die Arbeit knüpft an die internationalen Debatten um die Auswirkungen der Globalisierung, die Armutsbekämpfung sowie die Folgen für die internationale Politik an.

Mit dem Eintritt der früheren Ostblockstaaten in die internationalen Organisationen nach 1989 wandelten diese sich zu wirklich globalen Institutionen mit erhöhtem Einfluss auf die Entwicklungspolitik. Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Blocks und der Demokratisierungswelle in Afrika schienen die Chancen für einen neuen Interessenausgleich zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern günstig zu sein. Das Konzept einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung, das 1992 bei der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro entstand, strahlte diesen Optimismus aus. Der gängige Begriff der Einen Welt wurde dann jedoch stärker durch negative Ereignisse bestimmt, die heute mit dem Begriff Globalisierung verbunden werden. Die weltweiten Finanzkrisen, der Klimawandel, der Zerfall von ganzen Staaten, die Aids-Epidemie sowie grenzüberschreitende Konflikte sind Beispiele für Risiken mit potentiell globalen Bumerangeffekten.

Durch den Aufstieg Chinas als Wirtschaftsmacht hat sich die Konstellation von Akteuren auf der internationalen Bühne verändert. Die demokratischen Werte werden dadurch vor neue Herausforderungen gestellt, da gute Beziehungen zu China häufig nur um den Preis zu haben sind, über die Verletzung von internationalen Menschenrechtsstandards zu schweigen. Ein zweiter wichtiger Aspekt ist, dass die transnationalen Unternehmen keiner globalen Regulierung unterliegen. Der dritte und wichtigste Aspekt ist jedoch, dass Weltprobleme an Bedeutung gewinnen, die die Reichweite nationalstaatlicher Politik überfordern. Die Breite und die neuen Akzente in der internationalen Diskussion werden an der Vielzahl von Konferenzen deutlich, die allein in der ersten Hälfte der 1990er Jahre stattfanden.¹⁶

Global Governance

Die globalen Transformationsprozesse und Herausforderungen sind nicht mehr mit nationalstaatlichen Strategien allein zu lösen, denn die Nationalstaaten sind nicht mehr die exklusiven Orte für Politikgestaltung. Dies ist der Ausgangspunkt für die Überlegungen zu einem Global-Governance-System, dessen erste Konturen Ende der 1990er Jahre sichtbar wurden. Beim Konzept von Global Governance geht es um die Vereinbarung von Regeln zum internationalen Währungssystem, zum internationalen Handel, Wirtschaftsstrukturen, um Armutsbekämpfung, um Klimaschutz sowie um die internationale Durchsetzung von Menschenrechten. Die Zielsetzung von Global Governance ist der Aufbau einer multilateralen Struktur, in der internationales Recht und eine Kultur der Kooperation das Handeln der Staaten bestimmen sollen. Gerade für eine effiziente Entwicklungszusammenarbeit gilt Global Governance als Voraussetzung.

Der tragende Stützpfeiler dieses Konzepts ist das System der Vereinten Nationen als Weltorganisation, das als Forum für die Organisation internationaler Politik und als Impulsgeber Bedeutung hat. Die Vereinten Nationen sind die einzige Vereinigung, die universale Gültigkeit und Achtung ihrer Werte, Normen und Rechtsverpflichtungen gegenüber ihren Mitgliedsorganisationen beanspruchen kann. Aufgrund ihrer eingeschränkten Akteursrolle sind die Vereinten Nationen

allerdings auf die Unterstützung durch ihre Mitgliedsstaaten angewiesen.

Millenniums-Entwicklungsziele

Im September 2000 versammelten sich im Rahmen der Vereinten Nationen die Staats- und Regierungschefs von 189 Mitgliedsländern, um auf höchster politischer Ebene die Millenniumserklärung zu verabschieden. Mit dieser Erklärung bekunden die Staaten ihren Willen, bis zum Jahr 2015 die Armut zu halbieren, Entwicklung zu fördern, die gemeinsame Umwelt zu schützen, die Menschenrechte sowie die Grundsätze der Demokratie und guter Regierungsführung zu achten. Aus der Millenniumserklärung wurden acht Entwicklungsziele zur Reduzierung der Armut (Millennium Development Goals – MDGs) mit Unterzielen und Indikatoren entwickelt. Damit hat sich die Weltgemeinschaft auf gemeinsame Ziele für Entwicklung und partnerschaftliche Zusammenarbeit verständigt, die für die Entwicklungspolitik und auch für die Kindernothilfe einen klaren Bezugsrahmen darstellen.

Trotz der berechtigten Kritik an den MDGs in Bezug auf die Auswahl und Konkretisierung der Ziele und ihre Realisierungschancen bleibt als wichtiges Ergebnis des Millenniumsgipfels festzuhalten, dass sich die Regierungen auf gemeinsame Grundwerte geeinigt haben, die als Orientierungsrahmen und

¹⁶ 1991 Weltkindergipfel in New York, 1992 UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, 1993 Weltkonferenz über Menschenrechte in Wien, 1994 Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo, 1995 Weltgipfel über soziale Entwicklung in Kopenhagen, 1995 Vierte Weltfrauenkonferenz in Peking.

Handlungsmaxime für die Entwicklungspolitik in Nord und Süd unverzichtbar sind: die Orientierung an den menschlichen Grundbedürfnissen, das Streben nach sozialer Gerechtigkeit sowie der Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft. Die Stärke der MDGs liegt in der pragmatischen Herangehensweise. Angesichts der messbaren Indikatoren für jedes der Ziele sind Fortschritte international vergleichbar. Die Umsetzungskontrolle ist durch die jährlichen Fortschrittsberichte der Staaten über die Umsetzung besser möglich. Die Arbeit der staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit wird seither daran gemessen, inwieweit sie dazu beiträgt, die MDGs zu erreichen.

Auch die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) beziehen sich mit ihrer Politik ausdrücklich auf die MDGs. Das neue Konzept für die Erarbeitung von Armutsbekämpfungsstrategien (Poverty Reduction Strategy Papers – PRSPs) sieht vor, dass die Eigenverantwortung der Partner stärker einbezogen wird. Die von den Partnerregierungen erstellten Strategien sollen in einem partizipativen Prozess erarbeitet werden, an dem die Zivilgesellschaft in allen Phasen beteiligt ist. Dieser Prozess wird als ebenso wichtig angesehen wie das Produkt selbst.

Die Weltkonferenzen der 1990er Jahre sowie der Millenniumsgipfel formulierten quasi eine Tagesordnung für die Weltpolitik und stellten hinsichtlich ihrer inhaltlichen Reichweite eine neue Stufe der Auseinandersetzungen mit globalen Prozessen dar. In gewichtigen Erklärungen und Aktionsprogrammen wurde die Perspektive einer weltweiten Übereinstimmung über die Vorstellungen von einem Weltgemeinwohl eröffnet, zwischen dem Diskussionsstand und konkretem Handeln klaffte jedoch meistens eine große Lücke. Das Ergebnis der 1990er Jahre war gemessen an den hochgesteckten Erwartungen insgesamt enttäuschend. Im Vergleich zu den 1980er Jahren vergrößerten sich die Unterschiede in der Entwicklung von Regionen, von Ländern und auch in ihren Gesellschaften. Fast überall auf der Welt haben sich die Unterschiede zwischen Arm und Reich und die Chancenungleichheit bei Durchsetzung von Rechten weiter vergrößert.

Als Ursachen für diese Erfolglosigkeit wurden auch Effektivitätsverluste auf der Geberseite verantwortlich gemacht. Viele Entwicklungsländer leiden unter einer Fragmentierung der Geberorganisationen, unzureichend abgestimmten Projekten, unterschiedlichen bürokratischen Verfahren und ungenügender Einbeziehung in die Programmplanung. In vielen Studien, die sich kritisch mit den Strukturen und Instrumenten der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit auseinandersetzen, wurden grundlegende Reformen gefordert. Mit der Paris Declaration on Aid Effectiveness vom März 2005 hat die OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) neue Kernprinzipien der Entwicklungspolitik formuliert, um

mehr Eigenverantwortung der Partnerländer zu erreichen und die Effizienz der Zusammenarbeit durch stärkere Koordination von Projekten und Harmonisierung der Planungsverfahren zu erhöhen. Obwohl alle nationalen und internationalen Entwicklungsorganisationen Reformprogramme zur Umsetzung der Paris-Deklaration auflegten, zeigte die Nachfolgekonzferenz 2008 in Accra nur wenige Fortschritte.

Bedeutungszuwachs der Nichtregierungsorganisationen

Die Globalisierung hat auch dazu geführt, dass sich Nichtregierungsorganisationen (NROs) zunehmend international organisieren. Die Kritik an der mangelnden Wirksamkeit der staatlichen Entwicklungspolitik hat NROs zeitweilig zu Hoffnungsträgern werden lassen, weil ihnen wegen ihrer Basisanbindung, geringeren Bürokratie und Unabhängigkeit vom Staat eine erfolgreichere Entwicklungspolitik zugetraut wurde. Inzwischen sind die Einschätzungen realistischer geworden. Dennoch sind gerade die international vernetzten NROs in der entwicklungspolitischen Debatte über Global Governance wichtiger geworden, denn das Konzept einer rein von Staaten aufgezogenen Global Governance hat den entscheidenden Schwachpunkt der Bürgerferne: „Vom einfachen Bürger in Schweinfurt bis zum Kyoto-Protokoll oder zum Financial Stability Forum ist es ein hoffnungslos weit erscheinender Weg.“¹⁷ NROs bilden die Brücke zwischen den beiden Ebenen und übernehmen Vermittlerfunktion, indem sie die oftmals unverständliche Sprache der internationalen Konferenzen übersetzen und Licht in das Dickicht der komplexen internationalen Strukturen bringen.

Zivilgesellschaftliche Akteure gewinnen seit den 1990er Jahren als Mitspieler mit Gestaltungsmacht in der Weltpolitik an Bedeutung. Die Weltkonferenzen gingen einher mit einer zahlenmäßig bisher nie da gewesenen Mobilisierung von NROs. Während am ersten UN-Umweltgipfel 1972 nur rund 250 NROs teilgenommen hatten, waren es 1992 bereits fünf Mal so viele.¹⁸ Im Umfeld der Konferenzen waren die NROs durch Kampagnen, die Organisation von Gegengipfeln und eigenen thematischen Foren sowie Demonstrationen vertreten. Die Präsenz der NROs kam besonders bei der Umweltkonferenz in Rio 1992 und bei der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 zur Geltung, wo sie Einfluss auf die Formulierung der Agenda ausübten.

NROs nehmen an den internationalen Staatenkonferenzen als kritische Beobachter und Akteure teil und begleiten und überprüfen die Umsetzung der internationalen Vereinbarungen in praktische Politik, dringen auf die Einhaltung der Übereinkünfte von Regierungen. Sie wirken an der Erarbeitung von Schattenberichten – etwa zur Kinderrechtssituation in einem Land – mit, in die ihre Arbeitserfahrung auf Projektebene einfließen. Auf diese Weise ermöglichen sie eine oft sehr viel

¹⁷ Weizsäcker, Ernst Ulrich von: Drei Säulen der künftigen Demokratie, in: Fues, Thomas/Hippler, Jochen (Hg.): Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft, Bonn 2003, 52 - 56.

¹⁸ Veranstaltungsbericht „Globale Verantwortung: Entwicklungspolitische Perspektiven und Herausforderungen von Global Governance“, Wien 25. - 26.7.2007, 7.

authentischere Sicht auf die tatsächlichen Verhältnisse. Auf der anderen Seite tragen die NROs gesellschaftliche Interessen in die internationalen Foren und machen die Politik transparenter. Für die Verankerung eines entwicklungspolitischen Bewusstseins in der Bevölkerung wird NROs ein großes Potential zugeschrieben, da sie wegen ihrer größeren Basisnähe nicht selten als glaubwürdiger angesehen werden als die Regierungen.

Auch die Erreichung der MDGs ist keine Aufgabe, die Staaten und Regierungen allein bewältigen können. Oft fehlt den Regierungen der politische Wille oder die administrativen und finanziellen Kapazitäten sind unzureichend. Zivilgesellschaftliches Engagement und politische Partizipation auf allen Ebenen im Süden sind wesentliche Voraussetzungen, damit Erfolge erzielt werden können. Dies ist eine Herausforderung und gleichzeitig eine Chance für die Partner der Kindernothilfe, um die Zahl derer weiter wachsen zu lassen, die sich mit konkreten Projekten und Lobbyanstrengungen dafür einsetzen, ihre Regierungen zu einem verstärkten Einsatz für die MDGs zu bewegen.

Entwicklungspolitik als Bildungsaufgabe

Die Vorläufer von entwicklungspolitischer Bildung entstanden in Deutschland schon in den 1960er Jahren im Kontext der Entkolonialisierung und als Legitimation für die beginnende Entwicklungshilfe. Sie sollten die öffentliche Unterstützung für die Entwicklungshilfeprogramme der Regierung und der internationalen Institutionen absichern. Auch für NROs war diese Art von Aufklärungsarbeit ein bedeutender Sicherungsmechanismus für öffentliche Unterstützung, oft verbunden mit Spendenwerbung. Daher war Bildungsarbeit lange Zeit lediglich eine Art Begleitmusik, die das eigentliche Kerngeschäft, die Förderung der Armen in Asien, Afrika und Lateinamerika, werbend umrahmte. Mittlerweile hat sich ein Wandel vollzogen. In der Entwicklungspolitik, die sich heute im Rahmen globaler Strukturpolitik verortet, wird die Bildungsarbeit im Inland als konstitutives Element entwicklungspolitischen Handelns anerkannt, weil ein immer

engerer Zusammenhang zwischen den Problemen der Entwicklungsländer und der gesellschaftlichen Wirklichkeit in den Industrieländern besteht. Vor allem in der Klima- oder Flüchtlingsproblematik werden die Wechselwirkungen unmittelbarer sichtbar, erfahrbar und nachvollziehbar. Damit ist auch die Fernproblematik der Entwicklungspolitik zumindest partiell zurechtgerückt und die in der entwicklungspolitischen Bildung thematisierten Probleme haben immer direkter mit der eigenen Gesellschaft zu tun.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit hat drei Ziele, die sich wechselseitig bedingen. Zum einen geht es um die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen, um Sachinformationen über die historischen und gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen der internationalen Ordnung sowie die in ihnen wirkenden Kräfte und Interessen. Dabei sollen die Komplexität der internationalen Zusammenhänge, die Bedeutung der Entwicklungspolitik, aber auch ihre begrenzten Wirkungsmöglichkeiten dargestellt werden. Es geht auch um die Legitimierung und Notwendigkeit von Entwicklungspolitik sowie die Darstellung ihrer Ziele, Strategien und Instrumente.

Entwicklungspolitische Bildung ist jedoch mehr als reine Informationsvermittlung und geht auch über das Wecken von Betroffenheit und Empathie für die Probleme der Entwicklungsländer hinaus. Das Ziel ist die Entwicklung von Fähigkeiten zu kritischer Analyse der Zusammenhänge als Grundlage für eine eigene Meinungsbildung. Schließlich soll entwicklungspolitische Bildung die Bereitschaft wecken und fördern, Einsichten in politisch verantwortungsbewusstes Handeln umzusetzen und ggf. politische Vorgänge aktiv mitzugestalten. Rio-92- und Agenda-21-Prozesse sind entscheidend für die wachsende Bedeutung entwicklungspolitischer Bildung. Nachhaltige Entwicklung benötigt die engagierte Teilhabe vieler Menschen, und Bildung ist für diese Teilhabe Voraussetzung.

Mädchen können mit uns rechnen.

In armen Ländern haben Mädchen kaum Chancen. Wir geben ihnen eine Zukunft. Durch Schule und Ausbildung. Helfen Sie mit!

www.plakat-kindernothilfe.de
0049 33 33 300 (Land + Home)

KINDER NOT HILFE

RED RIBBON DAY

Red Ribbon Day ist ein weltweites Programm der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von HIV/AIDS.

Mit freundlicher Unterstützung des Plakatvereins

4 Entwicklungspolitische Bildungsarbeit der Kindernothilfe



Teilnehmerinnen am Kindernothilfe-Aktionsparcours auf dem Kirchentag.

Die Anfänge

Das Bild, das die Kindernothilfe in den 1980er Jahren in der Öffentlichkeit bot, war nicht frei von Widersprüchen: Einerseits war die Kindernothilfe zu diesem Zeitpunkt das fünftgrößte Hilfswerk in Deutschland und hatte eine breite Unterstützung durch rund 100.000 Paten und Spender. Sie gab die Zeitschrift Kindernothilfe heraus, die mit über 120.000 Exemplaren bis heute eine der auflagenstärksten Publikationen in Deutschland zur Entwicklungszusammenarbeit ist (heute heißt sie Kindernothilfe-Magazin). Andererseits war die Kindernothilfe innerhalb der entwicklungspolitischen Fachkreise isoliert und in der Defensive gegenüber den dauernden Angriffen auf die Patenschaft, die in der aufkommenden Diskussion über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit neue Nahrung fanden. Tatsächlich standen das christliche Profil der Kindernothilfe und die Spendenwerbung in allen Publikationen im Vordergrund, während der Informationsgehalt über Hintergründe der Unterentwicklung minimal war. Die politischen und ökonomischen Dimensionen der Entwicklungsfrage, die politischen und z. T. kriegerischen Konflikte in mehreren Partnerländern der Kindernothilfe (Südafrika, Namibia) oder die schmutzigen Kriege der damaligen lateinamerikanischen Militärregime gegen die eigene Bevölkerung mit Hunderttausenden von Opfern wurden kaum thematisiert. Auch kritische Berichte über die Auslandsarbeit – z. B. die Ergebnisse der ersten Evaluierung der Arbeit in Indien von 1980 – wurden nicht zitiert.¹⁹

Angesichts eines zeitweiligen Spendenrückgangs für Patenschaften Mitte der 1980er Jahre bekam die Werbung von neuen Paten und Spendern höchste Priorität und alle Instrumente und Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit – Zeitschrift, Informationsmaterial, Plakataktionen, Informationsstände bei Kirchentagen – waren darauf ausgerichtet. Es ging auch darum, den Paten die Zweifel an der Patenschaft zu nehmen, die sich durch die Dauerkritik bei vielen eingestellt hatten. Es bestand die reale Gefahr, dass sich in der Öffentlichkeit ein Negativbild der Kindernothilfe festsetzte und noch mehr Spendeneinbrüche drohten. Der Handlungsdruck wurde verschärft durch die Veränderungen der Rahmenbedingungen am Ende der 1980er Jahre, die neue Herausforderungen für die Arbeit der Entwicklungshilfswerke darstellten. Das Ende der Blockkonfrontation absorbierte viel öffentliche Aufmerksamkeit, und in Deutschland rückte die Entwicklungsproblematik wegen der heftigen Debatten um die Kosten für die Wiedervereinigung in den Hintergrund. Daneben gab es Anzeichen für einen Hilfspessimismus in der Bevölkerung, die sich fragte, warum nach drei Jahrzehnten Entwicklungszusammenarbeit die Entwicklungsländer ihren Entwicklungsrückstand scheinbar nicht aufgeholt hatten. Schließlich führten die wirtschaftliche Krise in Deutschland und die Kaufkraftverluste zur Stagnation auf dem Spendenmarkt und zum verschärften Wettbewerb der Hilfswerke untereinander.

Der Aufbau einer entwicklungspolitischen Bildungsarbeit hatte noch weitere Geburtshelfer. Die ersten Spenderbefragungen zeigten, dass bei Kindernothilfe-Spendern der Kenntnisstand über Entwicklungspolitik höher war als angenommen. Es reifte die Erkenntnis, dass zur Projektarbeit im Süden eine bessere und breitere Informationsarbeit in den Industrienationen kommen musste. Diese Forderung vieler Partner aus dem Süden hatte auch in der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) ein breites Echo gefunden. Auf der Synode in Bremen 1973 wurde die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit als integraler Bestandteil der Entwicklungshilfe beschlossen. Entwicklungshilfe war damit nicht mehr allein eine Spezialaufgabe in den armen Ländern, sondern kam von dort als Anfrage an die reichen Länder zurück, wie ein besseres Verständnis für die jeweilige Situation geschaffen werden könnte und was sich auch im Norden ändern müsste, wenn die Entwicklungshilfe erfolgreich sein sollte. Dies war die Stunde der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, die in der Kindernothilfe aufgebaut wurde. Sie ist aufgenommen im zweiten Satzungsauftrag der Kindernothilfe, wo es heißt, dass der Auftrag, Verantwortung und Nächstenliebe zu wecken, in Deutschland und Europa auch durch Informations- und Bildungsarbeit erfolgen soll.

¹⁹ Vgl. Funkschmidt, Kai/Herger, Rolf-Robert: 40 Jahre Kindernothilfe. Eine Fallstudie der Entwicklungszusammenarbeit, Duisburg 1999, 38.

Entwicklungspolitisch orientierte Bildungsarbeit sollte Menschen auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analyse globaler wirtschaftlicher Prozesse und ihrer Auswirkungen auf Kinder mit Informationen und Kenntnissen versorgen, die sie zum politischen Handeln befähigen. Die Kindernothilfe musste entwicklungspolitisch kompetenter werden und auch die Aufklärungsarbeit qualifizieren. Das bedeutete Rücken- deckung für die Initiativen der Inlandsarbeit, der Kindernothilfe ein anderes Image zu geben und auch für andere Milieus interessant zu werden. Die erste große Imagekampagne (Ich bin ein Kind dieser Welt) war ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg, auch wenn es sich in erster Linie um Imagebildung und noch nicht um eine programmatische Wende handelte.

Tatsächlich führte die Krise der 1970er und 1980er Jahre zu vielen positiven Veränderungen in der Inlandsarbeit der Kindernothilfe. Die Inlandsabteilung wurde mit erfahrener Personal vergrößert und im Jahr 1990 wurde entwicklungspolitische Bildungsarbeit als eigenständiges Geschäftsfeld etabliert. In den Inlands- und Auslandsreferaten wurde sektorale Expertise ausgebildet, um die Auskunftsfähigkeit der Kindernothilfe zu erhöhen und am entwicklungspolitischen Dialog teilzunehmen.

Eine Grundorientierung für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit wurde in den Leitlinien für die Kindernothilfe-Inlandsarbeit von 1992 formuliert:

- Motivation für informierte Christen/Bürger in lebendigen demokratischen Systemen, als Gebot der Nächstenliebe Gerechtigkeit auf Erden zu fördern, also auch den Nord-Süd-Ausgleich
- Aufklärung über Wechselwirkungen zwischen den Vorgängen in Entwicklungsländern und dem täglichen Lebensumfeld des Bürgers, um Interesse für den Hintergrund und den Auftrag der Kindernothilfe zu wecken
- Abbau von negativen Meinungsbildern über die Dritte Welt und das Verständnis, dass Entwicklungsländer das Recht auf einen eigenen Entwicklungsweg haben
- Aufklärung über die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit in den internationalen Beziehungen
- Ermutigung der Einzelnen, sich zu engagieren und dem Ohnmachtsgefühl entgegenzuwirken²⁰

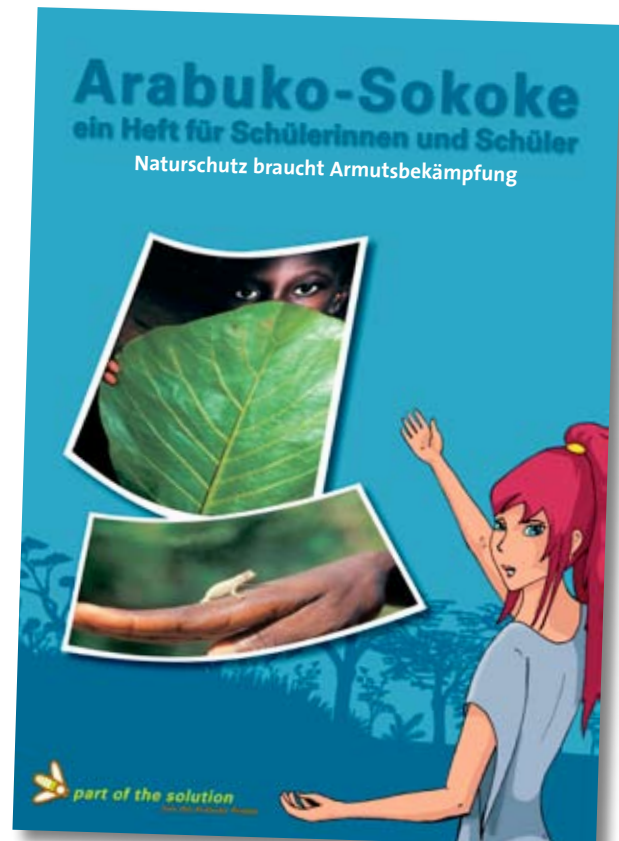
Damit war die Kindernothilfe Anfang der 1990er Jahre auf dem Weg, Anschluss an die kirchennahe NRO-Szene in Deutschland zu finden, die sich an der entwicklungspolitischen Programmatik der Evangelischen Kirche in Deutschland und der so genannten JPSS-Formel des Weltrats der Kirchen von einer gerechten, beteiligungsorientierten und nachhaltigen Gesellschaft (Just, Participatory and Sustainable Society) orientierten.

Wichtige Themen

Das Leitmotiv der Bildungsarbeit der Kindernothilfe bestand zu Beginn der Beschäftigung mit entwicklungspolitischen Themen darin, auf die Nord-Süd-Interdependenzen und die Finanz- und Handelsverflechtungen zwischen Deutschland und den Partnerländern aufmerksam zu machen, sowohl in Bezug auf die Folgen als auch auf die Ursachen. Der thematische Fokus folgte bis Mitte der 1990er Jahre im Wesentlichen den Themen der Weltkonferenzen der Vereinten Nationen. Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit der Kindernothilfe beruht auf der Prämisse, dass Interesse und Handlungsmotivation von Menschen besonders dann geweckt werden können, wenn ein persönlicher Bezug hergestellt werden kann. Als erstes wichtiges Thema griff die Kindernothilfe Anfang der 1990er Jahre die Problematik des Weltklimas auf, das auch in Deutschland Schlagzeilen machte.

Umwelt und Entwicklung

Die Kindernothilfe nahm die Konferenz der Vereinten Nationen zum Thema Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 als Anknüpfungspunkt für ihre entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Diese Konferenz hatte deutlich gemacht, dass die natürlichen Lebensgrundlagen aller Menschen bedroht sind, und dass die Verantwortung dafür in erster Linie im verschwenderischen Konsumstil und Energieverbrauch der Industrieländer sowie dem Ausstoß von klimaschädigenden Emissionen liegt. Schon im Vorfeld der Konferenz von Rio hatte sich die Kindernothilfe an Lobbygesprächen von NROs mit der Bundesregierung beteiligt und an der Formulierung der Erklärung für die Schlusskonferenz in Rio mitgewirkt.



²⁰ Wilmsen, Christian: Leitlinien für die Kindernothilfe-Inlandsarbeit, interner Entwurf, 1.2.1993.

Die Rio-Konferenz war Anlass, um in allen Publikationen auf die globalen Interdependenzen hinzuweisen und die Verantwortung von Industrieländern und Entwicklungsländern für eine nachhaltige Entwicklung herauszustellen. Anschaulich werden in den „Leitlinien für die Kindernothilfe Inlandsarbeit 1994“²¹ die nötigen Reformen benannt, die auch 15 Jahre später nichts von ihrer Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung verloren haben und sich in den MDGs wiederfinden.

Die Kindernothilfe definierte die Bekämpfung der Armut in Entwicklungsländern als Beitrag zur Risikominderung für die eigene Zukunft und rief dazu auf, neben dem „gezielten Verzicht als globaler Überlebensstrategie“ durch „aufklärerische Aktionen in Deutschland, einem demokratischen Staatswesen“, auf kommunaler oder Bundesebene Einfluss zu nehmen.²²

Das Thema Umwelt und Entwicklung wird von der Kindernothilfe seit 2002 wieder verstärkt aufgenommen.

Menschenrechte und Kinderrechte

Die Kindernothilfe griff das Thema Menschenrechte zuerst anlässlich der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 in seiner Bildungsarbeit auf. Im Beraterkreis sowie dem Grundsatzausschuss der Menschenrechtskonferenz arbeitete die Kindernothilfe aktiv an der Vorbereitung der Konferenz mit. 1994 erschien das erste Themenheft Die „Rechte des Kindes“, in dem die zentralen Rechte des Kindes ausführlich erläutert werden. Hintergrundberichte beleuchten die Ursachen von Kinderrechtsverletzungen und informieren über die Arbeit der Partner.

Die 1959 von der UN-Generalversammlung verabschiedete „Erklärung der Rechte des Kindes“, auf die sich die Kindernothilfe mit ihrer Erklärung von 1989 bezogen hatte, war völkerrechtlich nicht verbindlich. In den beiden UN-Pakten über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte, die 1977 in Kraft traten, waren nur vereinzelt Bestimmungen enthalten, die Kinder betrafen, z. B. das Recht auf Schutz durch die Familie. Um der Situation und den Bedürfnissen von Kindern weltweit mehr Beachtung zu verschaffen, riefen die Vereinten Nationen 1979 das Jahr des Kindes aus. Erst 1989 entstand das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Kinderrechtskonvention – KRK) als ein rechtsverbindliches Instrument, das die Staaten verpflichtet, sich aktiv für das Wohl des Kindes einzusetzen. In keinem anderen UN-Dokument werden die Dimensionen und Konsequenzen fehlender Schutzbestimmungen für Kinder so detailliert benannt wie in dieser Konvention. Das Grundprinzip der KRK ist, dass das Kind als Subjekt der Völkerrechtsordnung anerkannt wird. Das Wohl des Kindes steht als Grundsatz der KRK im Mittelpunkt aller Maßnahmen öffentlicher oder privater Akteure, die Kinder betreffen. Als weitere Prinzipien der KRK gelten das Grundrecht auf Überleben und persönliche Entwicklung, das Prinzip der Gleichbehandlung, die Verwirklichung der Kinderrechte sowie die Achtung vor der Meinung des Kindes.²³

Der Bezug auf die Kinderrechte ist das Leitmotiv der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit der Kindernothilfe. Gleichwohl bleibt die rein rechtliche Ebene jedoch häufig relativ abstrakt und ist verhältnismäßig weit entfernt von der Projektarbeit. Als Folge der Umsetzung des Kinderrechtsansatzes ist in jüngster Zeit in der Informations- und Bildungsarbeit ein deutlicher Trend zur Konkretisierung der Kinderrechte eingetreten. In den Materialien gibt es Bausteine, die auf die Kinderrechte mit einem Projektbeispiel Bezug nehmen. Im Rahmen des Jahresthemas 2008/2009 „Kinderrechte sind Menschenrechte“ wird der Kinderrechtsansatz der Kindernothilfe mit allen Facetten und Implikationen vorgestellt. Im Mittelpunkt stehen die Anerkennung von Kindern als Rechtssubjekte und die Orientierung der Projektarbeit an der Kinderrechtskonvention.

Unter dem Stichwort „Ökologische Kinderrechte“ soll das Thema Umwelt und Entwicklung im Jahr 2010/11 als Jahresthemenschwerpunkt in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sowie der Kampagnen- und Lobbyarbeit eine zentrale Rolle spielen. Der Begriff ökologische Kinderrechte bezeichnet das „Recht eines jeden Kindes auf dieser Welt, in einer intakten Umwelt aufzuwachsen, ein gesundes Leben zu führen und positive Zukunftsperspektiven zu entwickeln.“²⁴ Er hat Eingang in die Diskussion über Kinderrechte gefunden, und damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Folgen des Klimawandels sowie anderer Umweltschäden die Rechte der Kinder auf Gesundheit, auf Leben und auf angemessene Lebensbedingungen bedrohen.

Kinderarbeit

Die Beschäftigung mit Kinderarbeit gehört zu den Kernthemen der Kindernothilfe. Weltweit werden die Entwicklungschancen



Gestaltung: Ulve Ernst, Illustration: Martin Baltscheit

²¹ Kindernothilfe: Überleben lernen, Unterrichtsmaterialien für berufsbildende Schulen, 1994.

²² Wilmsen, Christian: Der Verschwendung wehren, Kindernothilfe-Kalender 1993.

²³ Vgl. Kindernothilfe: Kinderrechtsansatz, 5.

²⁴ Definition der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland.



Foto: Martin Buchholz

Start des Global March against Child Labour am 17. Januar 1998 in Manila.



Foto: Kai Krieger

„Global marchers“ in Duisburg am 20. Mai 1998.

von Kindern beeinträchtigt, weil sie zum Teil unter extremsten Bedingungen arbeiten. Das Thema Kinderarbeit steht seit Jahren auch auf der Tagesordnung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die im Juni 1999 das Übereinkommen über das Verbot der schlimmsten Formen von Kinderarbeit verabschiedete. Im Vorfeld der Entscheidungen und Beratungen der ILO beteiligte sich die Kindernothilfe an der weltweiten Kampagne, dem „Global March against Child Labour“, mit der Kinder, eine breite Öffentlichkeit, Gewerkschaften und NROs ihren Forderungen Nachdruck verliehen. Zwar gibt es zwischen ILO und NROs unterschiedliche Auffassungen über die Notwendigkeit eines vollständigen Verbots jeder Form der Kinderarbeit. Eine Reihe von NROs weist darauf hin, dass viele Kinder arbeiten müssen, und dass es eher um die Ausgestaltung von Kinderarbeit nach menschenrechtlichen Standards geht. Konsens besteht jedoch darüber, dass Staaten und zivilgesellschaftliche Akteure alle Anstrengungen unternehmen müssen, um ausbeuterische und schädigende Formen von Kinderarbeit zu ächten.

Die Kindernothilfe tritt in ihrer Bildungs- und Lobbyarbeit für eine differenzierte Sicht der Kinderarbeit ein, die je nach dem konkreten Kontext bewertet werden sollte. Als Mindeststandard müsse gewährleistet sein, dass arbeitende Kinder zur Schule gehen können. In Übereinstimmung mit den Positionen des Deutschen Forums Kinderarbeit unterstreicht die Kindernothilfe, dass es um bessere Arbeitsbedingungen und eine Stärkung der Rechte arbeitender Kinder geht. In der Auslandsarbeit haben in den zurückliegenden Jahren zunehmend auch Projekte an Gewicht gewonnen, die mit innovativen Strategien – wie beispielsweise von Kindern selbst verwaltete Kleinkreditfonds – die Einkommenssituation von arbeitenden Kindern und Jugendlichen so verbessern konnten, dass eine deutliche Reduzierung der jeweiligen Wochenarbeitszeit möglich wurde.

Fairer Handel

1996 wurde die Kindernothilfe Mitglied bei TransFair. Die Kindernothilfe war von 1999 bis 2001 im Vorstand vertreten.

Ein Höhepunkt des Engagements war die Zusammenarbeit der Kindernothilfe und ihrem brasilianischen Partner AMENCAR an der Kampagne Bittere Orangen. AMENCAR übernahm die Federführung für den Bereich Bildungsarbeit, Beratung und Begleitung im Bereich Kinder- und Jugendrechte. Mit den Inputs von der Kindernothilfe, Brot für die Welt und Misereor veröffentlichte TransFair im Jahr 2003 Materialien für die Bildungsarbeit. Gemeinsam mit anderen Akteuren im Fairen Handel beteiligt sich die Kindernothilfe seit 2004 an der Fairen Woche, z. B. mit der Ausrichtung eines fairen Frühstücks in der Geschäftsstelle.

Armutsbekämpfung

Die Kindernothilfe hat sich laut Satzung dem Ziel verpflichtet, „zur Bekämpfung der Armut, der Schaffung sozialer Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung“ beizutragen.²⁵ Die MDGs, die die Bekämpfung der weltweiten Armut in allen ihren Ausprägungen zum gemeinsamen überwölbenden Ziel erklären, sind daher eine wichtige Orientierung für die Arbeit der Kindernothilfe, wie sich am Jahresthema Armutsbekämpfung von 2004/2005 zeigt (Mädchen können mit uns rechnen). Die Kindernothilfe bezieht sich dabei auf den Zusammenhang



Foto: Frank Mischio

T. Meskela, C. Kleinert, D. Overath beim fairen Frühstück 2007.

²⁵ Kindernothilfe: Satzung, § 2.

zwischen Armutsbekämpfung und der Verwirklichung von Menschenrechten, der in der Entwicklungszusammenarbeit zu diesem Zeitpunkt diskutiert wird. Daraus folgt, dass extreme Armut als Menschenrechtsverletzung angesehen werden muss, denn armen Menschen wird der Zugang zu Ressourcen wie Bildung, Arbeit, Land etc. verwehrt. Im UN-Bericht von 2000 über Menschenrechte und menschliche Entwicklung wird Armut als Haupthindernis für einen angemessenen Lebensstandard und die Verwirklichung der Menschenrechte bezeichnet.

Für die Kindernothilfe ist die wachsende Armut in vielen Entwicklungsländern auch das größte Problem bei der umfassenden Verwirklichung der Kinderrechte, denn Armut hat häufig zur Folge, dass Kindern grundlegende Rechte wie das Recht auf Nahrung, auf Bildung oder das Recht auf Gesundheit verwehrt werden. Kinder und Jugendliche stellen in vielen Ländern mehr als 50 Prozent der Bevölkerung. Dies ist der Grund für die Kindernothilfe, der äußerst relevanten Frage nachzugehen, wie dieser Tatbestand in den Strategiepapieren zur Armutsbekämpfung der Entwicklungsländer, den Poverty Reduction Strategy Papers, berücksichtigt wird, die auf Weisung der Weltbank erarbeitet werden. Zu diesem Thema gab die Kindernothilfe 2004 eine erste Studie in Auftrag,²⁶ die zu dem Ergebnis kam, dass die Situation armer Kinder in der Armutsbekämpfungspolitik der internationalen Finanzinstitutionen und wichtiger Geber wie auch in den Strategien der Entwicklungsländer viel zu wenig berücksichtigt wird. Eine empirische Bestätigung dieser Erkenntnisse wurde mit einer zweiten Studie am Beispiel von drei afrikanischen Ländern – Äthiopien, Kenia, Sambia – vorgelegt²⁷, die die Kindernothilfe 2005 in Auftrag gab. Aus diesen Studien leitet die Kindernothilfe die Forderung ab, dass die Bedürfnisse und Rechte der Kinder bei der Erarbeitung und Umsetzung der Strategiepapiere systematisch berücksichtigt werden müssen. Dazu gehört auch, dass die Kinder selbst bzw. ihre Vertreter in allen relevanten Prozessen gehört und beteiligt werden.

Methoden und Aktivitäten

Die Informationsarbeit der Kindernothilfe war bis Mitte der 1990er Jahre vor allem Spenderkommunikation und auf die Teilöffentlichkeit der Spender und Paten der Kindernothilfe gerichtet. Um die Kindernothilfe auch für andere Zielgruppen (und potentielle Unterstützer) interessant zu machen, wurden entwicklungspolitische Themen eingeführt. Die Schwerpunktthemen der Kindernothilfe wurden in den Publikationen und Printmedien konkretisiert, die vorhandenen Publikationsreihen sowie didaktischen Medien wurden qualifiziert und auf die bildungspolitischen Ziele ausgerichtet. Ein weiterer Ansatzpunkt war die Differenzierung nach Zielgruppen, z. B. wurden Materialien für Multiplikatoren wie Pfarrer und Berufsschullehrer erarbeitet. Ebenso wurden Medien für verschiedene Altersgruppen, insbesondere Publikationen für jüngere Kinder (Kinder, Kinder) und ältere Jugendliche (We are one World – WAOW) entwickelt.

Jedes der **Länderhefte** zu den Kindernothilfe-Schwerpunktländern informierte mit gut strukturierten und wissenschaftlich fundierten Beiträgen über Politik und Geschichte, Wirtschaft, soziale Situation und die besondere Problematik der Kinder und Jugendlichen sowie über das Engagement der Kirchen und Kindernothilfe-Projekte im Land. Ein Indikator für die steigende Qualität dieser Materialien und ihre Akzeptanz in Fachkreisen ist, dass sie z. B. von der DSE (Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung) für die Vorbereitung von ausreisenden Entwicklungshelfern eingesetzt wurden. Mit der Schwerpunktsetzung auf Lobbyarbeit 1997 wurde dieser Bereich zurückgefahren und die Länderinformationen wurden nicht mehr erstellt.

Parallel zum Ausbau der Länderinformationen wurden **Themenhefte** mit sektorspezifischen Informationen herausgegeben, 1994 mit den Themen Kinderrechte sowie Mädchen und Frauen. Beide Themenhefte benennen in ihrem theoretisch-konzeptionellen Teil auch die Herausforderungen, die sich für die Kindernothilfe als Kinderhilfswerk ergeben sowie die Ansatzpunkte in der praktischen Arbeit.

Der „Brief an unsere Freunde“ – der Vorläufer des Kindernothilfe-Magazins – ähnelte bis Anfang der 1980er Jahre über weite Strecken einem Gemeindebrief mehr als dem Informationsblatt eines Kinderhilfswerks. Er war gekennzeichnet von Projektberichten, die oft sehr gleichförmig und vereinfachend auf dem Schema beruhten: „einstiges Elend auf der Straße – jetzt Sicherheit im Wohnheim.“²⁸ In der „Zeitschrift Kindernothilfe“ wurde eine langsame Neuausrichtung in den späten 1980er Jahren vorgenommen. Die Artikel wurden reflektierter und fundierter, Leitartikel behandelten Schwerpunktthemen aus der entwicklungspolitischen Debatte, und es wurden vermehrt Autoren aus der Entwicklungspolitik gewonnen. Aktuelle Bezüge wie der 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs wurden genutzt, um auf die Tatsache hinzuweisen, dass seitdem Hunderte von regionalen Kriegen in Entwicklungsländern stattgefunden haben, in denen über 90 Prozent der Opfer Zivilisten sind, darunter viele Kinder. „50 Jahre Frieden, 50 Jahre Krieg. Jeder Krieg ist ein Krieg gegen Kinder“ war der Themenschwerpunkt der „Zeitschrift Kindernothilfe“ vom Mai 1995 und wurde begleitet von einer **Ausstellung**, Veranstaltungen und Begleitmaterialien, u. a. für Schulen.



²⁶ Kindernothilfe: Poverty Reduction Strategy Papers – blind to the rights of the (working) child?, 2004.

²⁷ Kindernothilfe: Poverty Reduction Strategy Papers: Children First!, 2005.

²⁸ Funkschmidt, Kai/Herger, Rolf-Robert: 40 Jahre Kindernothilfe. Eine Fallstudie der Entwicklungszusammenarbeit, Duisburg 1999, 37.

Armut bekämpfen

Bei Aids steht alles auf dem Spiel.

Aids wird zur Seuche der Armen.

Wir leisten Aufklärung und helfen Aids-Waisen.

Die Kindernothilfe unterstützt weltweit zahlreiche Projekte und macht Lobbyarbeit

- für eine sinnvolle Aufklärungsarbeit.
- für die Behandlung von infizierten Kindern.
- für von HIV/Aids betroffene Familien, besonders Aids-Waisen, zur Verbesserung ihrer Lebensgrundlagen.

KINDER NOT HILFE

www.kindernothilfe.de

Gestaltung: Angela Richter, Foto: Punwerk

Anfang der 1990er Jahre trat die Kindernothilfe mit **Presseerklärungen an die Öffentlichkeit**, z. B. anlässlich der Präsentation ihrer Jahresberichte, in denen die entwicklungspolitischen Positionen zu aktuellen Problemlagen und internationalen Debatten deutlich gemacht wurden. Insbesondere ging es um Aufklärung zu den neuen Formen der Armut von Kindern, die sich am Phänomen der Straßenkinder, der Kinderarbeit und der Kinderprostitution zeigt. Nach dem ersten Weltkindergipfel 1991 machte die Kindernothilfe erste bescheidene Ansätze von Lobbyarbeit und forderte in einer Presserklärung deutsche Politiker auf, die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen schnellstmöglich zu ratifizieren und umzusetzen, ein Einfuhrverbot für durch Kinderarbeit produzierte Waren und Güter zu erlassen, den Sextourismus und den Missbrauch von Kindern auch in Deutschland unter Strafe zu stellen.

Mit dem Instrument der **Jahresthemen** wird ab 2005 eine systematischere Verbindung zwischen Inlands- und Auslandsarbeit hergestellt. Sie ziehen sich wie ein roter Faden durch alle Medien, Veranstaltungen und Aktionen der Kindernothilfe. Es werden Materialmappen mit Hintergrundinformationen und Berichten über entsprechende Projekte erstellt, die Themen spiegeln sich auf der Homepage wider und sind Gegenstand von Unterrichtseinheiten. Auch Großplakate weisen in der Öffentlichkeit darauf hin. Die Jahresthemen sind die inhaltliche Klammer für alle Info-Materialien und Publikationen, öffentliche Auftritte wie z. B. auf den Evangelischen Kirchentagen sowie für die Bildungs- und Lobbyarbeit.

Schulische Bildungsarbeit

Die schulische Bildungsarbeit der Kindernothilfe ist ein wichtiges Instrument der entwicklungspolitischen Bildung. Viele Schulen haben Patenschaften übernommen oder führen eigene Aktionen durch, um auf die Situation der Altersgefährten in Entwicklungsländern aufmerksam zu machen und Spenden zu sammeln. Ziel der schulischen Bildungsarbeit ist es, für Grund- und Sekundarstufen didaktisch aufbereitetes Material zur Verfügung zu stellen, das Informationen, Texte und Handlungsideen für den Unterricht liefert.

Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung wurde mit der Empfehlung der Kultusministerkonferenz der Länder von 1997 zur Integration des Themenbereichs Eine Welt zum verbindlichen Bestandteil der Lehrpläne für Grundschulen und weiterführende Schulen. Die Prämisse ist, dass im Zeitalter der Globalisierung ein Verständnis für globale Prozesse und Zusammenhänge unverzichtbarer Bestandteil jeder Allgemeinbildung sein muss. Das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hat diesen Anspruch wie folgt formuliert:

„Jeder Prozess politischen Lernens ist davon abhängig, in welchem Maße der Einzelne davon ausgeht, an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen mitwirken zu können. Gefühle politischer Ohnmacht lähmen politisches Lernen. Der entsprechenden Gefahr kann dadurch begegnet werden, innerhalb allgemeiner Perspektiven konkrete persönliche Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. [...] Das kognitive Ziel – die Wichtigkeit der Entwicklungspolitik besser zu vermitteln – muss also um das affektive Lernziel ergänzt werden, sich als Staatsbürgerin und Staatsbürger auch praktisch engagieren zu können.“²⁹

Die Unterrichtsmaterialien der Kindernothilfe für die schulische Bildungsarbeit sind von hoher Qualität und erfüllen die pädagogischen Standards, auf die sich die Mitglieder des Pädagogischen Werkstattgesprächs 2007 verständigt haben³⁰: Zielgruppenorientierung, Förderung von Werthaltungen, Bereitschaft zur Solidarität und zur Übernahme von Mitverantwortung für die gerechtere Gestaltung der Einen Welt, das Aufzeigen von Handlungsperspektiven. Texte und Bilder respektieren die Menschenwürde der Armen in Entwicklungsländern, und in der Sachanalyse kommt in besonderer Weise die Perspektive der Kinder zum Tragen.

Beim Globalen Lernen geht es auch immer darum, den Schülern eigene Handlungsoptionen aufzuzeigen. Dazu werden in den Unterrichtsmaterialien Vorschläge für Aktionswochen, Kampagnen, Gesprächsrunden mit Politikern oder Postkartenaktionen gemacht. Umgekehrt beziehen die Kampagnen der Kindernothilfe auch Schulen als Zielgruppen ein. Schüler beteiligen sich an den Kampagnen wie „Rote Hand“ (Kindersoldaten) und „Aufstehen gegen Armut“ auch mit

²⁹ BMZ: Wichtige didaktische Grundsätze der BMZ-Informations-, Bildungs- und Besuchergruppenarbeit (www.bmz.de/infotehke/fachinformationen/konzeptbmz).

³⁰ Das „Pädagogische Werkstattgespräch“ ist ein informeller Zusammenschluss von Bildungsreferenten aus entwicklungspolitischen Organisationen, der dem Erfahrungsaustausch und der Koordination gemeinsamer Vorhaben dient.

eigenen Aktionen. Im Rahmen der VENRO-Aktion Deine Stimme gegen Armut wird seit 2005 erfolgreich in Schulen und Bildungseinrichtungen zur Mitwirkung an Kampagnen für die Umsetzung der MDGs geworben. Bei der Durchführung von eigenen Kampagnen werden sie von der Kindernothilfe mit Bildungsmedien und Lernmodellen zu den von den MDGs angesprochenen Kernthemen unterstützt.

Arbeit mit Ehrenamtlichen und Arbeitskreisen

Ehrenamtliche Mitarbeiter bilden die Basis der Inlandsarbeit und leisten durch Spenden- und Patenwerbung sowie Öffentlichkeitsarbeit einen wichtigen Beitrag zum Fortbestand des Vereins Kindernothilfe. Das ehrenamtliche Umfeld der Kindernothilfe entstand aus der Arbeit in bestimmten Teilbereichen (z. B. Kirchengemeinden) oder eher zufällig. Die Aktivitäten reichen von der Übersetzungshilfe bis zu regelmäßigen Aktionen, die sowohl dem Ziel der Information als auch dem Fundraising dienen. Der erste Arbeitskreis wurde 1978 in Darmstadt gegründet, die nächsten folgten 1984 und 1989 in Berlin und Hamburg. Diese Arbeitskreise sind die Erdung der Kindernothilfe. In Krisenzeiten haben sie sich vielfach mit Informationsständen, Leserbriefen und auf öffentlichen Veranstaltungen an der Auseinandersetzung um die Patenschaft beteiligt. Jedoch zeigte sich Anfang der 1990er Jahre, dass diese Basis schwächer wurde. Die Kindernothilfe begann daraufhin, die verschiedenen Teilbereiche des ehrenamtlichen Umfeldes in einer Gesamtschau als Struktur zu sehen und Aufbau und Vernetzung von Arbeitskreisen systematisch zu betreiben sowie eine bessere Anbindung an die Geschäftsstelle zu erreichen. Dazu wurde der Regionaldienst gegründet. Im Regionaldienst sind Regionalbeauftragte die Ansprechpartner der ehrenamtlichen Mitarbeiter (EMAs). Der Regionaldienst gibt den regelmäßigen EMA-Rundbrief mit Hintergrundinformation heraus

und kümmert sich um die Vernetzung von EMAs in einer Region. Durch Bildungs- und Schulungsangebote wird vor allem entwicklungspolitisches, kinderrechtsbezogenes und methodisches Know-how vermittelt.

Seit Mitte der 1990er Jahre hat der Regionaldienst die Bildung von neuen Arbeitskreisen vorangetrieben und diese zu einer wichtigen Säule der Inlands- und Bildungsarbeit der Kindernothilfe gemacht. Bis 1998 war die Zahl der Arbeitskreise auf 22 über ganz Deutschland verteilte Gruppen mit jeweils ca. 25 Mitgliedern gewachsen. Ende 2005 waren über dreißig Arbeitskreise registriert, heute sind es mit 49 fast doppelt so viele. Durch Vertretung im Verwaltungsrat sind die Arbeitskreise auch auf der Leitungsebene der Kindernothilfe beteiligt.

Eine Reihe von Arbeitskreisen ist seit vielen Jahren aktiv und durch ihre Arbeit wird die finanzielle Unterstützung von konkreten Projekten gesichert. Zum anderen führen die Arbeitskreise ein breites Spektrum an Aktivitäten durch, um für die Situation von Kindern in Entwicklungsländern zu sensibilisieren, über die Arbeit der Kindernothilfe zu informieren und den Menschen Möglichkeiten zum eigenen Engagement zu bieten. Die Jahresthemen der Kindernothilfe sind eine wichtige Orientierung für die inhaltliche Arbeit der Arbeitskreise. Dazu kommen vielfach auch Advocacy- und Lobbyarbeit vor Ort, soweit es die personellen Kapazitäten erlauben. Zwischen den Arbeitskreisen und dem Regionaldienst gibt es einen intensiven Kontakt. Die Kindernothilfe unterstützt die Arbeitskreise mit Info-Mappen zu den Schwerpunktthemen, themenbezogenen Seminaren, Regionaltreffen für den Erfahrungsaustausch untereinander sowie regelmäßigen Projektreisen. Die Arbeitskreise arbeiten auch an Aktionsvorschlägen für die Schwerpunktthemen der Kindernothilfe mit.

Das Beispiel des Freundeskreises der Kindernothilfe in Erfurt, der nach 2000 neu gegründet wurde, zeigt die Arbeit von Arbeitskreisen. Der Freundeskreis hat flexible Arbeitsformen, um auch jüngeren Leuten die Möglichkeit zur Mitarbeit zu geben, die sich nicht langfristig verpflichten können oder wollen. Der Freundeskreis wählt jedes Jahr ein Schwerpunktthema, das in der Regel das Jahresthema der Kindernothilfe ist und konkretisiert es für die Informationsarbeit mit einem Projektbeispiel. Schwerpunkt der Aktivitäten sind themenbezogene Informationsveranstaltungen. Dazu werden als wichtigstes Instrument die Ausstellungen der Kindernothilfe über Kinderrechte bzw. Aids genutzt. Diese wurden mehrfach in öffentlichen Räumen in Erfurt gezeigt, verbunden mit Auftaktveranstaltungen, an denen auch Politiker und Mitglieder der Staatskanzlei teilnahmen. Mit Unterstützung der Kindernothilfe macht der Arbeitskreis eine gute Medienarbeit und erzielt dadurch große Resonanz. Der aktive Kreis, der sich regelmäßig trifft, ist mit 15 Personen relativ klein, es können jedoch zu Veranstaltungen ausreichend Interessierte

mobilisiert werden, so dass die Veranstaltungen kompetent mit lokalen Kräften durchgeführt werden können. Zu speziellen Themen werden auch Kindernothilfe-Mitarbeiter eingeladen.



Arbeitskreise sammelten Handabdrücke zum Red-Hand-Day.

Arbeit mit Freiwilligen

Die Kindernothilfe hat von Anfang an Anfragen von jungen Menschen bekommen, die sich für eine freiwillige Mitarbeit in ihren Projekten interessierten. Dies hat die Kindernothilfe ermöglicht, wenn auch quantitativ nur in sehr begrenztem Maße. Die Zahl von nicht mehr als 10 – 12 vermittelten jungen Leuten pro Jahr ist bis nach der Jahrtausendwende konstant geblieben. Waren es zu Beginn insbesondere Kindertagesstätten, in die Freiwillige vermittelt wurden, in denen sie auch ohne pädagogische Qualifikation mit Kindern arbeiten konnten, erweiterten in den Jahren zwischen 2001 und 2008 zunehmend auch Projekte mit Kindern mit Behinderungen, Programme mit arbeitenden Kindern sowie Stadtteil- und Kulturprojekte das Spektrum der kooperierenden Einrichtungen.

Ungeachtet der geringen Zahl der Ausgereisten war der Freiwilligendienst für die Kindernothilfe ein Element der Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement im internationalen Kontext und damit eine Form des Globalen Lernens. Es ging vor allem darum, dass junge Menschen sich als Lernende begreifen. „Der Einsatz soll ein hohes Maß an Verantwortung und Nächstenliebe wecken, damit die jungen Menschen nach ihrer Rückkehr einen Beitrag zu einem besseren weltweiten Verständnis und Miteinander leisten können.“³¹ Es wurde auf eine gute Auswahl der Freiwilligen und auf Konsens zwischen In- und Auslandsreferaten bei der Entscheidung für die Bewerber geachtet. Darüber hinaus gab es sowohl Vorbereitungs- als auch Nachbereitungseminare.

Gleichwohl wurden die Ergebnisse des Freiwilligenprogramms in der Kindernothilfe kritisch bewertet. Der Entwicklungsbeitrag der Freiwilligen wurde als eher begrenzt angesehen, auch wenn einige Freiwillige ganz offensichtlich für die Partner als zusätzliche Mitarbeitende willkommen waren. Eine empirisch belegbare Einschätzung des Zugewinns an Multiplikatoren für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit erscheint schwierig, da nach der Rückkehr keine systematische Begleitung seitens der Kindernothilfe erfolgte. Nichtsdestotrotz hat eine Reihe von zurückkehrenden Freiwilligen durch teilweise sehr kreative Aktivitäten versucht, in ihrem jeweiligen Kontext entwicklungspolitische Akzente zu setzen – meist traditionell durch Rundbriefe, Vorträge und Infoveranstaltungen, aber auch durch die Erarbeitung eines Schülertheaterstücks, die Organisation einer Fotoausstellung, Medienkontakte, Zeitungsartikel oder Beiträge für die Kindernothilfe-Homepage etc.

Die letzte Auswertung des Programms aus dem Jahr 2001 weist eine höhere Akzeptanz der Freiwilligen bei Projekten, Partnern und Auslandsreferaten nach. Zugleich wurde nochmals bestätigt, dass von den Freiwilligen erwartet wird, dass sie ihre Erfahrungen in die Informations- und Bildungsarbeit in Deutschland einbringen.

Ab 2002 liegt die Verantwortung für das Kindernothilfe-Freiwilligenprogramm beim Referat Personal- und Betriebsdienste. Bei den Auswahl- und Bewerbungsgesprächen spielte nach einigen negativen Erfahrungen auch die Überprüfung der jeweiligen Sprachkompetenz eine wichtige Rolle. Fast alle ausreisenden Freiwilligen absolvierten durch Vermittlung und finanziert von Kindernothilfe Vorbereitungskurse entweder über AGEH (Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe) oder über EIRENE (Internationaler Christlicher Friedensdienst). Über zwei Drittel der von der Kindernothilfe vermittelten Freiwilligeneinsätze finden derzeit in Lateinamerika statt – davon wiederum die meisten in Chile, nicht zuletzt deshalb, weil sich der dortige Kindernothilfe-Partner ANIDE in den vergangenen Jahren eine überzeugende Kompetenz erarbeitet hat, um Freiwillige pädagogisch zu begleiten.

Die Reflektionen der Kindernothilfe über die Zukunft des eigenen Freiwilligenprogramms erhielten eine zusätzliche Dynamik durch „weltwärts“, der 2007 gestarteten Freiwilligen-Initiative des BMZ, die die Freiwilligendienste verschiedener Träger bündelt und die jeweiligen Auslandsaufenthalte auch finanziell unterstützt. Neu an diesem Programm ist der pädagogische Rahmen für die Begleitung der Freiwilligen und das ausdrückliche Ziel, dass die Freiwilligen sich nach ihrem Auslandseinsatz entwicklungspolitisch betätigen sollen. Aus Sicht des Ministeriums hat „weltwärts“ das Ziel, „einen entwicklungspolitischen Mehrwert für die Partnerprojekte im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe zu erzielen sowie einen deutlichen Impuls für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit zu setzen.“³²

Die Kindernothilfe gehört zu den Gründungsmitgliedern des evangelischen Konsortiums eFeF (Evangelisches Forum entwicklungspolitischer Freiwilligendienst), in dem seit 2007 die evangelischen Werke und Dienste ihre Kooperation mit „weltwärts“ koordinieren, über das sie gemeinsam Anträge einreichen und gegenüber dem Ministerium versuchen, ihre entwicklungspolitischen Anliegen in Sachen Freiwilligenprogramm zu vertreten. Die Kindernothilfe hat im Verbund von eFeF an der Programmkonzeption von „weltwärts“ mitgearbeitet und wird sich auch an der weiteren Programmgestaltung und der geplanten Evaluierung beteiligen. Die Kindernothilfe hat entschieden, sich über eFeF an „weltwärts“ zu beteiligen.

³¹ Kindernothilfe: Global lernen konkret, Als Freiwillige(r) im diakonischen Auslandseinsatz, 1995.

³² BMZ: Richtlinie zu „weltwärts“, 3.

5 Lobby- und Kampagnenarbeit – Einordnung von Advocacy

Definition und Anspruch

Für die Kindernothilfe ist Advocacy-Arbeit ein relativ junger Arbeitsbereich, der in den vergangenen 15 Jahren einen rasanten Aufschwung erlebt hat. Wie in anderen entwicklungspolitischen NROs auch zogen die Auseinandersetzung mit Policy-Fragen und die Ausbildung des eigenständigen Arbeitsbereichs Entwicklungspolitik/entwicklungspolitische Bildung in der Kindernothilfe eine Verstärkung der Lobby-Aktivitäten nach sich. In der politischen Lobbyarbeit wurden neue Potentiale gesehen, entwicklungsrelevante Veränderungen zugunsten von Kindern herbeizuführen, die allein durch Bildungs- und Bewusstseinsarbeit nicht zu erreichen waren. Im Selbstverständnis der Kindernothilfe legitimiert sich die Advocacy-Arbeit durch die Anwaltschaft für die Rechte der Kinder.

Advocacy- und Lobbyarbeit sind zwei Seiten derselben Medaille: Ziel und Instrument eines Engagements von nicht-staatlichen Akteuren für eine nationale und internationale Politikgestaltung, die sich der Umsetzung der in den internationalen Konferenzen getroffenen Vereinbarungen, zum Beispiel zur Armutsbekämpfung, zum Schutz der Kinderrechte und der internationalen Solidarität, verpflichtet fühlt. Entwicklungspolitische Lobbyarbeit wird definiert als gezielte Einflussnahme auf die Meinungsbildung und Entscheidungen politischer Mandatsträger in Parlament und Regierung in Bezug auf entwicklungspolitisch relevante Positionen oder Gesetzgebungen. Damit verbunden sind Forderungen nach Transparenz und Rechenschaftslegung bei der Umsetzung von eingegangenen internationalen Verpflichtungen, für die Kindernothilfe allen voran die Kinderrechtskonvention. Die Möglichkeiten zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene rückten ins Zentrum der Debatten.

Lobbyarbeit bedeutet zunächst Interessenvertretung und bezeichnet ein politisches Gestaltungsmittel in Demokratien, das traditionell von großen Interessenverbänden betrieben wird. Im Gefolge der Umweltbewegung haben sich verstärkt seit den 1990er Jahren neue zivilgesellschaftliche Akteure herausgebildet, die anders als diese traditionellen Verbände nicht im verborgenen Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger auszuüben suchten, sondern dies mit öffentlichen Kampagnen verbanden. Sie trugen Konflikte mit den Behörden aus und schmiedeten politische Allianzen, um ein Gegengewicht zur staatlichen Bürokratie zu schaffen. Viele dieser Lobbygruppen haben gegenüber der Bürokratie einen erheblichen Informationsvorsprung, und da sie über sehr viel Detailwissen in ihren Arbeitsbereichen verfügen, wurden sie

zu gefragten Diskussionspartnern für Regierungen und auf internationalen Konferenzen.

Internationale Zivilgesellschaft

Der Trend zur Globalisierung wichtiger Lebens- und Politikbereiche hatte entscheidende Auswirkungen auf die Lobbyarbeit von NROs. In den transnationalen Regulierungsinstanzen wie der Weltbank, der WTO (World Trade Organization) oder den UN-Strukturen haben sich nichtstaatliche Akteure mehr Einflussmöglichkeiten und größere Handlungsspielräume erobert. Seit den Weltkonferenzen der vergangenen Dekade von Rio 1992 bis Johannesburg 2002, bei Tagungen der Weltbank, Gipfeltreffen der G8-Staaten etc. treten NROs als kompetente und selbstbewusste Akteure auf, die das Zustandekommen von neuen Vereinbarungen z. B. durch Alternativentwürfe intensiv befördern. Ebenso wichtig ist ihre Rolle als kritische Beobachter, die die Umsetzung der Vereinbarungen auf nationaler Ebene einfordern.

Seit den 1990er Jahren ist die Entstehung einer global vernetzten Zivilgesellschaft zu beobachten, die von den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sehr befördert wurde. So ist es nicht nur möglich, auf UN-Konventionen und die Dokumente von UN-Konferenzen rasch digital zuzugreifen, sondern auch politische Abstimmungs- und Willensbildungsprozesse rund um den Globus zu organisieren. Vernetzung ist kein Ziel an sich, sondern eine Strategie zur Erarbeitung von gemeinsamen Positionen, um die politische Debatte und die Handlungsoptionen in bestimmten Politikfeldern zu beeinflussen. Netzwerke agieren als Interessenvertretungen der Zivilgesellschaften im Süden und im Norden gegenüber nationalen Parlamenten, europäischen Institutionen oder internationalen Organisationen. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft ist inzwischen in einer Reihe von internationalen Verträgen und Vereinbarungen verankert, z. B. dem Cotonou-Vertrag zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten oder im Abschlussdokument des Weltkindergipfels 2002. Auch im Kontext der Entschuldungsprogramme und der Erarbeitung der Armutsbekämpfungsstrategien (PRSPs) der Weltbank ist ein breiter Konsultationsprozess bzw. die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Formulierung von Politikstrategien vorgesehen. VENRO legt mit seinem Programm „PRSP watch“ einen Schwerpunkt auf die Dokumentation und Auswertung der Beteiligungsprozesse in verschiedenen Ländern. Die Ergebnisse sind für die Lobbyarbeit sowohl in den betreffenden Ländern als auch gegenüber der deutschen Regierung von großer Bedeutung.

Auch in Partnerländern der Kindernothilfe gibt es Anzeichen für die Stärkung der Zivilgesellschaft, selbst wenn nur in wenigen die Rahmenbedingungen für die Stärkung von NROs uneingeschränkt günstig sind. Konkret sind die Beteiligungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft an den jeweiligen PRSPs und bei der Erstellung von Schattenberichten, etwa für den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes. Dies stellt die Kindernothilfe-Partner vor neue Herausforderungen, diese Chance zur Beeinflussung von Sektorpolitiken zugunsten der Kinderrechte nutzen. In den zurückliegenden Jahren hat eine

Reihe von Kindernothilfe-Partnern wichtige Erfahrungen in diesem Arbeitsfeld gemacht und sich in entsprechenden nationalen Netzwerken und Plattformen engagiert, selbst in Ländern mit repressiven Regierungen wie Äthiopien. In Lateinamerika ist z. B. das Engagement für die Verankerung der Kinderrechte in den neuen Verfassungen von Bolivien und Ecuador zu nennen sowie die Mitwirkung an den Schattenberichten in Chile. Dieses Engagement zu stärken ist eine Herausforderung für die Kindernothilfe und ein wichtiger Ansatzpunkt für Capacity-Building ihrer Partner.

6 Lobby- und Kampagnenarbeit der Kindernothilfe

Ansätze

Die Kindernothilfe versteht sich als Anwältin und Sprachrohr für die Bedürfnisse und Anliegen von Kindern weltweit und setzt sich auf nationaler und internationaler Ebene für die Umsetzung der Kinderrechte im Sinne der Kinderrechtskonvention ein. Mit diesem Anspruch versucht die Kindernothilfe, auf die Meinungsbildung und Entscheidungen politischer Mandatsträger in Parlament, Regierung und internationalen Organisationen Einfluss zu nehmen und die kinderrechtliche Perspektive in alle entwicklungspolitisch relevanten Themen einzubringen. Auf nationaler und internationaler Ebene fordert die Kindernothilfe die Einhaltung der Kinderrechte und trägt durch Lobbyarbeit zu einer Gestaltung entsprechender Rahmenbedingungen bei.

Seit Beginn der 1990er Jahre ist Advocacy- und Lobbyarbeit bei der Kindernothilfe ein fester Bestandteil der Inlandsarbeit. Die Lobbyarbeit der Kindernothilfe geschieht in der Regel im Kontext von Kampagnen und Bündnissen, deren Ursprünge bis in die 1990er Jahre zurückreichen. Die Initiative für Kampagnen ging oft von entwicklungspolitischen NROs aus, die durch den Beitritt von Kirchen oder Gewerkschaften eine breite öffentliche Wahrnehmung erreichten. Merkmale der Kampagnen sind bis heute eine starke Themenzentrierung, eine Vielfalt von Organisationen mit einer gemeinsamen Plattform sowie zunehmend die internationale Vernetzung. Kampagnen formulieren konkrete Ziele, die über Forderungskataloge oder Positionspapiere in die Öffentlichkeit gebracht werden. Kampagnen leisten einen wichtigen Beitrag zur Lobbyarbeit, indem sie einen hohen Mobilisierungseffekt haben und die Unterstützung der Bevölkerung für politische Forderungen sichern, die ihrerseits z. B. durch Unterschriftenaktionen an Politiker herantritt. Eine besondere Rolle spielt die mediale Präsenz.

Die Kindernothilfe hat sich bestehenden Kampagnenbündnissen angeschlossen, war aber auch die treibende Kraft zur

Gründung von neuen Kampagnen oder Bündnissen. Einen ersten Ansatzpunkt auch für die politische Lobbyarbeit der Kindernothilfe bildete Anfang der 1990er Jahre die Kampagne Entwicklung braucht Entschuldung (ab 2000: erlassjahr.de), deren Gründungsmitglied die Kindernothilfe ist.³³ Auch die nationale Initiative zur Verankerung eines Individualbeschwerderechts für Kinder in der Kinderrechtskonvention geht auf das Engagement der Kindernothilfe zurück.

Mitte der 1990er Jahre wuchs auch der allgemeine Anspruch, die Kindernothilfe entwicklungspolitisch stärker auszuweisen, und aktuelle entwicklungspolitische Diskurse aufzunehmen. Die Kindernothilfe sah ihre Arbeit nicht mehr isoliert, sondern im Konzert mit anderen großen nationalen und internationalen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Daraus folgte, sich den anderen Hilfswerken anzunähern und sich an gemeinsamen Aktivitäten und Fachgesprächen zu beteiligen. Die Inlandsreferate hatten eine Brückenfunktion zu den kirchlichen Hilfswerken einerseits sowie wichtigen Menschenrechts-NROs und NRO-Lobbynetzwerken andererseits.

Aus dem Arbeitskreis entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit (AEBÖ) – einem Dachverband von NROs für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit – kam 1992 der Anstoß zur Bildung eines Gesamt-Dachverbands entwicklungspolitischer Werke, um die Verhandlungsmacht der deutschen entwicklungspolitischen NROs zu stärken. Darin sollten die bis dahin existierenden Teilverbände Bensheimer Kreis, Eine Welt für alle, AEBÖ etc. aufgehen. Die Kindernothilfe gehört zu den Gründungsmitgliedern des Verbands Entwicklungspolitik deutscher NROs – VENRO –, der im Dezember 1995 in Bonn gegründet wurde. Mitarbeiter der Kindernothilfe sind bis heute kontinuierlich sowohl in den Fach-Arbeitskreisen von VENRO als auch im Vorstand vertreten.

³³ Das Kampagnenbüro von Entwicklung braucht Entschuldung befand sich von Mitte 1995 bis Mitte 1998 in der Geschäftsstelle der Kindernothilfe.

Das thematische Spektrum der Lobbyarbeit der Kindernothilfe hat sich seit der Jahrtausendwende enorm ausgeweitet. Auch das Verständnis von Advocacy wurde im Laufe der Jahre präziser gefasst und spiegelt die stärkere Fokussierung auf die Subjektrolle von Kindern wider, welche auch in der Programmatik der Auslandsarbeit immer deutlicher wurde. Im Jahr 2003 definiert die Kindernothilfe den Arbeitsbereich wie folgt:

„Lobbyarbeit dient dazu, Entscheidungen zu beeinflussen, die wirtschaftliche, soziale und politische Rahmenbedingungen von Entwicklung betreffen. Advocacy ist als erweiterter Begriff zu verstehen, der, mit Anwaltschaft übersetzt, Partner sowie Kinder und Jugendliche einbezieht und von ihnen einen Auftrag für das stellvertretende Handeln enthält. Kampagnenarbeit ist ein vielschichtiges Instrument mit konkreten öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Handlungsmöglichkeiten.“³⁴

Die auf der Website der Kindernothilfe aufgeführten 16 Lobbythemen geben einen Eindruck vom breit gefächerten Engagement der Kindernothilfe im Kontext von international agierenden Bündnissen und Netzwerken. Die wesentlichen Themen lauten: Kinderrechte, Kindersoldaten, sexueller Missbrauch und Gewalt gegen Kinder, Kinderarbeit, Armutsbekämpfung, Ernährung, Klimawandel. Die folgende Darstellung konzentriert sich auf Schwerpunktthemen, die Kindernothilfe kontinuierlich bearbeitet, und die Kernforderungen der Lobbyarbeit.

Lobbythemen

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit der Kindernothilfe sowie die Themen der Kampagnen- und Lobbyarbeit greifen ineinander bzw. sind identisch. Die Jahresthemen sind immer auch zentraler Inhalt der Lobbyarbeit und werden mit konkreten politischen Forderungen verbunden.

Menschenrechte/Kinderrechte

Die Berichtspflicht der Bundesregierung in Bezug auf die Umsetzung der Kinderrechtskonvention ist ein Anknüpfungspunkt für die Lobbyarbeit der Kindernothilfe. Alle fünf Jahre nach der Ratifizierung der KRK muss im Staatenbericht über die getroffenen Maßnahmen und die Erfolge bei der Verwirklichung der Kinderrechte berichtet werden. Die Kindernothilfe beteiligt sich an der Erstellung der Schattenberichte, die parallel zu den Regierungsberichten von NROs vorgelegt werden. Diese zeichnen ein differenzierteres Bild der Umsetzung und weisen auf Defizite hin, welche in den Regierungsberichten in der Regel verschwiegen werden. Die Bemerkungen der Ausschüsse nach der Überprüfung der Berichte enthalten Empfehlungen an die Staaten für die nächste Umsetzungsperiode. Dies ist keine verpflichtende Agenda, aber eine gute Berufungsgrundlage für die Lobbyarbeit.



Foto: Vasiliki Demirtzi

10 Gründe für die Einführung eines Individualbeschwerdeverfahrens

- 1.** Kinder als die schutzbedürftigsten Mitglieder der Gesellschaft müssen mit allen verfügbaren Mitteln in der Ausübung ihrer Rechte gestärkt werden. Durch Einführung eines Individualbeschwerdeverfahrens würde die Kinderrechtskonvention auf die gleiche Ebene mit anderen Menschenrechtsabkommen gehoben, die bereits über ein solches Kontrollverfahren verfügen.
- 2.** Die Individualbeschwerde ist als Instrument, welches nationale Missstände an die Öffentlichkeit trägt, geeignet, internationalen Druck zu erzeugen, der die Einhaltung der Kinderrechtskonvention absichert.
- 3.** Es wäre gewährleistet, dass Kinder betreffende Menschenrechtsverletzungen durch einen Ausschuss von Experten geprüft würden, die besondere Sensibilität für diese Sachverhalte mitbringen.
- 4.** Die Stellung von Kindern als vollberechtigte Inhaber von Rechten würde anerkannt.
- 5.** Das Verfahren würde im Fall einzelner Menschenrechtsverletzungen die Zuerkennung eines Anspruchs auf Wiedergutmachung gegen den Staat durch ein internationales Gremium ermöglichen.
- 6.** Gleichzeitig würde die Behandlung einzelner Fälle durch den Ausschuss für die Rechte des Kindes zu einer detaillierteren Auslegung und einem besseren Verständnis der Kinderrechtskonvention führen.
- 7.** Auch die „Allgemeinen Bemerkungen“ des Ausschusses zu den Staatenberichten würden durch die Berücksichtigung von Einzelfällen ein wirklichkeitsnäheres Bild der Menschenrechtssituation im betreffenden Staat zugrunde legen.
- 8.** Die Stellung des Ausschusses für die Rechte des Kindes würde durch die erweiterten Handlungsmöglichkeiten und die vermehrte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gestärkt.
- 9.** Allein die Möglichkeit der Einlegung einer Beschwerde würde eine präventive Kontrolle der Staaten hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte bewirken.
- 10.** Die Staaten würden gedrängt, ihr innerstaatliches Rechtssystem auszubauen, um es nicht zu einer internationalen Beschwerde kommen zu lassen, womit letztlich die Chancen des Einzelnen auf effektiven Rechtsschutz vergrößert würden.

Quelle: Kindernothilfe, *Kinder so stark wie Staaten, Hintergründe und Argumente für die Einführung eines Beschwerdeverfahrens*, Duisburg, 2002, www.kindernothilfe.de

³⁴ Kindernothilfe: Internes Papier zur Lobbyarbeit, Juli 2003.

Die Kindernothilfe, die National Coalition für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland und das Forum Menschenrechte fordern seit Jahren, dass die immer noch bestehende Vorbehaltserklärung der Bundesregierung zurückgenommen wird, mit der das deutsche Ausländerrecht über die Bestimmungen der KRK gesetzt wird und damit vor allem unbegleitete minderjährige Flüchtlinge benachteiligt. Der Deutsche Bundestag hat zwar schon 1999 beschlossen, den Vorbehalt zurückzunehmen. Seither währt darüber aber ein Rechtsstreit. Ansatzpunkte der Lobbyarbeit sind zum einen die noch nicht vollständig umgesetzte Verpflichtung der Bundesregierung aus den völkerrechtlichen Abkommen und zum anderen der Widerspruch zu ihren eigenen Erklärungen.

Individualbeschwerde

Ab 1999 konzentrierte sich die Kindernothilfe auf die Frage, mit welchen Mitteln die Position der Kinder weiter gestärkt werden können, ihre Rechte auch in Anspruch zu nehmen. Eine entscheidende Schwachstelle der KRK ist, dass es keine Möglichkeit gibt, die Rechte einzuklagen, während andere Menschenrechtsverträge ein so genanntes Individualbeschwerderecht vorsehen, in dem sich ein Einzelner an einen unabhängigen UN-Ausschuss wenden und eine Verletzung seiner Menschenrechte durch einen bestimmten Staat vorbringen kann, nachdem die nationalen Rechtswege erschöpft sind. Der Rechtswissenschaftler Dr. Nils Geißler erstellte im Juli 1999 eine Studie für die Kindernothilfe zur Frage der Schaffung einer Individualbeschwerde zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes³⁵. Im April 2001 veranstaltete die Kindernothilfe zusammen mit der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung eine Fachtagung. In Fachkreisen erhielt die Kindernothilfe viel Anerkennung mit der Veröffentlichung der Publikation „Kinder so stark wie Staaten. Hintergründe und Argumente für die Einführung eines Beschwerderechts“³⁶, die im November 2002 erschien. Die Einrichtung eines Individualbeschwerderechts in Form eines weiteren Fakultativprotokolls zur KRK ist seither eines der zentralen Themen und wichtiges Ziel der politischen Lobbyarbeit der Kindernothilfe.

Die Kindernothilfe ist Mitglied einer internationalen Arbeitsgruppe zum Thema Individualbeschwerde, die sich unter dem Dach der NGO Group for the Convention on the Rights of the Child in Genf konstituiert hat. Im Januar 2008 startete eine internationale Kampagne für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe auf UN-Ebene, die den Text des Fakultativprotokolls erarbeiten soll. Inzwischen haben über 500 Organisationen eine Petition unterzeichnet, die auf der Website von CRIN (Child Rights Information Network; www.crin.org.) hinterlegt ist. Da die Umsetzungskontrolle weiterhin allein im Rahmen der Staatenberichte erfolgt, ist das Ziel der Lobbyarbeit der Kindernothilfe unverändert, über ein weiteres Fakultativprotokoll zur KRK ein Individualbeschwerdeverfahren zu etablieren. Die Schaffung eines Individualbeschwerdeverfahrens würde dazu beitragen, die Rechtsstellung von Kindern entscheidend zu verbessern.

Armutsbekämpfung

Ein wichtiger Ansatzpunkt für die Advocacy- und Lobbyarbeit der Kindernothilfe sind die Millenniums-Entwicklungsziele, die der Tatsache Rechnung tragen, dass Kinder in besonderer Weise von Armut betroffen sind. In der Millenniumserklärung werden die Verpflichtungen der Staaten gegenüber Kindern konkretisiert: Vier der acht MDGs nennen in ihren Indikatoren ausdrücklich Mädchen und Jungen als Zielgruppen. Gefordert werden ein besserer Zugang zu Grundbildung für Kinder, die vollständige Chancengleichheit für Mädchen, die deutliche Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit sowie besondere Hilfe für Kinder, die von HIV/Aids betroffen sind. Strategien sollen erarbeitet und umgesetzt werden, die jungen Menschen eine reale Chance geben, menschenwürdige und produktive Arbeit zu finden. Die Kindernothilfe engagiert sich aktiv in der von der Zivilgesellschaft getragenen weltweiten Kampagne zur Umsetzung der Millennium Development Goals „Global Call against Poverty“, die in Deutschland in der Kampagne unter der Bezeichnung „Deine Stimme gegen Armut“ von VENRO koordiniert wird. Die Kindernothilfe hat bei der Erstellung von VENRO-Positionspapieren zu den MDGs mitgearbeitet.

Eine wichtige Grundlage für die Lobbyarbeit sind die in der Fachöffentlichkeit weit beachteten Studien der Kindernothilfe³⁷, in denen nachgewiesen wurde, dass in den PRSPs die Rechte von Kindern und Jugendlichen nahezu keine Rolle spielen, und dass Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der PRSPs nicht beteiligt werden. Ziel der Lobbyarbeit ist es nun, dazu beizutragen, dass das bei der Bundesregierung gewachsene Bewusstsein über die Defizite der PRSPs sich auch in einen aktiven Einsatz für eine stärkere Berücksichtigung der kinderrechtlichen Perspektive umsetzt. Die Studien bilden auch die Grundlage



Die Wise Guys begeisterten beim Konzert auf dem Kirchentag 70.000 Menschen.

³⁵ Geißler, Nils: Die Rechte der Kinder durchsetzen. Zur Frage der Schaffung einer Individualbeschwerde zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes, Dresden, Juli 1999

³⁶ Kindernothilfe: Kinder so stark wie Staaten. Hintergründe und Argumente für die Einführung eines Beschwerderechts. Duisburg, 2002.

³⁷ Kindernothilfe: Poverty Reduction Strategy Papers – blind to the rights of the (working) child?, 2004; Kindernothilfe: Poverty Reduction Strategy Papers – Children First!, 2005.

für eine Reihe von Fachgesprächen, die die Kindernothilfe u. a. zusammen mit dem Deutschen NRO-Forum Kinderarbeit und der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) veranstaltet hat.

HIV/Aids

Das deutsche Aktionsbündnis gegen Aids, in dem die Kindernothilfe mitarbeitet, ist Teil der weltweiten Kampagne gegen Aids, die durch die Ecumenical Advocacy Alliance ange-regt wurde. Diese Allianz setzt sich u. a. dafür ein, dass die pharmazeutische Industrie wirksame Medikamente für die Behandlung von Aids zu einem Preis abgibt, den auch Arme bezahlen können. Zum anderen soll die Bundesregierung ihren Beitrag zum Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria der UN deutlich erhöhen. Die Kinder-nothilfe beteiligt sich u. a. an der Mitmachaktion des Aktions-bündnisses gegen Aids, die bis zum 1. Dezember 2009 läuft und sich an drei Pharmakonzerne wendet.

Die Kindernothilfe hat zusammen mit anderen Kinderhilfs-werken im Aktionsbündnis gegen Aids den Fachkreis Kinder und Aids ins Leben gerufen, um das Kinderthema in die HIV/Aids-Diskussion einzuführen. Die Perspektive der Kinder wird sowohl im Aidskonzept der Bundesregierung als auch in der Programmarbeit des BMZ vernachlässigt. Aktuell arbeitet der Fachkreis an der Erstellung einer weltweiten Bedarfsstudie. Damit werden in Zukunft Informationen darüber vorliegen, welche Ressourcen in den Ländern zur Unterstützung der von HIV/Aids betroffenen Kinder benötigt werden. Dabei geht es um die Verbesserung des Gesundheitssystems, die flächen-deckende Einführung von Medikamenten und Behandlung zur Vermeidung der Übertragung des HI-Virus während der Geburt.

Ein wichtiges Instrument der Kindernothilfe-Lobbyarbeit ist die Fallstudie zum Thema HIV/Aids und Kinder, die die Kindernothilfe 2007 in Auftrag gegeben hat und die 2008 erschien.³⁸ Am Beispiel von zwei Projekten von Kindernothilfe-Partnern wird gezeigt, dass Gemeinwesenentwicklung und Selbsthilfegruppen den von HIV/Aids betroffenen Familien helfen, ihre Grundbedürfnisse zu sichern und bereits nach zwei bis drei Jahren vielfältige positive Veränderungen in den Dörfern hervorrufen.

Ökologische Kinderrechte

Die Kindernothilfe ist im Sommer 2007 dem Bündnis Klima-Allianz beigetreten, in dem sich mehr als 100 NROs und Kirchen zusammengeschlossen haben. Eine der zentralen Forderungen ist, dass Klima- und Energiepolitik zum Bestand-teil der Entwicklungspolitik werden müssen. Nur so können die MDGs und die Stabilisierung des Klimas erreicht werden. Die Kindernothilfe gehört auch zu den Erstunterzeichnern der entwicklungspolitischen Klimaplattform der Kirchen, Ent-wicklungsdienste und Missionswerke, die sich im Oktober 2008

gegründet hat. Auf Initiative vom Eine Welt Netz NRW wurde im Sommer 2007 das Forum Klima und Kinder in der Einen Welt gegründet, das ein Konzept für eine bildungspolitische Kampagne zum Thema Klima erarbeitet hat. Die Materialien richten sich an die Zielgruppe Kinder und Jugendliche und ver-deutlichen, wie der Klimawandel das Leben der Kinder bedroht und damit Kinderrechte verletzt. Die Kindernothilfe wird sich im Kontext des Jahresthemas 2009 – Kinderrechte sind Menschenrechte – an der Kampagne beteiligen.

Kindersoldaten

Die auch von der Kindernothilfe getragene Kampagne gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten hat dazu geführt, dass ein Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention ver-abschiedet wurde, das die Zwangsrekrutierung und den Einsatz von Jugendlichen unter 18 Jahren verbietet. Ein wichtiges Element der Lobbyarbeit der Kindernothilfe im Rahmen des Deutschen Bündnisses Kindersoldaten war die Herausgabe eines Schattenberichts zum Zusatzprotokoll, der dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes in Genf 2007 vorgelegt und gemeinsam mit terre des hommes vorgestellt wurde.³⁹ In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte organisierte die Kindernothilfe Fachgespräche in Berlin mit den beteilig-ten Bundesministerien über den Schattenbericht. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Mitarbeit an den Planungen für den Red Hand Day gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten, der jedes Jahr am 12. Februar stattfindet.

Sexuelle Gewalt gegen Kinder

Die Kindernothilfe ist Mitglied des Vereins ECPAT Deutschland (Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung), der sich dafür einsetzt, dass jedes Kind vor kommer-zieller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch geschützt wird, Ursachen von Missachtung aufgezeigt und Verstöße verfolgt werden. Im Rahmen der VENRO-Arbeitsgruppe Kinderschutz hat die Kindernothilfe an der Ausarbeitung eines Kodex zum Schutz von Kindern vor Missbrauch und Ausbeutung in der Entwicklungszusammenarbeit mitgewirkt.

Entschuldung

Die Kindernothilfe engagiert sich seit Anfang der 1990er Jahre durch die Mitarbeit in verschiedenen Netzwerken und Kam-pagnen zugunsten gerechter Schuldenlösungen. Seit dieser Zeit beschäftigt sie sich u. a. mit den Folgen von Struktur-anpassungsmaßnahmen (Structural Adjustment Program – SAP) der Weltbank und des Internationaler Währungsfonds (IWF) auf wichtige soziale Sektoren wie Gesundheit und Bildung. Die Kindernothilfe gab 1999 eine Studie in Auftrag, mit der die Wirkungszusammenhänge zwischen den SAPs und der Situa-tion armer Bevölkerungsgruppen am Beispiel des Grund-bildungssektors in Uganda und Sambia analysiert wurden. Die Fallstudie⁴⁰ zeigt, dass die SAPs keinen Beitrag zur Armutsbekämpfung geleistet, sondern im Gegenteil die wirt-schaftlichen, sozialen und regionalen Ungleichheiten beim

³⁸ Kindernothilfe: On our way. How communities can work for children affected by HIV/Aids. A case study from Uganda, 2008.

³⁹ Cremer, Hendrik: Deutsche Koordination Kindersoldaten: Schattenbericht Kindersoldaten, im Auftrag von Kindernothilfe und terre des hommes, Duisburg, Osnabrück, Oktober 2007.

⁴⁰ Kindernothilfe: Strukturanpassung, Armutsbekämpfung und Grundbildung in Sambia und Uganda, 1999.

Zugang zur Grundbildung verstärkt haben. Das Fazit der Studie ist, dass Bildung unter den gegebenen Armutbedingungen kein taugliches Instrument zur Beseitigung von Armut und wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung ist, sondern dass ein Abbau von Armut vielmehr eine Voraussetzung ist, um das Recht auf Bildung zu verwirklichen.

Die Kindernothilfe engagiert sich weiterhin im Bündnis erlassjahr.de. Für den UN-Gipfel zur Entwicklungsfinanzierung im November 2008 wurden Vorschläge für veränderte Vertragsbedingungen bei Kreditvergaben entwickelt. Gefordert wird ein transparenter Prozess beim Abschluss von Kreditverträgen sowie die Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards im Empfängerland. Die Kindernothilfe beteiligte sich an den Lobbyaktionen bei Bundestagsabgeordneten anlässlich der Haushaltsberatungen, Postkartenaktionen zum Thema Schuldentragfähigkeit und den Vorbereitungen zum G8-Gipfel im Juli 2007 in Heiligendamm. Seit 2001 ist die Kindernothilfe darüber hinaus aktives Mitglied im Ecuador-Netzwerk der christlichen Entwicklungswerke in Deutschland, um am Beispiel der Schuldenproblematik dieses lateinamerikanischen Landes auf Konsequenzen von ungerechten Schulden für die Armutssituation aufmerksam zu machen. Im Rahmen

dieses Netzwerkes unterstützte die Kindernothilfe mehrfach die erlassjahr-Partnerorganisation [jubileo 2000 - Red Guayaquil](http://jubileo2000-red.org) bei ihren Bemühungen in Sachen Schuldentragfähigkeit und beteiligte sich an einer Briefaktion an Mitglieder der deutschen Bundesregierung

Landminen

Die Kindernothilfe ist kontinuierlich auch im Aktionsbündnis Landmine.de engagiert, dem deutschen Zweig der internationalen Kampagne gegen Landminen. Diese hatte durch langjähriges Engagement massiven öffentlichen Druck geschaffen, der letztlich zur Verabschiedung der Ottawa-Konvention von 1997 führte, die die Produktion, Lagerung und Weitergabe von Antipersonenminen unter Verbot stellt. Die Konvention trat am 1.3.1999 in Kraft. Das internationale Engagement wurde 1997 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Trotz dieses Erfolgs bleiben weitere Herausforderungen bestehen. Mindestens 200 Millionen Landminen befinden sich noch in Militärdepots und es gibt nach wie vor kein vollständiges Verbot von Landminen. Die Kindernothilfe beteiligte sich an einer Unterschriftenaktion für ein vollständiges Verbot von Minen (u. a. auch von Streumunition), bei der 2007 eine Million Unterschriften an die Bundesregierung übergeben wurden.

Brief des Bundesministers des Auswärtigen, Klaus Kinkel, vom 10. Oktober 1997 an die Mitglieder des Bundesdeutschen Initiativkreises für ein Verbot von Landminen (heute Aktionsbündnis Landmine.de) aus Anlass der Verleihung des Friedensnobelpreises

Ich beglückwünsche Sie und die Mitglieder des Bundesdeutschen Initiativkreises zur Verleihung des Friedensnobelpreises an die International Campaign to Ban Landmines. Die Verleihung ist auch eine Würdigung Ihrer Arbeit. Sie ist eine verdiente Auszeichnung für eine noble Sache: den Kampf gegen hundertausendfache Tötung und Verstümmelung unschuldiger Menschen durch Antipersonenminen. Sie ist ein Zeichen der Anteilnahme für die Opfer vor allem in Ländern der Dritten Welt und ein Appell, ihnen künftig verstärkt zu helfen. Und sie ist Ermunterung für alle, Nichtregierungsorganisationen und Regierungen, die sich im Ziel der Abschaffung dieser grausamen Waffe einig wissen.

Ich verbinde meinen Glückwunsch mit dem Dank für die fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Weg zur erfolgreichen Verhandlung eines umfassenden Verbotsabkommens für Antipersonenminen in Oslo. Trotz aller hoffnungsvollen Fortschritte ist der Weg zu einer friedlichen Welt, die frei ist von Antipersonenminen, freilich noch weit. Der Nobelpreis ist daher auch Verpflichtung, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen. Die Bundesregierung und ich sind bereit, diesen schwierigen Weg auch in Zukunft aktiv mitzugestalten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Klaus Kinkel

Zielgruppen und Aktionsformen

Wichtige Zielgruppen der Lobbyarbeit der Kindernothilfe in Deutschland sind der Bundestag und seine Ausschüsse, Bundesministerien sowie die Bundesregierung. Auf europäischer und internationaler Ebene sind es das Europaparlament, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank sowie UN-Organisationen und UN-Ausschüsse. Kampagnen richten sich sowohl an die allgemeine Öffentlichkeit als auch an spezifische Zielgruppen: Schüler, Lehrer, Ehrenamtliche oder die Medien. Kampagnen können sich auch an Unternehmen richten, wie z. B. die Kampagne des Aktionsbündnisses gegen Aids.

Die Vielzahl der Akteure in den Netzwerken ermöglicht unterschiedliche Instrumente der Lobby-Arbeit. Die Kindernothilfe sucht vor allem über den **entwicklungspolitischen** Dialog das Gespräch mit Abgeordneten und/oder Fraktionen des Deutschen Bundestages. Das geschieht im Rahmen von entwicklungspolitischen Fachgesprächen, öffentlichen Ausschusssitzungen, Konferenzen sowie bei Fachveranstaltungen mit Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Gespräche können reinen Informationscharakter haben und dazu dienen, die Aufmerksamkeit auf die Kindernothilfe-Themen zu lenken oder auch zur Vorbereitung von politischen Entscheidungen beitragen. Dazu werden themenspezifisch Positionspapiere, Studien oder Gutachten vorgestellt, die meistens einen konkreten Handlungsbedarf begründen und entsprechende Maßnahmen vorschlagen. Die z. B. beim Arbeitsstab Menschenrechte des Auswärtigen Amtes eingereichten Aide-Mémoires der Kindernothilfe zu Uganda dienten der deutschen Regierungsdelegation als Vorbereitungspapiere für das Gespräch und die Verhandlungen der Menschenrechtskommission im April 2006 in Genf.

Ein zweiter wichtiger Aspekt der Lobbyarbeit ist die Mitwirkung an Policy-Entscheidungen internationaler Gremien inklusive der Mitarbeit an Gesetzesvorlagen. Dazu nimmt die Kindernothilfe die im UN-System vorgesehenen **Partizipationsmöglichkeiten** wahr. Die UN-Charta sieht vor, dass der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) mit NROs zwecks Konsultation Absprachen treffen kann. NROs können auf Antrag einen Beraterstatus erhalten, der mit einem Teilnahme- und Rederecht in internationalen Konferenzen und allen öffentlichen Sitzungen verbunden ist. Die Kindernothilfe, der 2004 dieser ECOSOC-Status (Konsultativ-Status) zuerkannt wurde, hat sich mit dem Thema Individualbeschwerde wiederholt mit Stellungnahmen zu Wort gemeldet.

Eine weitere wichtige Aufgabe von Advocacy- und Lobbyarbeit ist die kritische Beobachtung und Begleitung der Umsetzung der von der Bundesregierung eingegangenen internationalen Verpflichtungen. Im Dialog mit politischen Entscheidungsträgern wird unter anderem die Kohärenz von politischen Entscheidungen in anderen Politikfeldern zu den Rechten und Verpflichtungen der KRK eingefordert. Dies geschieht u. a. im Follow-up-Prozess

zum Weltkindergipfel 2002 und dem daraus entwickelten Aktionsplan der Bundesregierung, dessen Umsetzung kritisch begleitet wird.

Eine relativ neue Strategie für die Kindernothilfe ist das Setzen von neuen Themenschwerpunkten. Die Funktion dieses **Agenda-settings** ist es, aktiv die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit oder bestimmter Zielgruppen auf neue Themen zu lenken, die Relevanz dieser Themen hervorzuheben und schließlich deren Tagesordnung (Agenda) mitzubestimmen. Diese Strategie beruht auf der These, dass NROs oder Medien vielleicht keinen großen Einfluss darauf haben, was die Öffentlichkeit oder politische Entscheidungsträger zu einzelnen Themen denken, aber einen erheblichen Einfluss darauf, worüber sie sich überhaupt Gedanken machen. Übertragen auf die Lobbyarbeit der Kindernothilfe bedeutet das, die fehlende Kinderperspektive in internationalen Abkommen zur Armutsbekämpfung, HIV/Aids oder Umwelt beharrlich zu thematisieren und kindergerechte Konzepte und Umsetzungsinstrumente, z. B. die Individualbeschwerde, vorzuschlagen.

Die Kindernothilfe nutzt die Chance, ihre Themen auch in solche Lobbyorganisationen einzubringen, mit denen eine grundsätzliche Übereinstimmung in den Zielen besteht. So forderte z. B. das Forum Menschenrechte lange ein Fakultativprotokoll für ein Individualbeschwerderecht zum WSK-Pakt (Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte der Vereinten Nationen), das der Menschenrechtsrat am 10. Dezember 2008 beschlossen hat. Die Kinderrechtskonvention war jedoch nicht im Blick, und das Thema Kinderrechte wurde von keiner der Mitgliedsorganisationen vertreten. Nachdem die Kindernothilfe 2002 eingeladen wurde, Mitglied im Forum Menschenrechte zu werden, wurde die Forderung nach einem Individualbeschwerderecht für die KRK aufgegriffen und gehört nun zum Forderungskatalog des Forums Menschenrechte gegenüber der Bundesregierung.

Erfolgreiche Kampagnen

Die Kindernothilfe war in einigen internationalen Kampagnen engagiert, die nachweislich politischen Druck auf die Regierungen erzeugten, weil sie eine große Medienöffentlichkeit erlangten und viele Menschen unter einem gemeinsamen Motto mobilisieren konnten. Es gelang, viele prominente Unterstützer zu gewinnen und die Aufmerksamkeit der Medien konstant zu halten. So erreichte die Landminenkampagne, dass erstmals allein durch öffentlichen Druck eine ganze Waffengattung geächtet wurde. Eine weitere Kampagne war der „Global March against Child Labour“, eine Kinderdemonstration, die in vielen Ländern der Welt gleichzeitig startete und im Juni 1998 in Genf bei der 86. Weltarbeitskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) endete. Mit einem internationalen Übereinkommen wurden dort die schlimmsten Formen



Kinderhilfe-Aktionsstand zu Armutsbekämpfung in Berlin im Juli 2005.

von Kinderarbeit geächtet sowie konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung solcher Verbote und zur Rehabilitation der betroffenen Kinder festgeschrieben. Die Kinderhilfe war mit ihren überseeischen Partnern einer der Hauptträger dieser Kampagne und mit einem Beobachterstatus bei den ILO-Konferenzen 1998 und 1999 vertreten.

Auch die Kampagne „Global Call against Poverty“, mit der die Einhaltung der Verpflichtungen aus den Millennium Development Goals gefordert wird, ist ein erfolgreiches Beispiel. Die Kampagne wird von Organisationen aus über 112 Ländern getragen, und weltweit engagierten sich mehrere Millionen Menschen. Die von VENRO getragene deutsche Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ sammelte im Vorfeld des UN-Gipfels 2005 rund 300.000 Unterschriften für die Durchsetzung der MDGs und überreichte sie Bundeskanzler Schröder, davon 33.000 von der Kinderhilfe. Die Ergebnisse des Gipfels blieben zwar hinter den Erwartungen zurück. Trotzdem gelang es, im Abschlussdokument die Bedeutung der MDGs für die Armutsbekämpfung aufzuwerten. Diese Kampagne läuft weiter und jedes Jahr beteiligen sich zahlreiche Partner zusammen mit der Kinderhilfe am weltweiten Aktionstag gegen Armut, der gemeinsam vom „Global Call against Poverty“ und der UN-Millenniumskampagne veranstaltet wird.

Ein weiterer Erfolg zeigte sich beim G8-Gipfel in Gleneagles, bei dem die Regierungschefs Entschuldungsmaßnahmen für die 18 ärmsten Länder in Höhe von 50 Milliarden US-Dollar beschlossen. Auch der Beschluss des Kölner Weltwirtschaftsgipfels von 1999 zur Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer ist nicht denkbar ohne die langjährige Lobbyarbeit der NROs im Rahmen der Erlassjahrkampagne, die inzwischen von über 900 Gruppen und Organisationen getragen und international vernetzt ist.

Einer der spektakulärsten Erfolge, die durch Lobbyarbeit und öffentlichkeitswirksame Kampagnen erzielt werden konnte, ist die veränderte Rechtsprechung in Deutschland in Bezug auf Sextourismus und Kindesmissbrauch im Ausland. Einen wesentlichen Anteil daran hatte die auch von der Kinderhilfe geförderte Organisation PREDA (People's Recovery, Empowerment Development Assistance Foundation), eine der bekanntesten Kinderhilfsorganisationen der Philippinen. Die Organisation hat seit ihrer Gründung vor 20 Jahren mehr als 500 sexuell missbrauchte Kinder aus Bars und Nachtclubs befreit, ihnen Schutz und Therapiemöglichkeiten geboten. Neben der Traumabewältigung für die Missbrauchsoffer geht es PREDA vor allem darum, die Hintermänner des international agierenden Kinderhandels vor Gericht zu bringen. Die Unterstützung der Kinderhilfe sowie vieler anderer Initiativen hat dazu beigetragen, dass einige der Hintermänner und Drahtzieher auf den Philippinen verurteilt wurden. Auch europäische Touristen sind in die Kinderprostitution involviert, waren jedoch lange von Strafverfolgung ausgenommen, da ihre Delikte im Ausland passieren. Durch hartnäckige Lobbyarbeit und internationalen Druck konnte in Deutschland eine Änderung im Strafgesetzbuch erreicht werden, nach der Missbrauch von Kindern grundsätzlich unter Strafe gestellt wird, auch wenn er im Ausland begangen wurde.

Unterstützung der Lobbyarbeit von Partnern

Die Stärke der Kinderhilfe liegt darin, dass sie über internationale Partnerbeziehungen und basisnahe Projekterfahrungen verfügt. Die Auslandsperspektive und die Rückbindung an die Arbeit der Partner sind für die Lobbyarbeit der Kinderhilfe von großer Bedeutung. In den Projekten und Programmen werden die Kinderrechte konkret: Kinder werden vor Missbrauch, Gewalt und Ausbeutung geschützt. Kinder und ihre Familien werden befähigt, ihre Rechte wahrzunehmen und ihre eigene Zukunft zu gestalten. Die Kinderhilfe-Partner werden darin unterstützt, eigene Advocacy- und Lobbyarbeit durchzuführen.

Die Lobbyarbeit der Partnerorganisationen entstand oftmals aus der Selbsthilfeorientierung der Projektarbeit, die dazu geführt hat, dass sie die gesellschaftlichen Probleme stärker aus der Perspektive der Kinder sehen. Die Selbsthilfebewegungen gelten als Hoffnungsträger für demokratische Gesellschaften. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie erst in einigen Fällen nationale Bedeutung erlangten und noch keinen grundlegenden Einfluss auf die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen erreichen konnten. Aus der Erfahrung, dass in vielen Projekten die Interessenvertretung der Betroffenen häufig vernachlässigt wird, entwickelten auch einige Kinderhilfe-Partner ein verändertes Selbstverständnis. Der Wandlungsprozess zeigt sich am deutlichsten am Entstehen von solchen NROs, die explizit die Umsetzung der Kinderrechte in den Mittelpunkt ihrer Projekte stellen und mittels Lobby- und Kampagnenarbeit Forderungen gegenüber staatlichen

Entscheidungssträgern durchzusetzen versuchen. Dabei entwickeln sie auch innovative Strategien für die Beteiligung von Kindern, die von der Kindernothilfe unterstützt werden. Exemplarisch sei hier der „National Child Participation Guide“ für Uganda erwähnt, der im Juni 2008 vom Ministerium für Gender, Arbeit und Soziales herausgegeben wurde. Ein anderes Beispiel ist der brasilianische Kindernothilfe-Partner INESC, der Kinder und Jugendliche zu sogenannten „monitores“ ausbildet. Die Kinder und Jugendlichen lernen, die Haushaltspläne ihrer Schulen zu lesen und die Verwendung der staatlichen Mittel zu überwachen, um damit die grassierende Korruption einzudämmen. Diese Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele sind unverzichtbar sowohl für die Schwerpunktsetzung der Lobbyarbeit der Kindernothilfe als auch für die konzeptionelle Debatte im Rahmen des developmentpolitischen Dialogs.

Häufig leidet die Advocacy-Arbeit der NROs in den Partnerländern der Kindernothilfe unter einer unzureichenden sachlichen Ausstattung der Organisationen, geringen Möglichkeiten zur Fortbildung und in autoritären Regimen auch unter

vielfältigen Hürden und staatlicher Behinderung. Die Kindernothilfe unterstützt daher gezielt Partner, die im Bereich Advocacy für Kinderrechte aktiv sind, damit diese ihre Fähigkeiten zur Lobbyarbeit, zur Vernetzung, zum politischen Dialog sowie zum regionalen und internationalen Erfahrungsaustausch erhöhen können. In den zurückliegenden Jahren wurde die Kooperation mit einer Reihe von neuen Partnern aufgenommen, die auf nationaler und internationaler Ebene sehr professionell und effizient Lobbyarbeit betreiben.

Exemplarisch werden im Folgenden drei Kindernothilfe-Partner von den Philippinen, aus Kenia und Peru zitiert, die für diese Studie zu ihren Aktivitäten und Erfahrungen mit Advocacy-Arbeit befragt wurden. Von besonderem Interesse war dabei, wie diese Organisationen die Beteiligung von Kindern fördern und in ihren Arbeitsmethoden verankern. Zu der Bedeutung der Lobbyarbeit und ihrer eigenen Beteiligung daran haben sich auch Jugendliche aus den Projekten geäußert. Alle Antworten der Partner und der Jugendlichen werden wörtlich wiedergegeben.⁴¹

Stairway Foundation, Insel Mindoro/Philippinen Der Direktor Lars Jørgensen berichtet über die Advocacy-Arbeit:

„Die Advocacy-Arbeit von Stairway Foundation gründet sich auf die Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention und konzentriert sich in den letzten Jahren stärker auf den sexuellen Missbrauch von Kindern. Trotz der schrecklichen Konsequenzen für die Opfer bleibt der sexuelle Missbrauch in einem mehrheitlich katholischen Land wie den Philippinen ein Tabu. Die Kultur des Schweigens arbeitet zu Gunsten der Täter. Solange die Tatsache nicht anerkannt wird, laufen die Verbrecher frei herum und belästigen Kinder. Nur starke Advocacy-Anstrengungen, die öffentliche Aufmerksamkeit für diese Verbrechen wecken, können diesen Trend signifikant stoppen. Neben der unmittelbaren Hilfe für die missbrauchten Kinder ist Advocacy für uns ein Vehikel, die öffentliche Meinung zu mobilisieren. Diese kann dazu beitragen, die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen zu verändern, die für die Verletzung der Kinderrechte verantwortlich sind.

Um Kinder und Jugendliche in Lobbyaktivitäten einzubinden, entwickelten wir vor mehr als zehn Jahren das Konzept von TASK – Talented Ambitious Street Kids. Durch Theaterspielen bekommen die missbrauchten Kindern eine Plattform, von der aus sie ihre Stimme erheben können und jenseits von Mitleidsgefühlen auch Respekt erfahren. Das Ziel des kreativen Advocacy-Programms ist, dass die Kinder den Menschen durch Theater, Tanz und Musik ihre Erlebnisse darstellen. Eine eher indirekte, aber auch signifikante Form der Einbeziehung von Kindern ist es, sie an der Entwicklung und Erprobung unserer Animationsfilme zur Prävention von Kindesmissbrauch und Ausbeutung zu beteiligen. Obwohl wir das Theater als effektivste Form sehen, um die fast unglaublichen Geschichten der Kinder zu kommunizieren, gibt es Grenzen der Reichweite. Daher haben wir zwei Animationsfilme produziert, die das Problem von Inzest, Pädophilie,

Kinderhandel und Kinderpornografie aufgreifen. Der kreative Advocacy-Ansatz wird begleitet von einer Strategie der breiten Netzworfbildung, die in den letzten Jahren die Reichweite von Stairway Foundation extrem erhöht hat.

Über konkrete Wirkungen der Advocacy-Initiativen zu sprechen ist schwierig. Da Kindesmissbrauch ein gesellschaftliches Tabu ist, ist es sehr schwer, den tatsächlichen Umfang des Problems mit Zahlen zu dokumentieren, und entsprechend auch fast unmöglich, die Wirkungen unserer Interventionen zu messen. Angesichts der positiven Rückmeldungen, die wir zu unseren Theatern und den Animationsfilmen bekommen, haben wir Grund zu der Annahme, dass unser Ansatz funktioniert. Unsere Filme wurden in acht verschiedene Sprachen übersetzt und sie werden in einer Reihe von Ländern außerhalb der Philippinen eingesetzt. Es ist uns gelungen, das Schweigen

⁴¹ Übersetzt und leicht gekürzt.

über den sexuellen Missbrauch an Kindern zu brechen. Wir bringen das Thema überall auf die Tagesordnung: in Schulklassen, NROs, Kirchen, bei der Polizei, in Universitäten, in den Medien und in die Gemeinschaften. In diesem Prozess befähigen wir Tausende von lokalen und internationalen Partnern, mit dem Problem professionell umzugehen. Wir hoffen, dass die langfristige Wirkung unseres Advocacy-Programms in einem Rückgang der Missbrauchsfälle bestehen wird.

Die größte Herausforderung für die Arbeit ist der starke Widerstand, über das Problem des Kindesmissbrauchs zu sprechen. Dies trifft besonders in den Fällen zu, in denen der Täter ein Elternteil oder ein Familienmitglied ist. Es ist einfacher zu glauben, dass das Kind frei erfundene Geschichten

erzählt, als die Tatsache anzuerkennen, dass jemand Nahestehendes es missbraucht. Als Anwälte, die das Schweigen brechen wollen, sind wir herausgefordert, das Problem von einer nur intellektuellen Diskussion auf eine viel persönlichere Ebene und auf die menschlichen Folgen zu bringen. Die Animationsfilme und die Theaterstücke helfen uns, dieses Ziel zu erreichen.

Eine andere Herausforderung ist, dass immer mehr Kinder den Mut haben, sexuellen Missbrauch anzuzeigen. Das ist natürlich eine positive Entwicklung, aber es müssen die Kompetenzen vorhanden sein, mit den Folgen auch professionell umzugehen. Advocacy-Arbeit kann also nicht losgelöst sein von konkreter Traumabearbeitung und sozialer Begleitung der Kinder.“

Poster zur Advocacy- Arbeit
der Stairway Foundation



Joao und Susan sind zwei Jugendliche aus dem Stairway-Projekt, die über ihre Erfahrungen berichten:

„Wir machen Theater, um für Kinderrechte einzutreten. Dies ist eine einzigartige Methode, um die Aufmerksamkeit der Menschen zu bekommen, ihnen die Augen zu öffnen für das, was in ihrer Umgebung mit den Straßenkindern passiert. Die Leute müssen verstehen, dass Kindesmissbrauch in allen Schichten der Gesellschaft passiert und jedes Kind potentiell Opfer werden kann. Wir müssen ihre Augen, Herzen und den Verstand ansprechen, damit sie

verstehen, dass man über diese Dinge sprechen muss, sonst geschieht Kindesmissbrauch weiter im Verborgenen und Kinder sind noch stärker gefährdet. Wir ermutigen die Betroffenen, das Schweigen über Kindesmissbrauch zu brechen. Die meisten Menschen sind geschockt und können nicht glauben, dass so etwas wirklich mit Kindern in unserer Gesellschaft passiert. Viele Menschen sind überrascht, Kinder auf der Bühne zu sehen, die von eigenen

Erlebnissen berichten. Wir glauben, die notwendigste Veränderung, die zu mehr Respekt für die Rechte der Kinder führen würde, ist Bewusstsein. Bewusstseinsbildung führt dazu, dass mehr Menschen die Rechte der Kinder respektieren. Wir müssen die Gesellschaft aufklären über das, was unseren Kindern passiert, insbesondere der sexuelle Missbrauch. Und wir müssen uns gegenseitig helfen und die Kinder schützen.“

The CRADLE (The Child Rights, Advisory, Documentation & Legal Centre), Nairobi/Kenia

Der Koordinator Gilbert Onyango berichtet:

„Der Schwerpunkt der Arbeit von The CRADLE liegt auf Rechtsberatung und psychologischer Betreuung von missbrauchten Kindern. Die Lobby- und Advocacy-Aktivitäten entstanden als Folge einer enormen Zunahme der Fälle von Kindesmissbrauch. Aus der Erkenntnis, dass wir durch die Befassung mit Einzelfällen nur auf die Symptome reagieren, statt uns dem Gesamtproblem zuzuwenden, war es nötig, eine nachhaltige Gegenkampagne zu starten. Bei der Einzelfallhilfe hätten wir nur wenigen Betroffenen helfen können, aber wenn wir Lobby- und Advocacy-Arbeit



Foto: Kindernothilfe-Partner

machen, sind die Ergebnisse größer und erreichen eine größere Gruppe oder Kinder in risikoreichen Lebensumständen. Daher ist Advocacy sehr notwendig für die Erreichung des Ziels, die Kinderrechte umzusetzen.

Die Meinung von Kindern wird immer eingeholt, wenn es um ihre Belange geht. Kinder diskutieren relevante Angelegenheiten insbesondere während der jährlichen Kinderkonferenz von The CRADLE. Wichtiger noch ist, dass Kinder während der jährlichen Konferenzen der Rechtsanwälte – Pro Bono Lawyers – und der Regionalen Afrikanischen Jugendrechtskonferenz ihre eigenen Sitzungen abhalten und ihre Resolutionen später im Plenum präsentieren. Wir beteiligen die Kinder auch an Lobbyaktivitäten und der Einbringung von Gesetzesinitiativen, die den Kinderschutz verbessern.

The CRADLE war entscheidend an der Schaffung eines Gesetzes zum Schutz von Kindern gegen sexuellen Missbrauch beteiligt (Sexual Offences Act, 2006). Die intensiven Lobbyaktivitäten gingen von persönlichen Gesprächen mit Parlamentsmitgliedern über Demonstrationen, Prozessbeobachtung, Einreichung von Anklageschriften bis zur Erarbeitung des ersten Gesetzesentwurfs. Dieser Entwurf wurde dem Generalstaatsanwalt am 15. September 2003 vorgelegt. Im Jahr 2006 wurde von The CRADLE ein weiterer Gesetzesentwurf gegen Kinderhandel eingereicht. Auf der internationalen Ebene ist The CRADLE aktiv involviert in eine weltweite Studie des UN-Generalsekretärs zu Gewalt gegen Kinder. The CRADLE ist die erste Partnerorganisation der Kindernothilfe, die eine Kampagne zur Individualbeschwerde vorbereitet.“

Am 31. Juli 2007 veranstaltete The CRADLE eine nationale Konferenz zum Thema Individualbeschwerde.

Asociación Filomena Tomaira Pacsi, La Oroya/Provinz Yauli/Peru

Die Koordinatorin Esther Hinojosa Ricaldi berichtet:

„Filomena ist eine von Bergarbeiterfrauen gegründete Organisation, die sich von Anfang an um die Gesundheitsprobleme der Menschen in La Oroya gekümmert hat. La Oroya gehört zu den am stärksten kontaminierten Orten auf diesem Planeten. Toxikologische Gutachten haben ergeben, dass hier bereits Kinder 20- bis 30-fache Grenzwertüberschreitungen bei Schwermetallbelastungen im Blut aufweisen. Verursacht werden diese Vergiftungen durch die Abgase und Abwässer der Doe Run-Hüttenwerke in unserer Stadt, die mit uralten Technologien aus den zwanziger Jahren arbeiten und ein-

fach kein Geld in moderne Filteranlagen investieren wollen, weil das ihren Gewinn schmälern würde. Alle peruanischen Regierungen haben die Angelegenheit während der vergangenen Jahrzehnte einfach schleifen lassen. Niemand hat die Einhaltung von Umweltmindeststandards eingeklagt. Niemand hat die Firmenzentrale von Doe Run verklagt, weil sie derart große Schäden verursacht. Stattdessen hat der Staat darauf verzichtet, Steuern auf den Verkauf der in La Oroya verhütteten Metalle zu erheben, um weitere Anreize für ausländische Investitionen zu schaffen.

Am Anfang haben wir nur mit Frauen gearbeitet, aber seit zehn Jahren spielen Kinder und Jugendliche eine immer wichtigere Rolle. Am Schüler-Netzwerk für eine gesunde Umwelt und eine lebenswerte Zukunft beteiligen sich inzwischen über 200 Mädchen und Jungen, auch aus den umliegenden Dörfern. Es sind vor allem die Frauen, die Kinder und die Jugendlichen, die bereit sind, an Aktionen mitzuwirken, den Finger in die Wunde zu legen und auch den Druck auszuhalten, der auf uns ausgeübt wird. Wir haben zumindest erreicht, dass es in den USA und Europa heute eine gewisse Aufmerksamkeit für die

Probleme von La Oroya gibt. Der Druck von außen auf Firmen wie Doe Run und andere hilft, um auch den Menschen hier immer wieder zu sagen: Ihr müsst euch ebenfalls engagieren! Aber die Unterstützung durch die Erwachsenen in La Oroya bei dieser Auseinandersetzung ist immer noch sehr bescheiden.“

Die Jugendlichen aus La Oroya bei der Kindernothilfe-Konferenz in Chaclacayo



Foto: Kindernothilfe-Partner

Abigail (15), Deysi María (16) und Abram David (17) sind drei Jugendliche aus dem Projekt, die sich wie folgt geäußert haben:

„Wir haben Freunde, die sind bereits so krank, dass sie nicht mehr zur Schule kommen können. Das Blei im Blut sorgt auch dafür, dass man depressiv wird – oder aggressiv. Es verändert einen Menschen nicht nur körperlich, sondern auch sein Verhalten. Es ist furchtbar, wenn man einen Achtjährigen dasitzen sieht, der keinerlei Kraft und Energie mehr hat, sondern nur noch apathisch reagiert. Es macht uns unendlich traurig, was hier mit den Kindern in La Oroya geschieht.“

Wir haben keine andere Wahl: Wir müssen kämpfen, weil wir wissen, dass wir wie all die anderen hier viel zu früh sterben müssen. Schon jetzt haben unsere Körper so viel Blei und Quecksilber aufgenommen, dass die Schäden nicht mehr zu reparieren sind.

Vor allem arbeiten wir mit den Kindern in den Schulen. Wir spielen mit anderen Jugendlichen zusammen Theater, versuchen, die anderen aufzurütteln, ihnen immer wieder zu sagen, was hier in La Oroya los ist. Wir organisieren Protestzüge von Kindern und Jugendlichen durch die Stadt. Auf unsere Transparente schreiben wir, dass es ein Verbrechen ist, dass Kinder mit zehnfach überhöhten Bleiwerten im Blut aufwachsen müssen. Dass

auch wir ein Recht auf Leben haben, auf ein Leben in einer gesunden Umwelt, ohne Angst vor Vergiftungen. Aber wir organisieren auch ganz praktische Dinge wie Müllsammelaktionen in der ganzen Stadt. Wir stellen mit anderen Kindern und Jugendlichen aus La Oroya einen Umwelt-Aktionstag auf die Beine, an dem wir den Abfall auf den Straßen und Plätzen einsammeln – und so den Erwachsenen zeigen wollen, dass wir uns für die anderen Kinder und auch die erwachsenen Einwohner engagieren. Aktionen wie diese haben dazu beigetragen, dass wir das Gefühl haben, ganz langsam nehmen uns die Erwachsenen ernst. Das bedeutet aber noch nicht, dass sie sich getrauen, sich mit uns gemeinsam zu zeigen – oder bei unseren Protestzügen durch La Oroya mitzumachen.

Wir haben ganz oft das Gefühl, dass in dieser Stadt die Kinder anstelle der Erwachsenen kämpfen. Viele von denen sind einfach feige, haben keine Zivilcourage. Alle wissen, was der Dreck aus den Kaminen der Hüttenwerke und die Abwässer aus den Firmen von Doe Run für katastrophale Folgen für die Gesundheit der Menschen hier hat, aber die Angst vor der Repression, die Sorge, den Arbeitsplatz zu verlieren, ist

so groß, dass die Leute oft in uns ihre Feinde sehen, nur, weil wir den Mund aufmachen und die Dinge in La Oroya beim Namen benennen.

Wir haben ganz oft das Gefühl: Das hier ist ein Kampf David gegen Goliath. Stellt euch vor, unsere Organisation von Kindern und Jugendlichen wurde von Doe Run angezeigt, weil die behaupten, wir würden ihr Geschäft schädigen und Unruhe stiften. Einige Male haben sie sogar ihre Schläger auf uns gehetzt, um uns zu verprügeln.

Das wichtigste Kinderrecht ist das Recht auf Leben, auf ein Leben in einer Umwelt, die nicht krank macht, wo man nicht mit jedem Atemzug, mit jedem Schluck Wasser, mit jedem Bissen Essen Blei und andere gefährliche Giftstoffe zu sich nehmen muss. Unsere Hauptbotschaft ist, dass wir uns als Jugendliche verantwortlich fühlen – für die Kinder, die bereits mit Bleivergiftungen im Blut zur Welt kommen, für diejenigen, die als Folge der Kontamination mit Behinderungen und Verkrüppelungen geboren werden. Wir machen uns Sorgen um die Erwachsenen, die nicht mehr kämpfen, weil sie resigniert haben, weil sie Angst vor der Repression durch die Firma Doe Run haben.“



Teilnehmer der 1. Jugendkonferenz der Act-positive-Kampagne.

Kooperationen und Bündnisse, in denen die Kindernothilfe Mitglied ist

Act positive www.actpositive.de

Aktionsbündnis gegen Aids www.Aids-kampagne.de

Aktionsbündnis Landmine.de www.landmine.de

Deutsches Bündnis Kindersoldaten
www.kindersoldaten.info

ECPAT www.ecpat.de

Erlassjahr.de www.erlassjahr.de

EU-Cord www.eu-cord.org

Forum Kinderarbeit www.forum-kinderarbeit.de

Forum Menschenrechte www.forum-menschenrechte.de

Gemeinsam für Afrika www.gemeinsam-fuer-afrika.de

Globale Bildungskampagne www.bildungskampagne.de

Internationale Kampagne zur Schaffung eines Individualbeschwerde-Verfahrens für die Kinderrechtskonvention www.kindernothilfe.de und www.crin.org

Kampagne Bergbau Peru – Reichtum geht, Armut bleibt
www.kampagne-bergwerk-peru.de

Klima-Allianz www.klima-allianz.de

Micha-Initiative www.micha-initiative.de

National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland
www.national-coalition.de

TransFair www.transfair.de

VENRO www.venro.org

Vernetzung

National und international

Es gibt kaum eine NRO, die nicht Mitglied in einem oder mehreren Bündnissen oder Netzwerken ist. Die Kindernothilfe macht da keine Ausnahme. In der Zusammenarbeit in Bündnissen und Allianzen mit anderen entwicklungspolitischen oder Menschenrechts-NROs sieht die Kindernothilfe ein Potential, Ziele zu erreichen, die sie allein nicht durchsetzen könnte. Kontakte zu anderen Institutionen und NROs befördern eine Erweiterung der Perspektive und durch die intensiven Debatten und die Meinungsbildungsprozesse kann die Kindernothilfe auch die eigene Sachkompetenz verbessern.

Die Kindernothilfe ist seit Mitte der 1990er Jahre Mitglied in einer wachsenden Zahl von Themen- und Kampagnenbündnissen geworden, deren Bezeichnungen meistens schon Auskunft geben über die Ziele der Kooperation, aber nicht in jedem Fall den Bezug zur Kindernothilfe im Namen tragen: die Landminenkampagne, das Forum Menschenrechte, erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung, das Aktionsbündnis gegen Aids, um nur einige zu nennen. Eine Mitarbeit in diesen Bündnissen hält die Kindernothilfe für wichtig, weil sie eine Veränderung von

wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen bewirken wollen, von denen auch Kinder direkt profitieren. Der Übergang zwischen Bündnissen und Netzwerken ist oft fließend. Netzwerke zeichnen sich in der Regel durch eine lockere Kooperation und wenig formalisierte Prozesse aus. Beispiele dafür sind die Netzwerke, die sich im Vorfeld des G8-Gipfels gebildet haben.

Vernetzung mit Partnern

In der strategischen Planung der Kindernothilfe für den Zeitraum bis 2010 ist als eines der Ziele festgeschrieben, den Kinderrechtsansatz als Querschnittsaufgabe in der Arbeit im Inland und im Ausland zu verankern und mehr Kohärenz zwischen der Advocacy-Arbeit der Kindernothilfe und der ihrer Partner zu erreichen. Dieser Ansatz geht über die rein finanzielle Förderung von Advocacy-Aktivitäten der Partner hinaus. Es geht um eine thematische Abstimmung und Absprache über mögliche gemeinsame Aktionen in ausgewählten Themenbereichen. Gerade im Kontext des Kinderrechtsansatzes gewinnt die Advocacy-Arbeit zunehmend an Bedeutung, weil sie eine wichtige Säule in der Umsetzung ausmacht, nämlich bestehende Strukturen zu verbessern, und die „duty

bearers“ (Verantwortliche für den Schutz und die Umsetzung der Menschenrechte) in die Pflicht nimmt.

Um mehr Informationen über die tatsächlichen Aktivitäten der Partner zu bekommen, wurde 2003 eine Umfrage bei 85 Partnern in Afrika, Asien und Lateinamerika gemacht, aus der sich ergab, dass die meisten dieser Partner großes Interesse an Advocacy-Arbeit hatten. Während zu diesem Zeitpunkt nur eine relativ geringe Zahl der Partner die Advocacy-Arbeit bereits zum festen Bestandteil ihrer eigenen Arbeit zählte, ist dieser Anteil von Jahr zu Jahr in allen Partnerländern der Kindernothilfe gestiegen. Heute sind die Aktivitäten der Partner in den Themenbereichen Kinderrechte, Armutsbekämpfung, Gewalt an Kindern, Straßenkinder, HIV/Aids etc. sehr vielfältig und schließen die Mitarbeit an den Schattenberichten ihrer Regierungen ebenso ein wie Kampagnen für konkrete Gesetzesreformen oder für die Erhöhung von Haushaltsmitteln für Kinderrechte. Die Instrumente der Lobbyarbeit der Partner sind in vielen Fällen mit denen der Kindernothilfe identisch: Konferenzen, Workshops, Kampagnen, Medien- und Pressearbeit, Regierungskontakte sowie Netzwerkarbeit. Von der Kindernothilfe erwarten die

Partner eine stärkere Zusammenarbeit und Unterstützung, einen besseren Informationsaustausch und Fortbildung zur Professionalisierung ihrer Aktivitäten.

Die Ergebnisse der Partnerbefragung bildeten den Ausgangspunkt für ein neues Dialoginstrument, das einen regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Partnern und der Kindernothilfe einerseits (Süd-Nord) sowie zwischen den Partnern (Süd-Süd) etablieren sollte, die „KNH-Advocacy-Mail.“ Dieser zweimal jährlich erscheinende Infobrief wurde Ende 2005 zum ersten Mal an alle Partner verschickt, verbunden mit der Aufforderung, mit eigenen Beiträgen den Erfahrungsaustausch zu beleben. Inzwischen hat sich dieser Infobrief etabliert. Partner schicken zunehmend Inputs. Darüber hinaus ist die Mail ein Instrument für Reisen der Kindernothilfe-Mitarbeitenden in die Partnerländer, das durchaus noch intensiver genutzt werden sollte. Der persönliche Austausch ist allerdings unerlässlich. Auf zwei Kontinentalworkshops in Kenia und Indien wurde den Partnern das Advocacy-Konzept der Kindernothilfe vorgestellt und gemeinsame Maßnahmen für den zukünftigen Austausch verabredet.

Die Advocacy-Mail erscheint zweimal jährlich in englischer, spanischer und portugiesischer Sprache.



7 Kritische Bilanz, Grenzen und Hemmnisse

Bilanz

Die Kindernothilfe hat während der ersten drei Jahrzehnte nach ihrer Gründung überwiegend Konstanz bewahrt und die phasenweise massive Kritik an ihrer Arbeit zur Selbstreflexion genutzt. Nach und nach wurden die Debatten aus dem entwicklungspolitischen Umfeld aufgenommen und in eigene Konzepte umgesetzt. Dadurch hat die Kindernothilfe die Arbeit immer weiter verbessert und an Professionalität gewonnen. Gerade die schwierigen Prozesse und Auseinandersetzungen waren es, die das institutionelle Lernen vorangebracht haben. Die Lernprozesse sind langsam und nicht linear verlaufen, haben sich innerhalb der letzten zehn Jahre jedoch stark beschleunigt.

In den zurückliegenden zehn Jahren hat die Kindernothilfe in kurzer Folge vier Grundsatzdokumente herausgegeben, von denen jedes einzelne eine programmatische Weiterentwicklung der In- und Auslandsarbeit begründet.⁴² Die Kindernothilfe ist ohne Zweifel eine lernende Organisation. Die Annahme eines kontinuierlich fortschreitenden Lernprozesses ist jedoch nur zum Teil richtig, denn es gab auch manche Verzögerungen und Kontroversen, z. B. mit den Gremien der Kindernothilfe oder mit einigen der traditionellen Partner. Vielfältige Veranstaltungen zur Konsensbildung und Vermittlung der Konzepte und Arbeitsmethoden waren und sind nötig, um letztlich über einen gemeinsamen Lernprozess zum Erfolg zu kommen.

Die programmatischen Veränderungsprozesse in der Inlands- und Auslandsarbeit verliefen bis in die 1990er Jahre hinein weitgehend parallel, ohne dass es signifikante Wechselwirkungen gab. Als der Bezug auf Kinderrechte Mitte der 1990er Jahre als Orientierung für die Bildungs- und Lobbyarbeit aufgegriffen wurde, steckte die Auslandsarbeit inmitten der Umbruchphase der Anpassung der Projekte an die neuen Risikogruppen und Armutssituationen von Kindern durch die Diversifikation der Hilfsformen. In den zurückliegenden Jahren haben sich die Projekte im Ausland ebenso stark verändert wie die Kooperationsstrukturen der Kindernothilfe. Es gibt zwar nach wie vor ein Spannungsverhältnis zwischen Neuorientierung und Kontinuität bei traditionellen Programmen in einigen Ländern. Zum Beispiel sind in Indien noch ca. 30 Prozent der Projekte Schülerwohnheime, aber auch hier sind Veränderungen unternommen worden mit dem Ziel, die Breitenwirksamkeit der Arbeit zu erhöhen.

Die Strategie der Kindernothilfe, gezielt Fachorganisationen für die Durchsetzung von Kinderrechten zu unterstützen, ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft in den Partnerländern. Durch die gezielte Pluralisierung des Partnerfeldes, z. B. in Afrika, verfügt die Kindernothilfe heute über ein großes

Potential an Partnern, die mit innovativen Ansätzen zur Verwirklichung der Kinderrechte beitragen.

Durch ihre Lobbyarbeit ist die Kindernothilfe in der Welt der Menschenrechte und der Welt der Entwicklungspolitik gleichermaßen verankert und wird mit ihren Positionen und Forderungen in der Öffentlichkeit gehört und anerkannt. Die Schnittmengen zwischen Bildungs- und Lobbyarbeit und Projektarbeit sowie die produktiven Wechselwirkungen zwischen beiden Arbeitsbereichen sind heute größer als früher. Die Kenntnis der Projektrealität in der Bildungs- und Lobbyarbeit könnte noch verbessert werden. Diese Beobachtung wird von den Beteiligten in der Kindernothilfe geteilt. Die Akzente in der Kampagnenarbeit werden zum einen durch die Mitarbeit der Kindernothilfe in den jeweiligen Bündnissen und Netzwerken gesetzt, und zum anderen geht von Partnerorganisationen eine neue Dynamik aus. Von Projektträgern werden zunehmend Advocacy-Anliegen an die Kindernothilfe herangetragen.

Die Erkenntnis, dass Inlands- und Auslandsarbeit stärker aufeinander abgestimmt werden müssen, um die Lobbyarbeit und die Projektarbeit zugunsten von Kinderrechten wirksamer werden zu lassen, hat in den letzten fünf Jahren dazu geführt, dass die Kindernothilfe an einem Gesamtkonzept für die Stärkung von Kindern und die Umsetzung ihrer Rechte im In- und Ausland gearbeitet hat. Man kann heute von einer politischen Adoption des Kinderrechtsansatzes ausgehen. Der Prozess des Mainstreamings der kinderrechtlichen Perspektive in allen Arbeitsbereichen ist eingeleitet. Damit nimmt die Kindernothilfe eine Vorreiterrolle unter den Hilfswerken ein.

Diese Erfolgsgeschichte gründet sich auf das Zusammenwirken einer Reihe von Faktoren. In erster Linie gehört dazu das schrittweise und prozessorientierte Vorgehen unter Einbeziehung der Inlands- und Auslandsreferate. Der Kinderrechtsansatz stützt sich auf gemeinsam erarbeitete Positionen und Strategien. Der über zwei Jahre währende Konsultationsprozess des Grundsatzpapiers in den Kindernothilfe-Gremien lässt erahnen, wie gründlich diskutiert wurde, um einen gemeinsamen Nenner zu finden. Mit der Fertigstellung des Grundsatzpapiers zum Kinderrechtsansatz ist die erste Phase auf der konzeptionellen Ebene (policy level) abgeschlossen. Der Kinderrechtsansatz ist heute in der Kindernothilfe als wichtigste Klammer zwischen der Arbeit im Inland und im Ausland akzeptiert.

Ein weiterer Erfolgsfaktor ist, dass die Verankerung des Kinderrechtsansatzes als Querschnittsaufgabe durch Maßnahmen

⁴² Grundlagenpapier, 2002; Strategischer Rahmen, 2005; Selbsthilfegruppen-Ansatz. Eine Bewegung der Menschen zum Wohl ihrer Kinder, 2006; Der Kinderrechtsansatz in der In- und Auslandsarbeit der Kindernothilfe, 2008.

im operativen Bereich und in Zusammenarbeit mit Partnern realisiert wird. Der Kinderrechtsansatz stellt, ähnlich wie die Einführung von Gemeinwesenentwicklung, eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar. Sowohl in der Geschäftsstelle als auch auf Partnerebene besteht noch Aufklärungs- und Weiterbildungsbedarf. Das gilt auch für die ehrenamtlichen Mitarbeiter. Erste Schritte dazu sind sowohl im Inland als auch im Ausland in Form von Workshops durchgeführt worden. Weitere werden folgen. Die Kindernothilfe ist sich bewusst, dass die Umsetzung des Kinderrechtsansatzes ein langfristiger Prozess ist und hat sich dafür einen Zeitraum von zehn Jahren vorgenommen, begleitet durch eine referatsübergreifende Arbeitsgruppe. Die Rückkoppelung an die Advocacy-Aktivitäten der Kindernothilfe-Partner ist auch entscheidend für die Legitimation ihrer Lobbyarbeit, daher sollen möglichst viele Schnittstellen mit den Partnerinteressen gefunden werden. Um dies zu erreichen, ist die Kindernothilfe mit den Partnern in einem intensiveren Dialog über die Implikationen des Kinderrechtsansatzes für die Projektarbeit eingetreten. Das Bewusstsein über die Bedeutung der Kinderrechte ist bei den Partnern weitgehend vorhanden, aber in der Praxis fehlt es häufig an Planungs- und Durchführungskompetenz.

Rückwirkungen auf die Kindernothilfe

Die konsequente Ausrichtung aller Arbeitsbereiche der Kindernothilfe an den Kinderrechten hat Auswirkungen auf die internen Organisationsstrukturen der Kindernothilfe und die strategische Ausrichtung der Partnerstrukturen. Die stärkere Abstimmung zwischen Projektarbeit und Lobbyarbeit ist durch gemeinsame Arbeitsgruppen institutionell verankert. Um die Kohärenz zwischen Inlands- und Auslandsarbeit zu steigern, hat die Kindernothilfe das sogenannte Advocacy-Forum aus den Advocacy-Beauftragten der Auslandsreferate und der Arbeitsgruppe Advocacy des Referats Bildung und Öffentlichkeitsarbeit eingerichtet, das den Prozess der Vernetzung mit den Partnern begleitet. Auch die Jahresthemen sind eine Klammer für Inland und Ausland. Durch die thematischen Workshops und Fortbildungen wurde eine intensivere Reflexion über Kinderrechte in Gang gesetzt, und es ist ein Zuwachs an entwicklungspolitischer Kompetenz im Haus zu verzeichnen. Wechselseitige Lernprozesse ergeben sich durch den besseren Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Inlands- und Auslandsreferaten. Die Auslandsreferate informieren über den Stand der Programmentwicklung und stellen positive Projektbeispiele und Strategien von Partnern zur Verwirklichung der Kinderrechte vor, die zur Konkretisierung der Jahresthemen in die Öffentlichkeit gebracht werden können. Besonders interessant sind solche Ansätze von Partnern, die erfolgreich mehr Partizipation von Kindern in ihren Projekten fördern. Schon jetzt ist zu beobachten, dass die Orientierung an den Kinderrechten und die Partizipation von Kindern an der Projektarbeit bei der Auswahl von neuen Partnern und Projekten eine größere Rolle spielen. Durch das Projektaufnahmeverfahren mit neuen Richtlinien, die eine kinderrechtliche Perspektive

berücksichtigen, wird sichergestellt, dass alle Projektanträge systematisch auf den Kinderrechtsansatz hin geprüft werden.

In der Advocacy- und Lobbyarbeit der Kindernothilfe zeigt sich, dass es nicht mehr nur um Aufklärung, Bewusstseinsbildung oder Einflussnahme auf politische Entscheidungen geht. Lobbyarbeit erfordert inzwischen professionelle Techniken der Interessendurchsetzung im öffentlichen Raum; in einigen Fällen wird die Grenze zur Politik- und Strategieberatung überschritten. Die Kindernothilfe hat Verantwortung übernommen für die Policy-Gestaltung, indem sie sich an der Ausarbeitung von politischen Instrumenten beteiligt, die den Kinderrechten mehr Geltung verschaffen sollen. Zum Beispiel wurde die Kindernothilfe 2007 vom Auswärtigen Amt gebeten, an der Erarbeitung einer neuen EU-Leitlinie zu Kinderrechten mitzuwirken. Als Mitglied der Arbeitsgruppe Internationale Verpflichtungen begleitet die Kindernothilfe die Umsetzung und Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans für Kinderrechte der Bundesregierung bis 2010. Aus einer solchen Verfahrensteilnahme ergibt sich eine immer stärkere Spezialisierung der mit Lobbying beauftragten Mitarbeiter. Die Herausforderung besteht darin, diese Prozesse und ihre Relevanz für die Arbeit im Haus zu vermitteln und transparent zu machen.

Die Lobbyarbeit der Kindernothilfe muss wegen der Komplexität der politischen Strukturen auch international ausgerichtet sein. Sie kann genau aus diesem Grund auch in Gefahr geraten, Opfer einer Inhaltsüberfrachtung zu werden und damit die Chancen auf Realisierung verringern. Die Diskussion über Lobbyarbeit sollte sich daher von Pragmatismus und Bescheidenheit leiten lassen. Dies gilt umso mehr, wenn man die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen für entwicklungspolitische Lobbyarbeit einbezieht, die außerhalb des Einflussbereichs der Kindernothilfe liegen und ihren Aktivitäten potentiell Grenzen setzen.

Vernetzung – Chancen und Risiken

Für die Kindernothilfe ist die Mitarbeit in Bündnissen und Netzwerken eine Chance, die eigene Expertise einzubringen und den Kinderrechten in großen und politisch wirksamen Lobbyorganisationen wie dem Forum Menschenrechte Geltung zu verschaffen. Ein wichtiger Aspekt ist auch, dass in den Netzwerken NROs aus dem Entwicklungs-, dem Menschenrechts- und dem Umweltbereich verstärkt kooperieren und voneinander lernen. Dadurch kann die kinderrechtliche Perspektive als Querschnittsansatz verankert werden.

Bündnisse und Netzwerke sind inzwischen ein Wettbewerbsfaktor gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Bei politischen Lobbyaktivitäten kann häufig das erforderliche Expertenwissen und das Wissen um die Abläufe in hoch komplexen Entscheidungsprozessen in Regierungen oder multilateralen Organisationen von einer NRO allein nicht mehr abgedeckt werden,

sondern nur in Kooperationen. Größe ist ein anderes Element, das die Breitenwirkung, die Effektivität, das Image und die Professionalität eines Bündnisses bestimmt. Obwohl es nicht der entscheidende Faktor ist, haben größere Netzwerke eher die Kapazitäten, um die erforderliche Expertise aufzubringen, in Öffentlichkeitsarbeit zu investieren und sich professionell als NRO-Repräsentanten gegenüber der Politik zu profilieren. Auch die Öffentlichkeit honoriert Kooperation, was sich insbesondere am Erfolg der Spendenbündnisse zeigt. Lobbying ist für jede NRO auch ein Instrument der Profilierung. Erfolg wird auch daran gemessen, ob die eigenen Kompetenzen wahrgenommen werden. Für die Kindernothilfe, die im Wettbewerb um Spenden, Einfluss oder Aufmerksamkeit steht, stellt sich daher längst nicht mehr die Frage, ob sie einem Bündnis angehören will, sondern lediglich, welchem Bündnis sie beitreten will, und welche Ressourcen sie für die Mitgliedschaft investieren will.

Auf der anderen Seite bringt das Agieren in Netzwerken auch Risiken mit sich. Jede entwicklungspolitische NRO ist in mehreren Netzwerken, Bündnissen und Dachverbänden gleichzeitig organisiert, die sich jeweils als gemeinsames Sprachrohr gegenüber Öffentlichkeit und staatlicher Ebene verstehen. Die Entwicklung der letzten Dekade hat eine gewisse thematische und organisatorische Zersplitterung hervorgebracht. Die Zahl der Themen steigt, auch weil immer neue Bündnisse gegründet werden und kaum jemals ein Bündnis sich wieder auflöst. Ein weiterer Faktor sind die Kosten der Mitgliedschaft. Was auch immer die Bündnisse selbst produzieren oder ihren Mitgliedern an Serviceleistungen zur Verfügung stellen, sei es die Ausrichtung von Konferenzen, die Webseiten, Veröffentlichungen oder Kampagnenmaterial, meistens ist dies mit Kosten verbunden. Der höchste Beitrag wird für VENRO geleistet und in anderen Bündnissen, die sich nicht mit Lobbyarbeit beschäftigen. Diese Kosten für Koordinierungsaufgaben sind nicht grundsätzlich in Frage zu stellen; es sollte jedoch angesichts der begrenzten Ressourcen eine größtmögliche Effizienz gewahrt bleiben.

Die Arbeit in Netzwerken stößt auch an die Grenzen der personellen Kapazitäten, die Kindernothilfe für Advocacy-Arbeit zur Verfügung hat. Die Bündnisse, in denen die Kindernothilfe agiert, sind theoretisch getragen von einem gemeinsamen Grundverständnis, klaren Zielen und Spielregeln, Offenheit und Vertrauen untereinander. In jedem Bündnis und Netzwerk sind jedoch divergierende Interessen unvermeidlich, umso mehr in den Netzwerken mit vielen Mitgliedsorganisationen. Je heterogener und größer die Mitgliedschaft ist, desto häufiger gibt es in der Praxis Kontroversen und es muss viel Zeit für Abstimmungsprozesse aufgebracht werden. Für die Kindernothilfe ist eine Prioritätensetzung bei der Mitgliedschaft in Bündnissen und Netzwerken unumgänglich, um die knappen Ressourcen möglichst produktiv einzusetzen.

Agenda-setting wird für die Kindernothilfe schwieriger. Nicht zuletzt wegen ihrer eigenen Lobbyarbeit in den verschiedensten

thematischen Bündnissen rangiert das Thema Kinderrechte heute im entwicklungspolitischen Diskurs relativ weit oben. Dieser Erfolg hat durchaus ambivalente Begleiterscheinungen. Auf der Seite der Kindernothilfe, die durch ausdauernde und sachgerechte Arbeit die treibende Kraft für die Policy-Entwicklung und ihre Umsetzung war, ist nach der Aufbruchphase inzwischen möglicherweise Ernüchterung eingetreten. In dem Maße, wie Kinderrechte integriert werden und sich Hintergrundwissen und Sachverstand in den unterschiedlichen Bündnissen verbreitert, schwächt sich natürlich der innovative Impuls des Themas ab. Diese Entwicklung könnte positiv gewertet werden, wenn sie ein Anzeichen dafür wäre, dass bei allen das Problembewusstsein so geschärft ist, dass es keiner zusätzlichen Motivation für Kinderrechte mehr bedarf. Es gibt jedoch Anhaltspunkte dafür, dass dies noch nicht der Fall ist. In der Praxis arbeitet die Kindernothilfe an komplexen Prozessen mit, die viel Kleinarbeit und aufeinander abgestimmte Einzelaktivitäten erfordern und weniger durch spektakuläre Aktionen in Erscheinung treten.

Grenzen und Hemmnisse

Zersplitterung der Entwicklungspolitik

Der Anspruch der Lobbyarbeit aller NROs und auch der Kindernothilfe, aktiv politische Prozesse zu initiieren, stößt mittlerweile an die Grenze der großen Zahl konkurrierender neuer Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit. Ein prinzipielles Problem der Lobbyarbeit ist die Komplexität der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die oft nur partielle Kenntnisse über Ursache- und Wirkungszusammenhänge zulässt.

Dazu kommt, dass in der deutschen Entwicklungspolitik mittlerweile ein Trend zur Zersplitterung und zur Multiplikation von Akteuren unübersehbar ist. Neben dem BMZ und dem Auswärtigen Amt sind auch das Gesundheitsministerium (Aids) sowie das Verteidigungsministerium (Bundeswehreininsatz in Afghanistan) mit Aufgaben befasst, die dem Bereich Entwicklungspolitik zugerechnet werden müssen. Die Zielgruppen (Ministerien) sind auch deshalb so zahlreich, weil die Politik keinen stringenten Kurs verfolgt. Beim Thema Kinderrechte liegt die Federführung für die KRK beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Darüber hinaus haben das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Bundesministerium der Justiz und das Auswärtige Amt damit zu tun. Das Problem der Unübersichtlichkeit potenziert sich auf europäischer Ebene und nochmals auf internationaler Ebene. Dort laufen komplexe Beratungs- und Entscheidungsprozesse ab, die kaum jemand in ihrer Gesamtheit überblicken kann. Es kommt darauf an, die richtigen Adressaten anzusprechen. Lobbying ist traditionell auf gute persönliche Kontakte, langjährige Erfahrungen und gute Kenntnisse institutionalisierter Prozesse angewiesen. Die Kindernothilfe kann niemals auf allen Ebenen mit dem gleichen Input präsent sein.

Die Rahmenbedingungen für Lobbyarbeit wandeln sich auch durch die veränderten Hilfsmechanismen. Die neue Hilfsarchitektur mit dem Fokus auf Armutsbekämpfung im Rahmen von PRSP erfordert neue Kompetenzen der Partner für eine Kooperation mit staatlichen Stellen, auf nationaler und internationaler Ebene. Auch dieses Szenario spricht für eine stärkere Prioritätensetzung in den Lobbyaktivitäten der Kindernothilfe.

Ungünstige Rahmenbedingungen

Trotz der medienwirksamen Kampagnen zu den Millenniums-Entwicklungszielen und politischer Willenserklärungen internationaler und nationaler Akteure ist ein Bedeutungsverlust der Entwicklungspolitik insgesamt nicht zu übersehen. Andere Krisen beherrschen die öffentliche Wahrnehmung von internationalen Problemen: Naturkatastrophen, grenzüberschreitender Terror, gewaltsame Konflikte und Flüchtlingselemente und ganz aktuell die neue Weltwirtschaftskrise. Humanitäre Hilfe und friedenssichernde Maßnahmen sowie kurzfristige Konjunkturprogramme scheinen als Antwort darauf besser geeignet als langfristige globale Strukturpolitik. Der Bedeutungsverlust setzt sich fort in der Asymmetrie in der Interessenvertretung auf nationaler und internationaler Ebene. Weiche Themen wie die Entwicklungspolitik haben es schwer, sich zu artikulieren und durchzusetzen, wenn ressourcenstarke Interessen wie z. B. die der Pharmaindustrie oder der Agrarlobby ihnen entgegenstehen. Schließlich werden auch einige der UN-Kontrollmechanismen selbst kritisch betrachtet, insbesondere der neu gegründete UN-Menschenrechtsrat. Das neue Kontrollverfahren, die gegenseitige Überprüfung der Staaten (Universal Periodic Review – UPR), bietet Chancen auf Einflussnahme. Andererseits wurde in der Debatte im Umfeld des 60. Jahrestages der Erklärung der Menschenrechte auch thematisiert, wie sich der Menschenrechtsrat politisch positionieren wird, der aus Staaten zusammengesetzt ist, die selbst die Menschenrechtsstandards nicht erfüllen wie z. B. China oder Kuba, und in dem eine kritische Diskussion z. B. über Frauenrechte schwierig ist.

Grenzen setzen auch die Strukturen in vielen Partnerländern der Kindernothilfe, ganz aktuell in Äthiopien, wo die Advocacy-Arbeit der NGOs durch ein neues Gesetz erschwert werden könnte. Auch dort, wo die KKR ratifiziert ist – und das ist in 193 Staaten der Fall – ist das staatliche Recht faktisch nicht auf allen Ebenen durchsetzbar, weil oft Gewohnheitsrecht oder religiöses Recht gilt. Auch weicht die kulturelle Praxis oft stark von den international akzeptierten Rechtsstandards ab, insbesondere wenn es um die Rechte von Mädchen und Frauen geht.

Partnerstruktur der Kindernothilfe

Der kontinuierliche Dialog mit den Langzeitpartnern der Kindernothilfe, die zum Teil weiter die konventionellen institutionellen Projekte durchführen, ist sehr zeitintensiv, um zu einer Verständigung über Kinderrechte und einer entsprechenden Ausrichtung der Programmatik zu gelangen. Auch beim Thema

Gemeinwesenentwicklung war ein langer Konsultationsprozess erforderlich, um einen gemeinsamen Nenner zu finden. Das Problem beim Kinderrechtsansatz sind nicht in erster Linie die unzureichenden Konzepte, sondern die Tatsache, dass viele große Partnerorganisationen nur langsam dazu übergehen, Kinder nicht mehr vor allem als Objekte von Hilfsmaßnahmen zu sehen, sondern als eigenständige Akteure, die ein Mitspracherecht in den Projekten haben sollten.

Messbarkeit/Evaluierung

Während bei Spendenkampagnen der Erfolg am monetären Rückfluss gemessen wird, hat die Kindernothilfe noch keine Indikatoren für die Advocacy-Arbeit entwickelt, die eine systematische Wirkungsbeobachtung ermöglichen würden. Gleichwohl gibt es Erfahrungswerte und das Beispiel von anderen Kampagnen, die ausgewertet wurden, z. B. das Aktionsbündnis gegen Aids, der weltweite Marsch gegen ausbeuterische Kinderarbeit sowie die Lobbyarbeit zu Kindersoldaten.

Die meisten Indikatoren bei der Einschätzung der Kampagnen sind quantitativ, da die Zahl der Teilnehmenden an Veranstaltungen, der Pressternine von Aktionsgruppen oder der Unterschriften auf Unterschriftenlisten am leichtesten festzustellen ist. Die Teilnahme an Kampagnen ist auch für die Kindernothilfe zu Recht ein wichtiger Erfolgsfaktor, denn die öffentliche und politische Wirksamkeit von Kampagnen resultiert auch aus der Zahl der an ihnen Beteiligten. Es gehört zum Kern der Kampagnenarbeit, Aufmerksamkeit herzustellen, möglichst viele Menschen zu informieren und zu mobilisieren, damit sie ihre Unterstützung für ein Anliegen in verschiedensten Formen in der Öffentlichkeit sichtbar machen und politischen Druck erzeugen. Die Aktionen „Deine Stimme gegen Armut“ und „Stand up gegen Armut“ haben unter anderem auch dadurch Resonanz erzielt, dass sich weltweit Tausende von Menschen engagiert haben. Das weiße Band als Symbol von „Deine Stimme gegen Armut“ hat einen hohen Wiedererkennungswert, unabhängig davon, ob es das Brandenburger Tor zielt oder von Menschen am Handgelenk getragen wird.

2008 haben sich 116.993.629 Menschen in 131 Ländern an Stand-up-Aktionen für die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele beteiligt, der weltweit größten Massenmobilisierung gegen Armut, die es jemals gab. Bundesweit beteiligten sich 127.017 Menschen an mehr als 175 Stand-ups, z. B. in Schulen, an Universitäten, Theatern, Sportvereinen und auf Marktplätzen. In allen Teilen der Welt nutzten Nichtregierungsorganisationen und Aktivisten – darunter Partner der Kindernothilfe – den Aktionstag, um ihren Forderungen an die eigene Regierung Gehör zu verschaffen.

Ein anderes Beispiel ist der „Global March against Child Labour“, an dem sich 1998 über eine Million Menschen in

107 Länder beteiligten. Durch die große Zahl werden die politischen Forderungen unübersehbar, die dann durch NROs in Fachgremien, Bundestagsausschüssen oder UN-Konferenzen eingebracht werden.

Die politische Relevanz von Lobbyarbeit und ihre langfristigen Wirkungen sind schwieriger zu beurteilen. Wirkungen könnten sich theoretisch daran messen lassen, ob konkrete politische Forderungen vollständig umgesetzt werden. Das bringt jedoch einige Fragestellungen und Messbarkeitsprobleme mit sich. Die Zuordnungslücke zwischen NRO-Aktivitäten und beobachtbaren Veränderungen ist sehr groß und sie wächst in dem Maße, wie man sich von der Mikro- auf die Makroebene zu bewegt. Politische Prozesse sind immer interessegebundene Aushandlungsprozesse, die auch Kompromissfähigkeit voraussetzen. Wenn politisch Verantwortliche NRO-Forderungen aufnehmen, heißt das noch nicht, dass diese unmittelbar in Aktionen umgesetzt werden, die nichtstaatlichen Akteuren so offensichtlich erscheinen. Auch das BMZ ist vielen externen Einflussfaktoren und Interessenkonflikten mit anderen Ressorts ausgesetzt, so dass der erklärte politische Wille allein noch nicht die Umsetzung garantiert.

Gleichwohl ist es plausibel, es als Erfolg der Lobby-Arbeit zu werten, wenn Kinderrechte auf die nationale und internationale Tagesordnung gesetzt werden. Die Verbesserung der internationalen Schutzbestimmungen für Kinder ist oft auf Lobbyaktivitäten der NROs zurückzuführen. So hat die Bundesregierung inzwischen einige nationale Maßnahmen zum besseren Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung eingeleitet, u. a. einen nationalen Aktionsplan mit umfangreichen Strategien

und Maßnahmen zum Schutz der Kinder vor kommerzieller sexueller Ausbeutung.

Im Fall des Individualbeschwerderechts für Kinder wurde erreicht, dass alle Fraktionen des Bundestags – mit Ausnahme der CDU/CSU – von der Notwendigkeit dieses Instruments überzeugt wurden, dass der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes sich inzwischen dafür stark macht und dass die Bundesregierung prüft, ob und wie sie die Forderung der Kindernothilfe unterstützen kann.

Ein anderes Beispiel sind die Defizite bei der Beteiligung von Kindern an den PRSPs, die Kindernothilfe mit ihren Studien nachgewiesen hat. Ein Indiz für das wachsende Bewusstsein für dieses Thema bei den politischen Entscheidungsträgern ist ein Factsheet der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit im Auftrag des BMZ zum Thema Jugend und Armutsbekämpfung, in dem explizit auf diese Studien der Kindernothilfe Bezug genommen wird.⁴³

Die gesetzlichen und institutionellen Reformen sind als rechtliche Basis und als Berufungsrahmen für die Verbesserung des Schutzes und der Förderung von Kindern unverzichtbar. Der Beitrag der Kampagnen- und Lobbyarbeit der Kindernothilfe im Kontext der Bündnisse dazu ist nicht zu bestreiten. Inwieweit es langfristige Auswirkungen, d. h. konkrete Veränderungen für die Situation der Kinder in Afrika, Asien und Lateinamerika gibt, die ursächlich auf diese Kampagnen- und Lobbyarbeit der Kindernothilfe zurückzuführen sind, wurde noch nicht evaluiert. Angesichts der Dimension der Veränderungen, die berechtigterweise eingefordert werden, wären die Ergebnisse sehr interessant.



Foto: Ralf Krämer

Stand-up der Kindernothilfe-Mitarbeitenden am 17.10.2008.

⁴³ Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH: Sektorvorhaben: Förderung von Kindern und Jugendlichen als Zielgruppe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Christiane Frische, Eschborn, Januar 2008.

8 Herausforderungen und Perspektiven

Themenvielfalt – Weniger ist mehr

Das Risiko einer inhaltlichen Überfrachtung und Überforderung der mit Advocacy-Befassten in der Kindernothilfe wurde schon angesprochen. Die Kindernothilfe bearbeitet in ihrer Advocacy- und Lobbyarbeit viele Themen, die gleichgewichtig nebeneinander zu stehen scheinen. Jedes einzelne Thema ist in sich gut begründet und hat einen eigenen Stellenwert. Was fehlt, ist ein Gesamtkonzept für die Ausrichtung der Advocacy- und Lobbyarbeit, mit dem die Kriterien für die Auswahl und die Gewichtung von Aktionsfeldern sowie die daraus abgeleiteten Kooperationen transparent werden. Das Konzept sollte auch dazu dienen, eine thematische Prioritätensetzung vorzunehmen, bei der möglicherweise Themen wegfallen. Dies erscheint geboten, wenn die Kindernothilfe die Kapazitäten für Advocacy-Arbeit nicht aufstocken kann. Die Schwerpunktsetzung sollte unter der Perspektive einer konsequenten Fokussierung auf Kinder vorgenommen werden und die Relevanz der Themen für die Kindernothilfe als Teil der Zivilgesellschaft in Deutschland und als internationales Hilfswerk deutlich machen. Das Konzept sollte aber gleichzeitig flexibel genug sein, damit die Kindernothilfe auch kurzfristig auf aktuelle Ereignisse reagieren kann.

Ein wichtiges Kriterium für die Prioritätensetzung ist die Kompetenz der Kindernothilfe, einen qualifizierten Beitrag zur Policy-Entwicklung in solchen Politikfeldern zu leisten, die für Kinder besonders relevant sind. Es kostet viel Zeit und Ressourcen, neue Expertise aufzubauen, wenn Lobbythemen zunächst weit entfernt von der Alltagsarbeit erscheinen. Es gibt jedoch Kampagnen und Bündnisse, an denen sich die Kindernothilfe aus übergeordneten politischen Gründen beteiligen muss, wie die National Coalition zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland. Es sichert die Glaubwürdigkeit der Kindernothilfe, wenn sie sich für die Umsetzung der KRK in den Partnerländern gleichermaßen einsetzt wie im eigenen Land. Generell müssen Themen kampagnenfähig sein und die Aufnahmebereitschaft und Resonanz der Öffentlichkeit über einen längeren Zeitraum binden. Angesichts der Informationsüberflutung durch die Medien hat die entwicklungspolitische Bildungs- und Kampagnenarbeit inzwischen eine stark orientierende Funktion für entwicklungspolitisch Interessierte. Möglicherweise könnte vor Beginn von Kampagnen festgelegt werden, wann und unter welchen Voraussetzungen die Kindernothilfe die Mitarbeit wieder beendet.

Die Rückbindung der Lobby- und Kampagnenarbeit an die Projektarbeit ist ein guter Weg, zusammen mit den Partnern inhaltliche Prioritäten zu setzen. Dazu müssten jedoch die sehr

allgemeinen Themen wie Kinderrechte oder Kinderarbeit konkretisiert werden. Wichtig ist die Definition von Schnittstellen und Möglichkeiten von gemeinsamen Aktionen. Nachdem die Kindernothilfe seit 15 Jahren Advocacy- und Lobbyarbeit betreibt, sollten nun die Erfahrungen systematisch durch eine Wirkungsanalyse ausgewertet werden, um sich über Erfolgsfaktoren, Potentiale und Grenzen der Lobbyarbeit bewusst zu werden und Lerneffekte auszulösen, die die Strategieentwicklung voranbringen.

Kohärenz

Es bleibt eine Herausforderung, die Kohärenz zwischen der Inlandsarbeit und der Auslandsarbeit herzustellen. Kindernothilfe aus einem Guss, wie sie in der strategischen Planung angestrebt wird, ist zweifellos eine wichtige und motivierende Zielvorstellung. Auch hier ist jedoch Realismus gefordert. Es wird immer ein Spannungsverhältnis zwischen dem programmatischen Anspruch und der Realität geben, das nicht einfach aufgelöst werden kann. Nicht jedes Bildungs- oder Lobbythema kann unmittelbar in der Projektrealität abgebildet werden und umgekehrt. Aber auch hier lässt sich eine Dynamik erkennen. Während es vor einigen Jahren z. B. noch schwierig war, Projektbeispiele zu finden, um das Thema Kinderrechte zu illustrieren, ist dies heute kein Problem mehr.

Zusammenarbeit mit Auslandspartnern

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist von zentraler Bedeutung für die weitere Sensibilisierung des gesellschaftlichen Bewusstseins für eine nachhaltige Entwicklung in globaler Verantwortung. Sie kann jedoch zum Alibi werden, wenn den vermittelten Zusammenhängen, Einsichten und Veränderungsvorschlägen keine nachvollziehbaren Taten folgen. Daher gelten die Beziehungen zu den Partnern in der Kindernothilfe sowohl auf der Projektebene als auch auf der strategischen Ebene als wesentliche Identitäts- und Qualitätsmerkmale. Die Kindernothilfe unternimmt viele Anstrengungen, den Partnern den Paradigmenwechsel zu vermitteln und aktiv an der Umsetzung mitzuarbeiten. Angesichts der Bildungssituation und des daraus resultierenden niedrigen Bildungsniveaus der Mehrheit der Bevölkerung sowie der traditionell wenig ausgeprägten Beteiligungskultur in den Gesellschaften und auch den Kirchen, die nach wie vor einen großen Teil der Kindernothilfe-Partnerorganisationen ausmachen, erfordert dieser Ansatz einen langen Atem.

Die Kindernothilfe ist in den letzten 15 Jahren eine Reihe von neuen Partnerschaften eingegangen, und dadurch hat sich

das Partnerfeld stark differenziert, auch wenn auf die zwölf Länder, in denen bereits seit 1974 Projekte unterstützt werden, die Mehrheit der geförderten Projekte entfällt. Es gibt einen deutlichen Trend, konventionelle Projekte zugunsten von innovativen Ansätzen auslaufen zu lassen. Die Ansprüche der Kindernothilfe an die Expertise, Basisnähe und Kreativität dieser neuen Partner sind sehr hoch. Sie sollen idealerweise professionelles Projektmanagement unter Einbeziehung von Kindern beherrschen, Informations- und Aufklärungsarbeit zu kinderrechtlichen Themen leisten und sich in Lobby- und Advocacy-Aktivitäten engagieren. Es ist eine große Herausforderung für die Partner, auf allen Ebenen die gleiche Effizienz zu erreichen. Es besteht das Risiko der Überschätzung, denn jeder dieser Bereiche erfordert unterschiedliche Kompetenzen. Wenn das nötige Know-how nicht auf allen drei Ebenen gleichermaßen vorhanden ist, kann auf keiner Ebene wirklich gute Qualität erreicht werden kann.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Eines der Grundelemente der KRK ist das Recht der Kinder auf Teilnahme an allen Prozessen, die sie direkt betreffen. In den Entwicklungsprojekten bedeutet dies ihre aktive Beteiligung an der Planung und Durchführung sowie dem Monitoring und der Evaluierung der Projekte. Damit haben einige Partner Erfahrungen gemacht. Neu ist die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an Lobby-Aktivitäten. Grundvoraussetzung hierfür ist, dass die Sichtweisen der Kinder tatsächlich ernst genommen

und in den Mittelpunkt der Projekte gestellt werden. Nur wenn Kindern gestattet wird, ihre Bedürfnisse selbst zu artikulieren, können Projektmaßnahmen so gestaltet werden, dass sie effektiv zur Problemlösung beitragen. Anzuerkennen, dass Kinder von Anfang an Verantwortung für die Gestaltung ihres Umfeldes übernehmen, wird eine besondere Herausforderung sowohl für die Kindernothilfe als auch für das lokale Projektpersonal der Partner darstellen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss man den Kindern den Freiraum geben, ihre Fähigkeiten und Kreativität zur Gestaltung von Aktionen und Kampagnen zu entwickeln und umzusetzen. Es kann passieren, dass die Kinder und Jugendlichen in ihrem jeweiligen Kontext die ihnen traditionell vorgegebenen Regeln in Frage stellen und auch die Erwachsenen herausfordern, so wie es die Jugendlichen aus Peru eindrucksvoll geschildert haben.

Kinder und Jugendliche im Ehrenamt

Die Kindernothilfe möchte eine Erweiterung der Altersstruktur bei den Ehrenamtlichen erreichen und mehr Jugendliche zur Mitarbeit motivieren. Dazu könnte die 2008 begonnene dreijährige Aids-Kampagne act positive dienen, die mit zwei europäischen Partnerorganisationen durchgeführt wird und sich explizit an Jugendliche richtet. Die Aktionsformen – internationale Jugendkonferenzen, eine Tournee der Theatergruppe des Kindernothilfepartners Youth for Christ aus Südafrika – sind ein guter Ansatz, um Jugendliche für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen.



Live-Graffiti-Mitmach-Aktion in Duisburg zum Thema HIV/Aids im Juli 2008.

Foto: Lemmert Wallrich

Bildungsarbeit und Spendenwerbung

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit der Kindernothilfe richtet sich an verschiedene Zielgruppen wie Schulen, Gemeinden und Erwachsenengruppen. Sie macht auf Zusammenhänge und Abhängigkeiten in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht aufmerksam. Sie fragt nach den Ursachen von Armut und Gewalt und nennt Beispiele zu ihrer Überwindung. Analyse und Information bilden die Basis des Engagements. Wer gut informiert ist, erkennt besser, was Partnerschaften und Spenden bewirken können. Ein breites Bildungsangebot und eine gezielte Spendenwerbung gehören zusammen. Gute Werbung baut

auf Informationen auf und bleibt auch in der Pointierung von Sachverhalten und in der emotionalen Ansprache redlich und sensibel. Sich zu informieren und zu spenden sind gute Möglichkeiten des sozialen Engagements. Deswegen ist Werbung wichtig. Sie ist kein Selbstzweck, sondern hat zum Ziel, durch die Spenden die gesteckten Entwicklungsziele für Kinder und Jugendliche zu erreichen. Bildungsarbeit und Spendenwerbung erhöhen die öffentliche Wahrnehmung. Auch wenn sie unterschiedliche Methoden anwenden, ergänzen sie sich in ihren Zielen.

Angesichts der Situation von Kindern in aller Welt besteht Handlungsbedarf, wie auch der Appell des Kindernothilfe-Partners Stairway Foundation von den Philippinen zeigt:

„Die schrecklichen Lebensbedingungen von Millionen von Kindern weltweit erfordern viel mehr Aufmerksamkeit und Ressourcen, als sie heute zur Verfügung stehen. Die Herausforderung für die Welt von heute sind nicht nur das Überleben und die Entwicklung der Kinder, sondern der Menschlichkeit insgesamt.“⁴⁴

Es bleibt für die Kindernothilfe auch in Zukunft eine Herausforderung, die Projekt- und Advocacy-Arbeit zugunsten der Kinderrechte zu stärken und Kräfte zu bündeln, damit sie mit ihren Partnern an einem Strang ziehen kann und die gemeinsamen Aktivitäten weiterhin sichtbare Erfolge erzielen. Der Kinderrechtsansatz ist ein wirkungsvolles Instrument, die Anwaltschaft für Kinder Schritt für Schritt auszubauen, vor allem in der Auslandsarbeit. Die Aussagen der Kinder in dieser Studie machen Mut und zeigen, dass sie Experten in eigener Sache sind. Sie zu stärken und sie auf ihre Rolle als Erwachsene vorzubereiten, ist ein wichtiges Ziel. Wenn sie ihre Rechte kennen und sich für sie einsetzen, trägt dies auch zur Demokratieförderung eines Landes bei.



⁴⁴ Aussage des Partners, Dezember 2008.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	ILO	Internationale Arbeitsorganisation
AEBÖ	Arbeitskreis entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit	IWF	Internationaler Währungsfonds
AGEH	Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe	JPSS	Just, Participatory and Sustainable Society
AKP	Internationale Organisation von zurzeit 79 Ländern in Afrika, Karibik, Pazifik	KNH	Kindernothilfe
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	KRK	Kinderrechtskonvention
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	MDG	Millennium Development Goals – Millenniums-Entwicklungsziele
CLA	Cluster Level Associations	NRO	Nichtregierungsorganisationen
CRIN	Child Rights Information Network	OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
DSE	Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung	PRED	People's Recovery Empowerment Development Assistance Foundation
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen	PRSP	Poverty Reduction Strategy Papers
eFeF	Evangelisches Forum entwicklungspolitischer Freiwilligendienst	SAP	Structural Adjustment Program
EIRENE	Internationaler Christlicher Friedensdienst	SHG	Selbsthilfegruppen
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland	TASK	Talented Ambitious Street Kids
EMA	Ehrenamtliche Mitarbeiter	UPR	Universal Periodic Review
GKKE	Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung	VENRO	Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.
GTZ	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit	WSK	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
		WTO	World Trade Organization

Gesprächspartner im Rahmen dieser Studie

Im Inland: **Ursula Gillmann**, Mitglied des Verwaltungsrats der Kindernothilfe bis 2006
Dr. Jürgen Hambrink, Vorstandsmitglied der Kindernothilfe von 1994 - 1998
Imke Häusler, Verantwortliche für schulische Bildungsarbeit der Kindernothilfe
Heike Hilpert, Freundeskreis der Kindernothilfe, Erfurt, und Mitglied des Verwaltungsrates der Kindernothilfe seit 2002
Christian Wilmsen, Vorstandsmitglied der Kindernothilfe von 1990 - 1994 und Mitglied im Verwaltungsrat der Kindernothilfe von 1996 - 2008

Im Ausland: **Abigail**, Asociación Filomena Tomaira Pacsi, Peru
Abram, Asociación Filomena Tomaira Pacsi, Peru
Deysi María, Asociación Filomena Tomaira Pacsi, Peru
Ester Hinostroza Ricaldo, Asociación Filomena Tomaira Pacsi, Peru
Joao, Stairway Foundation, Philippinen
Gilbert Onyango, The CRADLE, Kenia
Lars Jørgensen, Stairway Foundation, Philippinen
Susan, Stairway-Foundation, Philippinen

Literaturliste

Brandt, Gerhard: 30 Jahre Kindernothilfe Duisburg, in: KNH 114/1989. Bericht an unsere Freunde, 9
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Richtlinie zu „weltwärts“, Bonn 2008
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Wichtige didaktische Grundsätze der BMZ- Informations-, Bildungs- und Besuchergruppenarbeit (www.bmz.de/infothek/fachinformationen/konzeptbmz)
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH: Sektorvorhaben: Förderung von Kindern und Jugendlichen als Zielgruppe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Christiane Frische, Eschborn, Januar 2008.
Frantz, Christiane/Zimmer, Annette (Hg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs, Opladen 2002
Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Zivilgesellschaft und Entwicklung, Beiträge für eine Anhörung des Deutschen Bundestages über die „Bedeutung der Zivilgesellschaft für nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern“, Bonn 2001

- Geißler, Nils*: Die Rechte der Kinder durchsetzen. Zur Frage der Schaffung einer Individualbeschwerde zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes, Dresden, Juli 1999.
- Hanisch, Rolf/Wegner, Rodger (Hg.)*: Nichtregierungsorganisationen und Entwicklung. Auf dem Weg zu mehr Realismus, Hamburg 1995
- Hoerschelmann, Werner*: Stillstand darf es nicht geben. Zeitschrift der Kindernothilfe, 3/1999, 9/10
- Kirchenamt der EKD*: Menschenrechte und Entwicklung. Beiträge zum ökumenischen und internationalen Dialog, Hannover 1996
- Kölle, Veronika*: Kindernothilfe. Die Entfaltung einer Idee, Moers 1986
- Lingnau, Hildegard*: Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit. Perspektiven eines Menschenrechtsansatzes in der deutschen und internationalen Entwicklungspolitik, in: Messner, Dirk/Scholz, Imme (Hg.), Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, Baden-Baden 2005
- Luers, Lüder*: 20 Jahre Kindernothilfe, Duisburg 1981
- Reuker, Beate*: Erfahrungen mit Jugendlichen – Konsequenzen für die praktische Arbeit, in: Förderung von Jugendlichen als Zielgruppe der Entwicklungszusammenarbeit, Pilotprogramm der GTZ, Eschborn 1998
- Seitz, Klaus*: Entwicklungspolitik als Bildungsaufgabe, in: BMZ/InWent (Hg.), Förderprogramme Entwicklungspolitische Bildung, Bonn 2007
- Stahl, Karin*: NRO und internationale Organisationen, in: Hanisch, Rolf/Wegner, Rodger (Hg.) Nichtregierungsorganisationen und Entwicklung. Auf dem Weg zu mehr Realismus, Hamburg 1995
- Veranstaltungsbericht „Globale Verantwortung: Entwicklungspolitische Perspektiven und Herausforderungen von Global Governance“*, Wien 25. – 26.7.2007
- VENRO: Zivilgesellschaft & Entwicklung*, 2002
- VENRO: -Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“, Wie kommen die Armen zu ihren Rechten? Armutsbekämpfung und Menschenrechte*, 2004
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von*: Drei Säulen der künftigen Demokratie, in: Fues, Thomas/Hippler, Hochen (Hg.) Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft, Bonn 2003, 52 - 56

Publikationen und interne Dokumente der Kindernothilfe

- Cremer, Hendrik*: Deutsche Koordination Kindersoldaten: Schattenbericht Kindersoldaten, im Auftrag von Kindernothilfe und terre des hommes, Duisburg, Osnabrück, Oktober 2007
- Erklärung der Kindernothilfe*, in: Kindernothilfe 114. Bericht an unsere Freunde Nr. 4, Dezember 1989, 27
- Funkschmidt, Kai/Heringer, Rolf-Robert*: 40 Jahre Kindernothilfe. Eine Fallstudie der Entwicklungszusammenarbeit, Duisburg 1999
- Kindernothilfe: Überleben lernen*, Unterrichtsmaterialien für berufsbildende Schulen, 1994
- Kindernothilfe: Global lernen konkret*, Als Freiwillige(r) im diakonischen Auslandseinsatz, 1995
- Kindernothilfe: Strukturanpassung*, Armutsbekämpfung und Grundbildung in Sambia und Uganda, 1999
- Kindernothilfe: Partnerschaft*, Gemeinwesenentwicklung, Bildung und berufliche Bildung, Partnerschaft, Breitenwirksamkeit, Duisburg 2002
- Kindernothilfe: Kinder so stark wie Staaten*. Hintergründe und Argumente für die Einführung eines Beschwerderechts. Urte Müller. Duisburg, November 2002
- Kindernothilfe: Internes Papier zur Lobbyarbeit*, Juli 2003
- Kindernothilfe: Poverty Reduction Strategy Papers – blind to the rights of the (working) child?*, 2004
- Kindernothilfe: Poverty Reduction Strategy Papers: Children First!*, 2005
- Kindernothilfe: Strategischer Rahmen*, 2005
- Kindernothilfe: Selbsthilfegruppen-Ansatz*. Eine Bewegung der Menschen zum Wohl ihrer Kinder, 2006
- Kindernothilfe: Satzung des Vereins*, Stand September 2008
- Kindernothilfe: Der Kinderrechtsansatz in der In- und Auslandsarbeit der Kindernothilfe*, Duisburg, August 2008
- Kindernothilfe: On our way*. How communities can work for children affected by HIV/AIDS. A case study from Uganda, 2008
- Wilkens, Klaus*: Thesen zum Referat „Über das Verhältnis der Hilfe für Einzelne zu der auf gesellschaftliche Veränderung abzielenden Entwicklungshilfe“, KNH-Mitgliederversammlung 1980
- Wilmsen, Christian*: Leitlinien für die KNH-Inlandsarbeit, interner Entwurf, 1.2.1993
- Wilmsen, Christian*: Der Verschwendung wehren, Kindernothilfe-Kalender 1993
- Windgassen, Karl-Friedrich*: Zur Öffentlichkeitsarbeit der Kindernothilfe, vorgetragen auf der Mitgliederversammlung der KNH am 1.5.1984

Kindernothilfe: Für die Rechte der Kinder

Die Kindernothilfe erreicht mit ihren Projekten rund 566.000 Mädchen und Jungen in 28 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie in Osteuropa. Ziel der Förderung ist, dass Kinder aus den ärmsten Schichten der Bevölkerung eine Chance auf ein besseres Leben bekommen.

Die Kindernothilfe stärkt durch Patenschaften und Programme junge Menschen in ihren Rechten und darin, für ihre Rechte einzutreten. Damit wird ein Grundstein für ein mündiges und selbstverantwortetes Leben gelegt. Die Kindernothilfe und ihre Partner weltweit sehen in dem UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes den gemeinsamen Auftrag, Armut zu bekämpfen, Kinder zu schützen, zu fördern und zu beteiligen.

Die Kindernothilfe arbeitet mit christlichen Kirchen oder Organisationen in den einzelnen Ländern zusammen. Ihre Partner kennen die Situation und die Bedürfnisse der Kinder vor Ort am besten und richten ihre Projekte danach aus. So bieten sie Straßenkindern Kurzausbildungen an, geben Rechtshilfe in Fällen von sexuellem Missbrauch und Gewalt, unterstützen Kinderrechte-Clubs, in denen Mädchen und Jungen ihre Rechte kennenlernen, bilden junge Menschen als Gesundheitsberater aus. Sie entwickeln Maßnahmen, die das Einkommen eines ganzen Dorfes oder zumindest das der Eltern erhöhen. Dazu gehören auch Selbsthilfegruppen, vor allem für Frauen, von denen Kinder besonders profitieren.

Sollen die Kinderrechte weltweit verwirklicht werden, dann muss sich in Deutschland und weltweit viel ändern. Deshalb ist die Kindernothilfe in nationalen und internationalen Bündnissen bzw. Kampagnen aktiv und betreibt Lobbyarbeit für Kinderrechte. Außerdem informiert sie die Öffentlichkeit über entwicklungspolitische Themen.

In Deutschland wird die Arbeit der Kindernothilfe von über 100.000 Menschen gefördert. Jährlich zeichnet das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI), Berlin, die Kindernothilfe mit dem „Spendensiegel“ aus. Das bedeutet, dass die Kindernothilfe mit den Spendengeldern verantwortungsvoll umgeht, nichts verschwendet und man nachvollziehen kann, wofür das Geld verwendet wurde. Die Kindernothilfe ist Gewinner des Transparenzpreises 2007.

Die Kindernothilfe arbeitet aus christlicher Verantwortung und ist Mitglied im Diakonischen Werk der evangelischen Kirche.



Das Spendensiegel ist Zeichen sorgfältig geprüfter Seriosität und wurde der Kindernothilfe als erstem Hilfswerk am 13. März 1992 erstmals zuerkannt.



Transparenzpreis 2007 Kindernothilfe mit dem 1. Platz ausgezeichnet

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage: www.kindernothilfe.org

Impressum

Kindernothilfe e.V.

Düsseldorfer Landstraße 180
47249 Duisburg

Telefon: 0203.7789-0

Info-Service-Telefon: 0180.3333300 (9 Cent pro Minute)

Fax: 0203.7789-118

E-Mail: info@kindernothilfe.de

Internet: www.kindernothilfe.org

Kindernothilfe Österreich

Dorotheergasse 18
1010 Wien

Stiftung Kindernothilfe Schweiz

Laurenzenvorstadt 89
5000 Aarau

Konten:

KD-Bank Duisburg

45 45 40 (BLZ 350 601 90)

Österreichisches Bankkonto:

Erste Bank der Österreichischen Sparkassen AG
310 028-03031 (BLZ 20111)

Schweizer Bankkonto:

PostFinance 60-644779-1, Aarau

Herausgeber: Kindernothilfe e.V.

Konzeption und Redaktion: Barbara Dünnweller
(verantw.)

Autorin: Elke Rusteberg (Freiberufliche Beraterin der
Entwicklungszusammenarbeit)

Lektorin: Cordula Schrick

Gestaltung: Angela Richter

Titelfoto: Uta Rademacher

Druck und Lithos: Brendow Printmedien

Duisburg, März 2009

Hinweis: Im Sinne einer leichteren Lesbarkeit wird bei Substantiven auf die Unterscheidung in weibliche und männliche Form verzichtet. Gemeint sind in allen Fällen immer sowohl Frauen als auch Männer.



Ich verändere die Welt